



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

MONATLICHER PRESSESPIEGEL

FEBRUAR 2020

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

Staatschef und Ehemann

Die Pressemitteilung von Großherzog Henri wirft eine ganze Reihe von Fragen auf

Von Dani Schumacher

Wenn man die geltende Verfassung wortwörtlich auslegt, verfügt der Großherzog als Staatschef über eine große Machtfülle. Unter anderem ernennt und entlässt er die Minister. Er ernennt auch die Richter und die Urteile ergehen in seinem Namen. Er erlässt die Gesetze und er hat das Recht, das Parlament aufzulösen. Der Großherzog durchbricht also, bei enger Auslegung, die Gewaltentrennung und greift sowohl in die Exekutive als auch in die Judikative und in die Legislative ein.

Im dritten Kapitel des Grundgesetzes heißt es: „La puissance souveraine réside dans la Nation. Le Grand-Duc l'exerce conformément à la présente Constitution et aux lois du pays.“ In Artikel 32 steht aber auch, dass der Großherzog keine anderen Rechte hat, als diejenigen, die ihm das Grundgesetz und die darauf basierenden Gesetze zugestehen.

Die aktuelle Verfassung stammt aus dem Jahr 1868, datiert also in eine Zeit, in der der Monarch noch über sehr viel Macht verfügte. Doch allmächtig ist der Großherzog längst nicht mehr. Dafür sorgt unter anderem Artikel 45: „Les dispositions du Grand-Duc doivent être contresignées par un membre du Gouvernement responsable.“ „Im Klartext bedeutet dies, dass der Großherzog ohne die Zustimmung der jeweiligen Regierung nichts tun darf. Ohne die Gegenzeichnung eines Regierungsmitglieds sind dem Staatschef die Hände gebunden“, erklärt der Verfassungsexperte Paul-Henri Meyers. Der Artikel 45 geht auf das Jahr 1989 zurück.

Keine Verantwortung

Meyers verweist auch auf Artikel 4. Der Satz, „La personne du Grand-Duc est inviolable“ schreibt nicht nur die Unantastbarkeit des Staatschefs fest. Die Passage bedeute auch, dass der Großherzog keine Verantwortung übernehmen muss. „Die Verantwortung liegt immer bei der Regierung“, erklärt der Verfassungsexperte. Daher habe der Großherzog auch keine Macht: „Der Staatschef und die Regierung bilden zusammen die Exekutive.“ Bei der geplanten Verfassungsreform soll die Rolle des Großherzogs zwar neu definiert werden, doch an dieser Passage wird sich nichts ändern.

Öffentlich oder privat

Vor diesem Hintergrund spielt die Mitteilung, die Großherzog Henri am Montag im Zusammenhang mit den Diskussionen um den Waringo-Bericht an die Medien verschickt hatte. Die Botschaft kam vom Pressedienst der Cour Grand-Ducale, allerdings auf neutralem Papier ohne Wappen. Es stellt sich daher die Frage, ob die Botschaft sich im Rahmen der Verfassung bewegt oder nicht. Laut Artikel 45 hätte der Text mit der Regierung abgesprochen werden müssen. Das war aber anscheinend nicht der Fall. Denn auf Nachfrage erklärte die Pressesprecherin von Premierminister Xavier Bettel (DP), dass es sich „offensichtlich um eine private Botschaft“ gehandelt habe, dass der Großherzog nicht „staatsvertretend“ kommuniziert habe und dass der Premierminister folglich nicht informiert werden musste. Stellt sich die Frage, ob der Staatschef als Privatperson kommunizieren darf oder nicht.

Es bleibt auch zu klären, ob die

Botschaft wirklich rein privaten Charakter hat. Die ersten Absätze legen diesen Schluss in der Tat nahe. Doch einige Sätze lassen aufhorchen. „Zënter dem Trounwiesel wëlle mir zesummen zur Moderniséierung vun eiser konstitutioneller Monarchie bäidroen a mir wëllen op dësem Wee weiderfueren.“ Auch der letzte Satz deutet darauf hin, dass wohl eher der Staatschef spricht: „Mir wäerte weiderhin Iech déngen, fir Iech do sinn a fir Lëtzebuerg.“ Wenn er aber in seiner Eigenschaft als Staatschef kommuniziert, hätte Großherzog Henri laut Verfassung die Regierung vorab informieren müssen.

Ohne offizielle Funktion

Die Diskussionen, die Premier Bettel veranlasst hatten, einen Bericht über die Personalpolitik und das Finanzgebaren bei Hofe erstellen zu lassen, machen sich hauptsächlich an der Person von Großherzogin Maria Teresa fest. Die Funktion oder den Titel einer Großherzogin kennt die Verfassung allerdings nicht. Offiziell gibt es also keine Großherzogin.

Auch das Haushaltsgesetz sieht keinen speziellen Posten für die Ehefrau des Großherzogs vor. Im Budget sind neben den generellen Personalkosten für die Cour Grand-Ducale (7 740 923 Euro), den Funktionskosten (726 000 Euro) und der persönlichen Aufwandsentschädigung (liste civile, 1 241 590 Euro) lediglich Posten für die Repräsentationspflichten des Staatschefs (744 000 Euro) und des Erbprinz (166 000 Euro) vorgesehen. Insgesamt erhält der Großherzogliche Hof in diesem Jahr öffentliche Gelder in Höhe von 10,6 Millionen Euro.

Krisen, die zu Verfassungsreformen führten

Monarchie wird akzeptiert, solange sie diskret ist und nicht von ihren Vorrechten Gebrauch macht

Trotz mehrfacher Überarbeitung ist die Verfassung Luxemburgs mehr als 150 Jahre alt. In der Theorie schreibt das Grundgesetz dem Großherzog ziemlich weitreichende Befugnisse zu. In der Praxis gibt es eine Vielzahl von Checks and Balances, die diese Vorrechte des Monarchen einschränken. Diese Vereinbarung zwischen der Staatsgewalt, die vom Volke ausgeht und dem Großherzog, der diese ausübt, geht solange gut, bis dieser seine Prärogativen voll ausschöpft. Dies hat in der Geschichte mehrmals zu Verfassungskrisen geführt.

Marie-Adelheid

Eine dieser Staatskrisen mündete in das erste Referendum der Geschichte Luxemburgs. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg hatte die damalige Großherzogin Marie-Adelheid aktiv in die Regierungsgeschäfte eingegriffen. Erst nach wochenlangem Zögern unterzeichnete sie das kontroverse Schulgesetz von 1912. Erschwerend kam hinzu, dass sie 1915 von ihrem verfassungsmäßigen Vorrecht gebraucht gemacht hatte und die Chamber, in der die Linke damals die Mehrheit besaß, aufgelöst hatte. Durch die vorgezoge-

nen Wahlen kam dies der Rechtspartei zugute. Vor allem von den Sozialisten wurde sie deswegen kritisiert.

Der Erste Weltkrieg

Wie für viele andere Staaten in Europa war der Erste Weltkrieg auch für Luxemburg eine Zeitenwende. Die vorgebliche „deutschfreundliche“ Haltung der Großherzogin während des Krieges wurde zum Aufhänger der ganzen Strapazen, die die Bevölkerung während des Krieges erlitt. Obwohl Luxemburg von deutschen Truppen besetzt war, funktionierten die politischen Institutionen weiter. Auch im Großherzogtum erschwerten Lebensmittelknappheit und Preissteigerungen im Laufe des Krieges der Bevölkerung das Leben. Der Unmut der Bürger richtete sich immer mehr gegen Großherzogin Marie-Adelheid.

Das größte Vergehen, dass ihr später angelastet wurde, war, dass sie kurz nach Kriegsausbruch im August 1914 Kaiser Wilhelm II. empfangen hatte, obwohl das neutrale Luxemburg gerade offiziell gegen den Einmarsch der deutschen Truppen protestiert hatte.

Beachten sollte man jedoch,

dass die eher wohlwollende Haltung gegenüber der Okkupationsmacht von den in der Abgeordnetenkammer vertretenen Parteien mitgetragen wurde. Auch die Luxemburger Stahl- und Eisenindustrie profitierte von den Kriegshandlungen, indem sie die deutsche Armee versorgte.

Nach dem Abzug der Besatzungstruppen brachen deshalb innenpolitische Unruhen aus. Die Großherzogin hatte sich wegen der ihr vorgeworfenen germanophilen Politik während des Krieges nicht nur in Luxemburg isoliert, sondern auch bei der französischen und der belgischen Regierung.

Dies beeinflusste auch ganz klar das doppelte Referendum vom 28. September 1919, da an der Person Marie-Adelheid nicht nur das Fortbestehen der Monarchie gemessen wurde, sondern auch die Frage nach der Unabhängigkeit des Landes.

Eine Folge der Krise war die erste Verfassungsänderung seit 1868. Festgehalten wurde nun erstmals, dass die Staatsgewalt ausschließlich vom Volk ausgeht.

Euthanasiegesetz

Bei der Legalisierung der Sterbe-

hilfe hatte Großherzog Henri es aus moralischen Gründen abgelehnt, das Gesetz zu unterschreiben. Es drohte eine institutionelle Krise. Der Monarch war nicht mehr in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und sah sich gezwungen, sein konstitutionelles Recht voll auszunutzen. Großherzog Henri hatte, so wie es 1912 Großherzogin Marie-Adelheid getan hatte, den ursprünglichen Geist des Artikels 34 angewandt. Laut der damaligen Version des Artikels „billigt“ der Großherzog die Gesetze und „verkündet“ sie: „Le Grand-Duc sanctionne et promulgue les lois dans les trois mois du vote de la Chambre.“ Der Begriff „sanctionne“ wurde 2009 gestrichen, erhalten blieb nur noch „promulgue“. M.K.

- In der Praxis gibt es eine Vielzahl von Checks and Balances, die diese Vorrechte des Monarchen einschränken.

Probleme bei Hofe

Waringo-Bericht macht Defizite beim Personal- und beim Finanzmanagement aus

Luxemburg. Kurz vor 12 Uhr war es so weit: Der Bericht des Sonderbeauftragten Jeannot Waringo zur Funktionsweise des großherzoglichen Hofes wurde auf dem Internetportal der Regierung integral veröffentlicht. Premier Xavier Bettel (DP) reagierte gestern nicht auf die Untersuchung, die er im Sommer selbst in Auftrag gegeben hatte. Vom Hochmarschallamt kam die Mitteilung, man nehme den Bericht zur Kenntnis und beteilige sich „auf konstruktive Art und Weise an der Umsetzung“ der Verbesserungsvorschläge.

Die ersten politischen Reaktio-

nen fielen eher zurückhaltend aus. Der Bericht wurde parteiübergreifend begrüßt, mit konkreten Aussagen hielten sich die Politiker allerdings kurz nach der Veröffentlichung noch zurück. Man werde das Dokument in den nächsten Tagen genaustens studieren, hieß es. Vor allem aber wollen die Abgeordneten erst einmal die offizielle Vorstellung des Dokuments durch Waringo und Bettel vor dem Verfassungsausschuss am kommenden Mittwoch abwarten. Erst danach wollen sie prüfen, wie die Vorschläge des Sonderbeauftragten in den kommenden Monaten

in die Praxis umgesetzt werden können.

Die Vorwürfe in dem 43-seitigen Bericht wiegen zum Teil schwer: Vermischung zwischen öffentlichem und privatem Auftrag beim Umgang mit den staatlichen Geldern, kein Organigramm bei der Verwaltung und tiefgreifende Probleme bei der Personalpolitik. Für die Personalprobleme macht Jeannot Waringo zumindest teilweise Großherzogin Maria Teresa verantwortlich. DS

Unangenehme Wahrheiten

Premier Xavier Bettel veröffentlicht Bericht über großherzoglichen Hof

Von Michèle Gantenbein

Er wurde mit Spannung erwartet: der Bericht des Sonderermittlers und früheren Direktors der Inspection générale des finances, Jeannot Waringo, über den großherzoglichen Hof. Er wurde gestern nach der Kabinettsitzung auf der Internetseite der Regierung – unkommentiert – veröffentlicht. Ein halbes Jahr hat Waringo im Auftrag des Staatsministers die Personal- und Finanzpolitik des großherzoglichen Hofes unter die Lupe genommen und Erstaunliches zutage gefördert.

Jeannot Waringo ist um eine sachliche Darstellung der Fakten bemüht. Im Kapitel über die Personalpolitik aber werden seine Worte sehr persönlich, wohl auch, um ihnen die nötige Kraft, den gewünschten Ausdruck zu verleihen. In diesem Kapitel beschreibt er das Befinden der Angestellten und die Stimmung bei Hofe. Waringo berichtet von Einschüchterungen, von Druck und Angst der Mitarbeiter, getadelt oder entlassen zu werden, „ohne dass sie ihre Empfindungen offen aussprechen mussten“.

Dass die Stimmung am Hof schlecht ist und die Arbeit dort vielen Angestellten keine Freude bereitet, macht der Sonderberichterstatter auch am Personalwechsel fest. Während des untersuchten Zeitraums (2014-2019) haben 51 von knapp über 100 Beschäftigten ihre Arbeitsstelle verlassen, die Rentenabgänge nicht mitgezählt. Sie haben entweder gekündigt, wurden versetzt oder entlassen.

Aufgefallen ist ihm auch, dass intern so gut wie gar nicht kommuniziert wird. „Ich habe schnell festgestellt, dass Probleme nicht offen diskutiert werden. Die Folge ist, dass vieles unausgesprochen bleibt und Gerüchte die Runde machen“, so Waringo. Der Sonderberichterstatter spricht von Zeichen, die keinen Zweifel lassen, dass es wichtig sei, dass die Mitarbeiter sich wieder wohlfühlen und dass man die Vergangen-

heit nun hinter sich lassen und den Weg für Veränderungen frei machen müsse. „Dans ma vie antérieure, j’ai toujours exprimé clairement et honnêtement mes pensées et mes convictions. Dans le cas présent, je me dois de le faire également car je serais malhonnête avec moi-même et avec les autres si je ne le faisais pas.“ Mit diesen sehr persönlichen Worten und Gedanken bereitet Jeannot Waringo den Übergang zum delikatesten Teil seines Berichtes vor: die Rolle der Großherzogin.

Die Rolle von Maria Teresa

Laut Jeannot Waringo ist es die Großherzogin, die die wichtigsten Personalentscheidungen am Hof trifft, von der Rekrutierung über die Besetzung der Posten bis hin zur Entlassung von Mitarbeitern. In zwei Fällen, bei denen er zur Lösungsfindung habe beitragen wollen, habe er die Präsenz der Großherzogin eindeutig gespürt.

In seinem Bericht weist der Sondergesandte in höflicher, aber bestimmter Manier darauf hin, dass die Rolle der Großherzogin eine rein repräsentative sei und sie sich in Personalfragen nicht einzumischen habe: „Je voudrais dire très honnêtement et au risque d’être mal compris que dans la chaîne décisionnelle du Palais, et surtout dans le domaine de la gestion du personnel, le rôle de la Grande-Duchesse qui exerce une fonction purement représentative ne devrait pas être un sujet de discussion.“ Waringo sieht in diesem Punkt dringenden Reformbedarf. Das beinhaltet auch die Schaffung von klaren Rekrutierungsprozessen.

Was die Mission des Sonderermittlers erschwert hat, ist der Umstand, dass der großherzogliche Hof über kein Organigramm verfügt. Zwischen 2008 und 2015 wurden Modelle entworfen, aber keines umgesetzt. In Waringos Vorschlag steht der Großherzog an der Spitze des Organigramms. Die Großherzogin kommt darin nicht vor, weil sie laut Verfassung keine

offizielle Mission hat.

Maison du Grand-Duc

Reformbedarf gibt es auch in Bezug auf die Finanzen. Laut dem Sondergesandten fehlt es an Transparenz in Bezug auf die Verwendung finanzieller Mittel. Waringo plädiert für eine klare Trennung zwischen den offiziellen und privaten Aktivitäten des Großherzogs. Er schlägt zu diesem Zweck die Schaffung einer neuen Institution vor: die Maison du Grand-Duc. Die Schaffung dieser neuen Rechtspersönlichkeit, die den budgetären Regeln unterliegt, würde mehr Transparenz in die offiziellen Aktivitäten des Hofes bringen, so der Sondergesandte. Derzeit gibt es keine Berichte über die offiziellen Missionen und auch nicht über die in diesem Zusammenhang ausgegebenen öffentlichen Gelder.

Wichtig sei in diesem Zusammenhang auch, klar zwischen offiziellen Angestellten, die zu 100 Prozent aus dem Staatshaushalt finanziert werden, und privaten Mitarbeitern zu unterscheiden. Zwar gibt es diese Unterscheidung seit Jahren, doch der Bericht lässt durchblicken, dass die Trennung in der Praxis dann doch nicht so eindeutig ist.

Kommunikation

Laut dem Sonderermittler sollte ausschließlich die offizielle Internetseite „monarchie.lu“ aus dem Staatshaushalt finanziert werden. Die privaten Internetauftritte „grande-duchesse.lu“, „standspeakriseup.lu“ und „fondation.lu“ sollten privat verwaltet und auch finanziert werden.

Er hoffe, dass er mit seiner Analyse und seinen Vorschlägen einen konstruktiven Beitrag zur Modernisierung der Monarchie leisten könne, schreibt Waringo am Ende seines 43-seitigen Berichts. Er steht am Mittwoch auf der Tagesordnung der Institutionenkommission.

WO STEHEN WIR?

Anpacken

Nach dem Waringo-Bericht ist klar, dass schnell Reformen am großherzoglichen Hof in die Wege geleitet werden müssen

„J'espère que les analyses et suggestions qui figurent dans ce rapport sont de nature à alimenter tant soit peu le débat sur la modernisation des modalités de fonctionnement de notre Monarchie“, schließt Jeannot Waringo den Bericht über seine eigenen Aussagen zufolge „komplexe“ sechsmonatige schonungslose Durchleuchtung der Funktionsweise des großherzoglichen Hofes ab, in dem er auch zahlreiche Reformvorschläge abliefern.

Dass Waringos Hoffnung erfüllt wird, steht außer Zweifel. In den nächsten Wochen muss der Auftraggeber des Berichts, Premier Xavier Bettel, nämlich aufzeigen, welche der vielen Baustellen bei Hofe nun bis wann angepackt werden sollen.

Es sind Baustellen, die zum Teil bereits lange - nicht zuletzt im Rahmen der leider ziemlich auf Eis liegenden Verfassungsrevision - in der Diskussion stehen, wie die Finanzierung des Hofes und die Trennung der verfassungsgemäßen Aufgaben des Staatsoberhauptes und seiner privaten Anliegen, ebenso wie die Rolle der Großherzogin die, wie Waringo mehrfach betont, außer einer repräsentativen keine anderen Funktionen hat und trotzdem offenbar einen bedeutenden Einfluss auf Personalentscheidungen ausübt.

Dass die Personalpolitik klarer gefasst werden muss, wie auch die Organisation des Hofes und mehr Transparenz in Finanzen, Buchhaltung und Kommunikation rein muss, ist der Tenor Jeannot Waringos.

Im 21. Jahrhundert eigentlich selbstverständlich - „es scheint, dass die Transparenzanforderungen der modernen Demokratien hinsichtlich der Verwendung von Steuergeldern mit einer Verpflichtung der

Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Kontrolle einhergehen müssen“, bemerkt der Sondergesandte zu Recht in einem Passus.

Schnell kam nach der Veröffentlichung des Berichts, der vieles bestätigt, was in den letzten Wochen in den Medien stand, folgende Mitteilung des Hofmarschallamts: „dans un souci d'une plus grande transparence et de modernisation, la Cour contribuera de manière constructive à la mise en œuvre des améliorations proposées dans ce rapport.“

Wie aber deckt sich das mit der Einschaltung eines Anwalts nachdem Jeannot Waringo weitere Informationen für ein Gutachten über die Einstellung eines neuen Mitarbeiters im Sekretariat der Gattin des Großherzogs beantragt hatte?

Wie deckt es sich mit den Artikeln in der internationalen „People“-Presse, welche das großherzogliche Paar in einer Opferrolle präsentieren - „Paris Match“ schrieb gar, die großherzogliche Familie würde den ganzen Wirbel als „Putschversuch“ empfinden?

Das gilt es in nächster Zukunft zu klären, in der sich die Gemüter hoffentlich ein wenig beruhigen und sachlich über Inhalt und Folgen des Waringo-Berichts diskutiert werden muss, der interessanterweise auf Reformmodelle hinweist, die andere Königshäuser bereits hinter sich haben.

Dieser Bericht kann Grundlage für eine echte und überfällige Modernisierung der Monarchie werden, die unserem Land zweifelsohne viel gebracht hat und weiterhin nicht zuletzt wichtig für die Positionierung Luxemburgs auf dem internationalen Parkett bleibt.

Der Bericht muss als Chance begriffen werden, vor allem vom Hof selbst...

CLAUDE KARGER

DER STAATSHAUSHALT UND DER HOF	
	
Angaben in Euro	
„Liste civile“	1.241.590
Kosten des Personals am Hof	7.740.923
Vertretungskosten	744.000
Vertretungskosten des Erbgroßherzogs	166.000
Funktionskosten und Ausgaben für laufende Kosten	726.000
Kosten für öffentliche, protokollarische und soziale Auftritte	150.000
Gehälter der Beamten der Verwaltung der öffentlichen Gebäude und der Straßenbauverwaltung, die dem großherzoglichen Haus zugeteilt sind	700.000
Gehälter der Polizisten, die dem großherzoglichen Haus zugeteilt sind	575.000
Gehälter der Armee-Bediensteten, die dem großherzoglichen Haus zugeteilt sind	450.000
Wasser-, Gas-, Strom- und Heizkosten für das „Palais“ und das Schloss in Colmar-Berg	300.000
Kosten für Renovierungs- und Unterhaltsarbeiten am „Palais“ und am Schloss von Colmar-Berg	1.500.000
Total	14.293.513

Lediglich fünf Artikel umfasst die Sektion „Maison du Grand-Duc“ im Budgetgesetz 2020. Zusammen genommen summieren sie sich auf 10,6 Millionen Euro. Laut Berichterstatter Jeannot Waringo müsste man allerdings alle staatlichen Ausgaben für den großherzoglichen Hof zusammen auflisten. Die Tafel zeigt, wie das aussieht, wenn man die Ausgaben für die Sicherheit des Großherzogs oder auch den Unterhalt von Palais und Schloss Colmar-Berg hinzufügt. Artikel 43 der Verfassung gewährt dem Staatsoberhaupt die so genannte „liste civile“, die nicht gleichzusetzen ist mit einem „Gehalt“, denn ein solches erhält der Großherzog keins. Auch aus der Ziviliste werden vor allem Personalkosten bestritten

Quelle: Waringo-Bericht

Mission Transparenz

Die wichtigsten Erkenntnisse des Waringo-Berichts zur Funktionsweise des großherzoglichen Hofes

LUXEMBURG

LJ

Am Tag nach Nationalfeiertag, am 24. Juni 2019, bekam der heute 67-jährige Jeannot Waringo, seines Zeichens ehemaliger Direktor der „Inspection Générale des Finances“ mit viel Erfahrung in Verwaltungsräten, vom Premier seine „lettre de mission“ um: Struktur und Organigramm des Hofpersonals zu analysieren und Reorganisationsvorschläge zu machen, die globale Finanz-, Budget- und Buchhaltungsverwaltung des Hofes unter die Lupe zu nehmen und Reformmaßnahmen zu begleiten. Die Mission Waringos, der von rund 60 Gesprächen mit Mitarbeitern des Hofes und weitere mit früheren Mitarbeitern berichtet hatte, Besuche in den verschiedenen Abteilungen absolvierte, aber auch in Brüssel die Spitze des königlichen Mitarbeiterstabs besuchte, ist also noch nicht abgeschlossen. Zum Auftrag Waringos gehörte allerdings auch, dafür zu sorgen, dass jedes Einstellungs-, Versetzungs- oder Entlassungsvorhaben bis zum Abschluss des Berichts vom Premier abgesegnet wird. Er habe die Gelegenheit gehabt, so der Berichterstatter, „fantastische Leute“ kennenzulernen, mit viel Kompetenz und viel Willen, die an sie gestellten Aufgaben zu erfüllen. „Mein Ziel war es also, meinen Beitrag zur Reform der Strukturen und der Modalitäten der

Funktionsweise des großherzoglichen Hofes zu leisten“, schreibt der Sondergesandte, der als einzige Bedingung für die Erfüllung seiner Mission insistiert habe „in aller Freiheit und Unabhängigkeit“ arbeiten zu können und im Gegenzug auf eine Entschädigung verzichtete.

Als „Störfaktor“ gespürt

Seine Zielstrebigkeit sei allerdings durch ein Anwaltsschreiben „erschüttert“ worden, schreibt der ehemalige hohe Beamte im Kapitel über den Ablauf seiner Mission. Nachdem er nämlich Anfang November beim Hofmarschallamt zusätzliche Informationen über ein Einstellungsvorhaben im Sekretariat der Großherzogin beantragt hatte, habe er plötzlich Post von einer Anwaltskanzlei bekommen, die offensichtlich von der „Administration des biens“ des Großherzogs dazu beauftragt wurde, allerdings habe sich ihm bislang nicht erschlossen, was die Mission ist, die dieser Kanzlei anvertraut wurde. Unsere Nachfrage dazu beim Hofmarschallamt blieb bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Auf jeden Fall habe er ab dem Moment verspürt, dass „meine Präsenz als Störfaktor betrachtet wurde und nicht als positiver Beitrag zur Reform der Funktionsweise der Monarchie“, schreibt Waringo.

☞ Nachfolgend die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Waringo-Bericht, der hier integral heruntergeladen werden kann: tinyurl.com/RapportWaringo

DIE FINANZEN

Die in der Verfassung vorgesehene „Ziviliste“ für den Großherzog von „300.000 francs or“, Personalkosten hier und da, Respräsentationsentschädigungen, Renovierungs- und Unterhaltskosten für „Palais“ und Schloss Berg... Jeannot Waringo hat die staatlichen Zuwendungen an den Hof zusammengeschrieben, die an unterschiedlichen Stellen des Budgetgesetzes stehen und kommt auf ein Total von 14.293.513 Euro für das laufende Jahr (siehe hierzu auch Seite 3). Darin enthalten auch die Personalkosten für Gärtner, Polizisten, Armeeingehörige und so weiter, die für den Dienst am Hof von ihren Verwaltungen freigestellt werden und auch die Renovierungs- und Unterhaltskosten für „Palais“ und Schloss Berg, welche der Großherzog nutzt, die aber dem Staat gehören.

MODERNE BUCHHALTUNGSNORMEN FEHLEN

Enthalten sind allerdings nicht die Kosten für Postsendungen (10.000 bis 15.000 Euro jährlich) und Telefonverbindungen (550.000 bis 600.000 Euro) jährlich, welche die POST-Gruppe gratis übernimmt. Letztere solle darüber nachdenken, ob sie diese „Geste“ weiter beibehält, bemerkt der ehemalige Chef der Finanzinspektion.

Jeannot Waringo, der bedauert, dass die modernen Buchhaltungsnormen und nicht einmal die Regeln der Buchhaltung beim Staat noch nicht Einzug beim Hof gehalten haben, plädiert hier für viel mehr Transparenz. Auch und vor allem, um die Kosten der verfassungsmäßigen Aufgaben des Staatsoberhauptes und die privaten Kosten besser auseinander zu halten.

EIN TEIL ALS GEHALT?

In seinen Augen sollte man sich deshalb am niederländischen Modell inspirieren. Dort bekommen die Mitglieder der königlichen Familie einen Teil ihrer Zuwendungen als Gehalt, das frei verwendbar - aber natürlich auch zu versteuern - ist. Der andere Teil der Zuwendung solle dann detailliert im Staatshaushalt aufgeführt, von einem Rechnungsprüfer unter die Lupe genommen und Gegenstand eines Jahresberichts werden.

DIE „MAISON DU GRAND-DUC“

Waringo ist ferner die Idee der Schaffung einer „Maison du Grand-Duc“, wie sie in der Verfassungsreform vorgesehen ist, sympathisch. Allerdings müsse das Grundgesetz nicht zwangsläufig geändert werden, um eine solche Rechtspersonlichkeit zu schaffen, die sich exklusiv um die verfassungsmäßigen Aufgaben des Staatsoberhauptes kümmern soll. Derzeit gebe es keine klare Trennung zwischen der Finanzierung der offiziellen Aufgaben des Großherzogs und der Verwaltung seiner privaten Güter.

Monarchies / Palais grand-ducal

Die Schaffung einer „Maison du Grand-Duc“ solle auf jeden Fall auch Anlass für eine Reform des Personalkaders bei Hofe sein, wo es „employés officiels“ und „employés privés“ gibt, ohne dass die Differenzierung der Aufgaben klar ist.

HOHE TRANSPARENZANFORDERUNGEN

„Es scheint, dass die Transparenzanforderungen der modernen Demokratien hinsichtlich der Verwen-

dung von Steuergeldern mit einer Verpflichtung der Transparenz, Nachverfolgbarkeit und Kontrolle einhergehen müssen“, schreibt Waringo. Damit der Hof dem gerecht wird, könne er sich ruhig - „wenn der Willen da ist“ - bei anderen Monarchien inspirieren. Genannt werden die schwedischen, belgischen und niederländischen Modelle, die detaillierte Berichte über Einnahmen, Ausgaben und Aktivitäten der königlichen Familien vorsehen.

DAS ORGANIGRAMM

Jeannot Waringo bedauert, dass es kein formales Organigramm für die Organisation des großherzoglichen Hofes gibt und man auf die kurzen Postenbeschreibungen in den Arbeitsverträgen zurückgreifen müsse.

Ein Entwurf von 2015 sieht Großherzog und Großherzogin über dem Hofmarschall und dem Präsidenten der Güterverwaltung des Großherzogs vor. Wobei sich der Präsident und der Hofmarschall Aufgaben teilen. Eine Aufteilung mit Konfliktpotenzial, wie Jeannot Wa-

ringo befindet, der auch klarstellt, dass gemäß Verfassung lediglich der Großherzog als Staatshofchef Symbol der Einheit und Garant der Unabhängigkeit des Landes sei. „Unsere Verfassung sieht keine offiziellen Funktionen für die Gattin des Großherzogs vor“, unterstreicht er und macht eine ganze Reihe von Vorschlägen, wie die verschiedenen Abteilungen bei Hofe reformiert werden können.

Allen voran das Hofmarschallamt, das eine gesetzliche Basis benötige.

Zu überlegen sei auch die Wiedereinführung des sogenannten „Commissaire à la Cour“, der dem Hofmarschall bei seinen Missionen zur Seite stehen soll. Kritisch sieht Waringo auch die Kommunikationspolitik des Hofes, der statt mehrerer Webseiten - darunter die der Stiftung des Großherzogs und der Großherzogin sowie der Initiative „Stand Speak Rise Up“ - nur eine, nämlich monarchie.lu betreiben solle.

Wie Waringo bemerkt, sei er auch nicht sicher, ob die Aktivitäten

der Stiftung und der Vereinigung „Stand Speak Rise Up“, welche auf Initiative der Großherzogin zum Kampf gegen sexualisierte Gewalt in Konfliktzonen ins Leben gerufen wurde, deutlich von jeglicher staatlichen Finanzierung getrennt seien. „Diese Frage verdient allerdings eine klare Antwort“, unterstreicht der Berichterstatter, der am Ende hofft, dass seine Überlegungen die Debatte über die Modernisierung der Funktionsweise der Monarchie befeuern werden...

DIE REAKTIONEN

Erst einmal in die „Chamber“

Quasi sofort nach der Veröffentlichung des Berichts verschickte das Hofmarschallamt folgende knappe Mitteilung: „La Cour grand-ducale a pris connaissance du rapport sur l'exécution de la mission de M. Jeannot Waringo, représentant spécial du Premier ministre. Dans un souci d'une plus grande transparence et de modernisation, la Cour contribuera de manière constructive à la mise en œuvre des améliorations proposées dans ce rapport“. Der Auftraggeber des Berichts, Premier Xavier Bettel, der ihn vergangene Woche bekommen hatte und im Regierungsrat am Freitagmorgen vorstellte, ließ indes mitteilen, dass er keinen Kommentar abgeben

werde, bevor die Analyse der Abgeordnetenkammer vorgelegt wurde. Am kommenden Mittwoch um 11.30 wird sich der Ausschuss für Verfassungsrevision und Institutionen im Beisein des Premiers und des Berichterstatters mit dem Waringo-Bericht befassen.

Von politischer Seite gab es gestern nur knappe Reaktionen. Der Tenor: Man müsse den Bericht zunächst einmal unter die Lupe nehmen - und: er müsse Folgen haben. Der Staatsrat und ehemalige Präsident des parlamentarischen Ausschusses für die Verfassungsreform, Alex Bodry, meinte auf Twitter, der Waringo-Bericht sei ziemlich komplett, um die Maßnahmen zu ergreifen, die sich aufdrängen, um die Funktionsweise des Hofes zu reformieren. „Die Wege im Entwurf der Verfassungsreform wurden bestätigt“, schrieb er.

DAS PERSONAL

Während sich die Bezahlung des Personals am großherzoglichen Hof an die Gehälter beim Staat anlehnt, gibt es hier verschiedene Mitarbeiterkategorien. Jene mit Beamtenstatut und jene im privaten Statut. Es gibt die „offiziellen“ Angestellten des Hofes und die „employés privés“ im Dienst der großherzoglichen Familie.

Laut einem Abkommen vom Dezember 2016 hat der Premier das Sagen bei der Einstellung von neuen Mitarbeitern der Karriere A1 und darüber hinaus und bei der Ernennung des Hofmarschalls und des Kabinettschefs des Großherzogs sowieso. Bei Verstärkungsanfragen und Änderungen bei Postenbeschreibungen sowie Gehältern muss der Premier grünes Licht während der jährlichen Budgetdiskussionen erteilen. Laut dem erwähnten Abkommen wurde dem Sekretariat der Großherzogin eine Beraterin und eine Assistentin erlaubt sowie ein Adjutant. Den Erbprinz unterstüzten indes zwei Assistentinnen und ein Adjutant.

110 BEIM HOF

Jeannot Waringo hat verschiedene Gehälter

prüfen lassen und festgestellt, dass sie ziemlich auf dem Niveau der öffentlich Bediensteten liegen.

Für ihn stellt sich dennoch die Frage, ob nicht ein einziger Status für alle Mitarbeiter der künftigen „Maison du Grand-Duc“ ausgearbeitet werden soll.

Beim Hof arbeiten derzeit insgesamt 89 Vollzeitkraft-Äquivalente und 17 „personnes détachées“ aus staatlichen Verwaltungen. Das Effektiv mag mit durchschnittlich 110 über die letzten Jahre (2014-2019) ziemlich konstant gewesen sein, allerdings gab es starke Fluktuationen über die insgesamt 17 Rentenantritte hinaus: 51 Mitarbeiter haben so in den letzten fünf Jahren ihre Posten verlassen, davon hatten 16 eine Versetzung in andere Verwaltungen beantragt, 16 warfen das Handtuch und elf wurden entlassen, während in acht Fällen der Arbeitsvertrag vor Ablauf der Probezeit gekündigt wurde.

Berichterstatter Waringo geht nicht näher auf die Gründe für die Personaländerungen ein, die Gespräche, die er allerdings mit ehemaligen Mitarbeitern geführt habe, hätten jedenfalls bei ihm progressiv zu einer gewissen „Verwirrung“ in der Art und Weise geführt, wie er sich die

beruflichen und sogar menschlichen Beziehungen vorstellt.

Das Personalmanagement werfe jedenfalls viele Fragen auf, es gebe keinen klaren Rekrutierungsprozess, der allerdings das zentrale Element für ein jedes Personalmanagementsystem sei.

KLIMA DER ANGST

Vom ersten Tag seiner Mission im Palast an habe er eine „gewisse Angst“ bei den Mitarbeitern gespürt, schreibt Waringo, Angst vor Rügen oder sogar Angst, den Job zu verlieren. In den Gesprächen zwischen Kollegen seien Jovialität und Humor selten - „jeder ist auf der Hut und wiegt seine Worte“ -, so der Berichterstatter weiter, der feststellt, dass eine interne Kommunikation bei Hof fast

völlig fehlt, sodass das Personal nicht auf dem Laufenden über die Entwicklungen sei. Die Probleme würden nicht auf den Tisch kommen, und so sei der Alltag von

Ungesagtem und Gerüchten geprägt. Mitarbeiter hätten den Eindruck, dass ihre Arbeit trotz

vollen Einsatzes nicht gewertschätzt werde. Kritischere Stimmen würden abgekanzelt.

DER EINFLUSS DER GROSSHERZOGIN

Laut seinen Informationen würden die wichtigsten Personalentscheidungen von der Großherzogin getroffen. „In mindestens zwei Fällen, in denen ich meinen Beitrag für eine Lösung liefern wollte, haben ich deutlich die Präsenz der Großherzogin in der Funktionsweise des Hofes gespürt“, berichtet Jeannot Waringo, dabei dürfe die „Rolle der Großherzogin, die lediglich eine repräsentative Funktion erfüllt, eigentlich zu keiner Diskussion Anlass geben“. Der Sondergesandte mahnt demnach eine Reform in dem „essentiellen Punkt“ der Personalverwaltung an, mit der Ausarbeitung einer klaren Rekrutierungsprozedur, die von einem „Comité de concertation“ aus Hofmarschall, Kabinettschef und dem Sekretär der Güterverwaltung unterstützt werden könne.

„Unsere Verfassung sieht keine offiziellen Funktionen für die Gattin des Großherzogs vor“

JEANNOT WARINGO Sondergesandter

Leitartikel

Transparenz tut not

Von Dani Schumacher

Der Waringo-Bericht legt die Missstände am großherzoglichen Hof schonungslos offen. Das Dokument ist sachlich, unpolemisch und unpolitisch und es enthält konkrete Lösungsvorschläge. Aus dem Bericht geht aber auch klar hervor, dass die Institution der Monarchie (noch) nicht in Gefahr ist, dass es sich vielmehr um Managementfehler beim „Unternehmen“ Cour grand-ducale handelt. Die Untersuchung war längst überfällig.

Premier Bettel lag daher vollkommen richtig, als er den Bericht im Sommer in Auftrag gegeben hat. Es war dazu ein kluger Schachzug, den langjährigen Chef der Inspection générale des finances, Jeannot Waringo, mit dieser heiklen Mission zu betrauen. Bettel wäre allerdings gut beraten gewesen, wenn er die Analyse nicht unkommentiert in die Öffentlichkeit gegeben hätte, sondern – wie bei wichtigen

Gesetzentwürfen üblich – erst im zuständigen Ausschuss und anschließend vor der Presse präsentiert hätte. So aber hat er die Deutungshoheit freiwillig und ohne Not abgegeben. Er hat bewusst in Kauf genommen, dass die Gerüchte übers Wochenende einmal mehr ins Kraut geschossen sind, weil er sich Zeit verschaffen wollte, um die Stimmung in der Bevölke-

rung auszuloten, um sich danach erst zu positionieren. Weil er nicht Stellung bezogen hat, wissen bis heute weder die

Politik noch die Bevölkerung, wie es weitergeht. Bislang ist nicht einmal klar, ob die Regierung oder das Parlament am Zuge ist, oder vielleicht auch beide.

Erwartungsgemäß konzentriert sich das Interesse auf die zwei Seiten des Berichts, in denen es um die Rolle der Großherzogin geht. Sicher, sie ist Teil des Problems. Sie trägt in nicht unerheblichem Maße die Verantwortung für die Personalprobleme am Hof. Sie hat ihre Kompetenzen überschritten, doch sie wurde offensichtlich nicht in ihre Schranken verwiesen.

Doch wo liegen überhaupt die Grenzen für die Ehefrau eines luxemburgischen Staatsoberhauptes? Die Funktion ist nirgendwo definiert, weder die Verfassung noch die Gesetze kennen diese Rolle. Folglich sind auch die Rechte und Pflichten nicht verbindlich festgehalten. Die Verfehlungen der Großherzogin sind daher auch – aber nicht nur – eine Konsequenz der strukturellen Schiefelage bei der Cour grand-ducale. Auch das zeigt der Waringo-Bericht unmissverständlich auf.

Das äußere Erscheinungsbild des Hofes wurde im Verlauf der Jahre immer wieder überarbeitet, doch das Fundament wurde – im Gegensatz zu anderen europäischen Königshäusern – nie an die Bedingungen des 21. Jahrhunderts angepasst. Und genau hier liegt das zentrale Problem. Der großherzogliche Hof agiert auch heute noch nach den Spielregeln des vorigen Jahrhunderts. In dem Punkt hat allerdings auch die Politik in all den Jahren versagt.

Wenn 2020 nicht zum Annus horribilis für die luxemburgische Monarchie werden soll, dann muss der Großherzog die Vorschläge von Jeannot Waringo beherzigen, er muss sich aktiv in die strukturelle Modernisierung des großherzoglichen Hofes einbringen, er muss mehr Transparenz zulassen, allen internen Widerständen zum Trotz.

EDITO

Monarchie im Krisenmodus

Stefan Kunzmann
Chefredakteur

Eine Monarchie ist bekanntlich kein Privatunternehmen, sondern eine Staatsform. Dass sie in vielen Ländern bis ins 21. Jahrhundert überlebt hat, ist der Tatsache zu verdanken, dass die monarchischen Staatsoberhäupter im Gegensatz zu dem – im besten wie auch im schlechtesten Falle – von politischen Machtwechseln geprägten Parlamentarismus für Kontinuität stehen. „Man kann über die Monarchie urteilen, wie man möchte, sie als nicht mehr zeitgemäß oder undemokratisch bezeichnen“, schrieb *revue* aus Anlass des Todes von Großherzog Jean. „Die europäischen Monarchen unserer Zeit sehen sich als Hüter der Stabilität und der Demokratie.“ Auch wenn sie nur noch eine repräsentative Funktion innehaben und von der politischen Macht abgekoppelt sind, besitzen sie zumindest einen symbolischen Einfluss. Nicht wenige Menschen träumen vom Adel und lamentieren über den Staat.

„Abgekoppelt“ bedeutet jedoch nicht „losgelöst“, was die wörtliche Übersetzung des Begriffes „absolut“ ist. Die Personal- und Finanzpolitik am großherzoglichen Hof, einer Institution des Staates, darf auch nicht von der staatlichen Personal- und Finanzpolitik „losgelöst“ betrachtet werden. Dass der Bericht des Sonderbeauftragten Jeannot Waringo eine Woche lang unter Verschluss gehalten wurde, hat die Gerüchteküche erhitzt. Sie hatte bereits gebrodelt, als der frühere Chef der Inspection générale des finances im Juni 2019 beauftragt worden war. Manch einer glaubte schon, die Monarchie stecke in einer Krise. Zumindest befindet sie sich in einer Art von Krisenmodus. Dazu hat unter anderem der Großherzog selbst beigetragen, als er sich in einem offenen, nach Ansicht des Journalistenverbandes befremdlichen Brief schützend vor seine Frau stellte. Letzteres ehrt ihn – wenn er es als Privatmann getan hat. Wenn er aber „die Botschaft in seiner Rolle als Staatsmann verfasst hat“, schreibt das Luxemburger Wort, „bewegt er sich außerhalb

der Verfassung“.

„Zur Debatte über die Modernisierung und die Funktionsweise unserer Monarchie“ dürften die Analysen und Vorschläge von Jeannot Waringo beitragen. Schließlich ist der Großherzog nicht „untouchable“, oder anders formuliert: nicht „losgelöst“. Der Hof zeigt sich zur „konstruktiven Zusammenarbeit“ bereit. Jedenfalls muss die Rolle bzw. der Posten der Großherzogin, die laut Waringo-Bericht die wichtigsten Personalentscheidungen am Hof trifft, ungeachtet ihres respektablen Engagements, erst genau definiert werden. Darüber hinaus schlägt der Sonderberichterstatter ein Organigramm vor. Dies fehlte bisher. Die „offenbar nicht gerade positive“ Stimmung unter den Angestellten des Hofes kann zwar nicht „verfassungsmäßig“ verbessert werden, aber einige „job descriptions“ und das Personalmanagement sollten doch, folgt man Waringos insgesamt 43 Seiten langen Ausführungen, dringend professionalisiert werden. Sonst bleibt es bei „Puzzlestücken ohne Puzzle“ und bei einer derart hohen Personalfuktuation wie in den vergangenen fünf Jahren. Ebenso wird in dem Bericht eine größere Transparenz über die Verwendung der finanziellen Mittel und die „Gründung einer Rechtsperson“, der „Maison du Grand-Duc“, empfohlen – all das im Dienste des Steuerzahlers, zum Nutzen des Staates und schließlich der Monarchie. ■

Ja zur Monarchie

Regierung bezieht Stellung zum Bericht über den großherzoglichen Hof

Luxemburg. Um 11.30 Uhr hatte Premier Xavier Bettel (DP) gestern zusammen mit dem Sonderermittler Jeannot Waringo einen Termin mit den Mitgliedern des Institutionenausschusses, um sich mit ihnen über den Inhalt des Berichts über die Personal- und Finanzpolitik des großherzoglichen Hofes auszutauschen.

Es gelang ihnen offensichtlich die Abgeordneten zu überzeugen. Denn nach der Sitzung fielen die Reaktionen recht positiv aus. Der Bericht, vor allem aber die darin

enthaltenen Vorschläge seien eine gute Basis, um Remedur zu schaffen und die Schieflage beim großherzoglichen Hof endgültig und dauerhaft zu begradigen, meinten die Parlamentarier parteiübergreifend.

Zwei Stunden später erstattete der Premier der Presse Bericht. Die Verbesserungsvorschläge würden dazu beitragen, die Monarchie zu modernisieren und zu stärken, so der Premier. *mig/DS*



Organigramm ohne Großherzogin

Waringo-Bericht: Premier Xavier Bettel bezieht Stellung vor dem Institutionenausschuss und der Presse

Von Michèle Gantenbein

Premierminister Xavier Bettel (DP) stellte gestern zusammen mit Sonderberichterstatter Jeannot Waringo der Institutionenkommission den am Freitag veröffentlichten Bericht über das Finanz- und Personalmanagement des großherzoglichen Hofes vor. Danach wurden die Medien gebrieft.

„Ich stehe persönlich zur Monarchie und bin überzeugt, dass es die richtige Staatsform für unser Land ist“, machte Xavier Bettel gleich zu Beginn der Pressekonferenz klar. Sein Ziel sei es, die Monarchie zu stärken, „indem wir die Cour grand-ducale verbessern und an das 21. Jahrhundert anpassen“. Das sei auch im Sinne des Staatsschefs, „der mir das gestern erneut bestätigt hat“.

Bettel räumte ein, dass das Image des großherzoglichen Hofes unter den aufgedeckten Missständen gelitten habe. Da es seine Aufgabe als Premier sei, die Institutionen zu schützen, sei ihm wichtig gewesen, „dass neben der Analyse auch Verbesserungsvorschläge aufgezeigt werden“.

Großherzog Henri habe sich in allen Punkten mit dem Bericht und den darin formulierten Vorschlägen einverstanden erklärt. Manche Punkte bedürften einer weiteren Ausarbeitung, „aber es gibt keinen Punkt, bei dem der Großherzog gesagt hätte: Das kommt nicht in Frage“.

Personalpolitik

Die Vorschläge betreffen in erster Linie die Personalpolitik, „die ja auch der Auslöser für den Bericht war“, und damit verbunden die Rolle der Großherzogin, die in diesem Bereich dem Bericht zufolge die Fäden zog, obwohl es ihr laut Verfassung nicht zustand. Im künftigen Organigramm, der ausschließlich die offiziellen Posten beschreibt, „ist keine Rolle für die Großherzogin vorgesehen“, so Bettel. Der Sekretär des Großherzogs wird in seiner aktuellen Form abgeschafft, genau so wie der Ge-

neralmanager. Der Premier ist der Ansicht, dass alle wichtigen Posten, also auch der Hofmarschall, dem Staatsdienst angehören und als Staatsbedienstete vereidigt werden und die Luxemburger Nationalität haben sollten. Zurückhalten wolle man auch den Vorschlag eines Commissaire oder Conseiller à la Cour, der dem Hofmarschall assistiert.

Unter welchem Statut die privaten Mitarbeiter eingestellt werden, müsse noch geklärt werden. „Es ist nicht notwendig, dass alle Mitarbeiter unter dem Statut des öffentlichen Dienstes eingestellt werden.“ Die geplante neue Verfassung biete die richtige Basis, um die im Bericht formulierten Reformen umzusetzen. Doch auch unabhängig von der neuen Verfassung sei es möglich, das Gehältergesetz des öffentlichen Dienstes entsprechend anzupassen, was denn auch in naher Zukunft geschehen soll. In Bezug auf den Internetauftritt des Hofes sagte Bettel, dass die Internetseite der Großherzogin in die Internetseite www.monarchie.lu integriert werde und es zu einer klaren Trennung zwischen diesen und anderen, privaten Internetaktivitäten komme. „Das darf nicht vermischt werden“, so der Premier. Die Kommunikationsstelle der Cour grand-ducale soll enger mit dem Pressedienst der Regierung zusammenarbeiten und die institutionelle Kommunikation des Hofes muss vorab vom Staatsminister genehmigt werden.

Offizielle und private Aktivitäten und die damit verbundenen Ausgaben werden strikt getrennt. Die privaten Ausgaben unterliegen keiner Kontrolle und werden auch nicht aus dem Staatshaushalt finanziert. Was die offiziellen Ausgaben des Hofes betrifft, werden die einzelnen Budgetposten an einer Stelle im Staatshaushalt gebündelt und detailliert aufgelistet, um volle Transparenz zu garantieren. Der Hof stellt einen internen Finanzkontrolleur ein. Ge-

prüft werden die Finanzen auch von einem externen Kontrolleur.

Auch, was die Dotation des Staates an den Hof betrifft, sei die neue Verfassung die geeignete Basis, um die Vorschläge des Sondergesandten zügig umzusetzen. Vieles lasse sich unabhängig von der neuen Verfassung schnell anpassen, so noch der Premier.

Waringos weitere Mission

Die Mission des Sondergesandten ist erfüllt, allerdings bleibt er noch als Berater vor Ort, um bei der Umsetzung der Reformen zu helfen. In Bezug auf die Kritik, dass der Bericht fünf Tage lang unkommentiert in der Öffentlichkeit zirkulierte, war es die Aussage des Premier, er habe transparent sein und mit der Veröffentlichung verhindern wollen, dass Gerüchte und Spekulationen die Runde machen. „So konnte jeder sich seine Meinung bilden.“ Das Prozedere sei richtig gewesen „und es hat mir erlaubt, vorab einen Austausch mit dem Großherzog zu haben, so dass ich heute mitteilen kann, dass fast 90 Prozent der Vorschläge im Einvernehmen mit dem Großherzog zügig umgesetzt werden können“.

Zu den Voruntersuchungen der Staatsanwaltschaft in Zusammenhang mit den Vorwürfen, es sei am Hofe zu physischer Gewalt gegen Mitarbeiter gekommen, wollte der Premier sich nicht äußern. „Ich werde dazu nichts sagen, solange keine Schlussfolgerungen der Staatsanwaltschaft vorliegen.“

● Ich stehe
● persönlich zur
Monarchie und
bin überzeugt, dass
es die richtige
Staatsform für
unser Land ist.

Um Schadensbegrenzung bemüht

Die Mitglieder des Verfassungsausschusses geben sich versöhnlich

Gut anderthalb Stunden standen Premier Bettel (DP) und Jeannot Waringo den Mitgliedern der Verfassungskommission gestern Rede und Antwort. Nach der Sitzung fielen die Reaktionen recht versöhnlich aus. Die Abgeordneten hielten den Ball parteiübergreifend flach. Die Monarchie sehen sie nicht in Gefahr. Sie bewerten den Bericht vielmehr als Chance, da die Monarchie durch die anstehenden Reformen moderner und transparenter werde. Sie zeigten sich zufrieden, dass der Großherzog bereit ist, sich an dem Modernisierungsprozess zu beteiligen.

Verantwortung beim Premier

Für Léon Gloden (CSV) steht fest, dass die Verantwortung nun beim Premierminister liegt, er müsse die richtigen Schlüsse aus dem Bericht ziehen und die erforderlichen Änderungen in die Wege leiten. Zu möglichen Verfassungsänderungen befragt, für die das Parlament zuständig ist,

verwies er auf die Artikel 52 und 53 aus dem Reformtext. Hier soll noch einmal nachgebessert werden. In dem Text geht es unter anderem um die Verwaltung der Cour grand-ducale. Allerdings wollte er nicht ausschließen, dass auch andere Passagen noch einmal überarbeitet werden, falls nötig.

Der Ausschussvorsitzende Mars Di Bartolomeo (LSAP) hofft, dass die Vorschläge aus dem Bericht möglichst zügig umgesetzt werden. Auf die Frage, ob bei der anstehenden Verfassungsreform den Passagen zum Staatschef nun Priorität eingeräumt wird, blieb er eher vage. Er rechnet damit, dass der Text die Justiz betreffend bis Ende Februar vorliegen wird. Die Arbeiten an den anderen Artikeln würden parallel dazu weitergeführt.

Josée Lorsché, Fraktionschefin der Grünen, fordert, dass die bestehenden Gesetze vom Hof endlich angewandt werden. Als Beispiele nannte sie die Buch-

führung nach den Regeln der Staatsfinanzen oder das Arbeitsrecht. In den vergangenen Tagen war kritisiert worden, dass Premier Bettel sich fünf Tage Zeit gelassen hatte, bevor er den Bericht kommentierte. Lorsché verteidigte diese Vorgehensweise. Der Bericht sei komplex: „Man braucht eine gewisse Reflexionszeit, um zu prüfen, welche Vorschläge man wie umsetzen will.“

Gast Gibéryen (ADR) hätte sich hingegen gewünscht, dass der Premier in einem ersten Schritt das Parlament über den Bericht, aber auch über die Reaktion des Großherzogs, informiert und dann erst den Bericht ins Netz gestellt hätte: „Es wäre weniger Porzellan zerschlagen worden, wenn die Reihenfolge anders gewesen wäre“, betonte der ADR-Politiker.

Eine Frage der Verantwortung

Für Marc Baum (Déi Lénk) stellt sich in erster Linie die Frage der Verantwortung. „Wer muss die

Verantwortung übernehmen, wenn es in einer so wichtigen Verwaltung wie der des großherzoglichen Hofes so gravierende Missstände gibt?“ Bei jeder anderen Verwaltung müsse der Direktor oder gar der zuständige Minister bei derartigen Verfehlungen seinen Hut nehmen. Im Ausschuss sei aber klar gewesen, dass niemand zur Verantwortung gezogen werden soll.

In Bezug auf den großherzoglichen Hof liege die Verantwortung sowohl beim Regierungschef als auch beim Großherzog selbst. Indem er den Bericht in Auftrag gegeben habe, sei der Premier seiner Verantwortung nachgekommen, so Baum. Er forderte, dass personelle Konsequenzen gezogen werden. Wie diese aussehen sollen, ließ er allerdings offen.

Für den neuen DP-Fraktionsvorsitzenden Gilles Baum ist es wichtig, dass die Vorschläge des Sonderbeauftragten nicht nur die Zustimmung von Premier Bettel gefunden haben, sondern auch die des Großherzogs. Die Monarchie werde dadurch nachhaltig gestärkt. DS

Wie der Premierminister den Staatschef in die Schranken verwies

Balanceakt

Pol Schock **Der Premier hat sich gegen Widerstände am großherzoglichen Hof durchgesetzt, hat die Schlacht in der Öffentlichkeit für sich entschieden und kann gar die Opposition im Parlament auf seiner Seite zählen**

Drachenbezwinger Er steht alleine vor einer Bestie. Ein weißer Löwe mit einer Krone auf dem Haupt. Der Löwe faucht mit Zunge, bäumt sich auf und zeigt seine Krallen, seine ganze Kraft. Aber der Mann muss sich nicht fürchten. Die Bestie hat sich von ihm abgewandt. Ihr Schwanz ist geknotet um die Wörter „Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg“. Premierminister Xavier Bettel kann in Ruhe seine Rede halten, er muss dem fauchenden Löwen hinter seinem Rücken keine Beachtung schenken.

Als der Staatsminister am Mittwoch vor die Presse tritt, ist klar, dass er einen Sieg errungen hat. Er hat sich gegen Widerstände am großherzoglichen Hof durchgesetzt, hat die Schlacht in der Öffentlichkeit für sich entschieden und kann gar die Opposition im Parlament auf seiner Seite zählen. Bettel hat das Kräftemessen mit der Monarchie gesucht und das Staatsoberhaupt des Großherzogtums Luxemburg in seine Schranken verwiesen. Nun liegt vor ihm ein roter Teppich, um als Reformier der Luxemburger Monarchie in die Geschichte einzugehen.

Frisch rasiert, maßgeschneiderter Anzug, aufgeweckter Blick: Bettel muss sich dieses Triumphs bewusst sein. Kühl und sachlich trägt er die

Empfehlung des Berichts von Jeannot Waringo vor und vergisst dabei nie zu betonen, dass der Großherzog sämtliche Entscheidungen mitträgt. Mit ungewohnter Souveränität beantwortet er anschließend die Fragen der Journalisten, nutzt sie gar als Steilvorlage, um seine Argumentation für eine Modernisierung der Luxemburger Monarchie zu bekräftigen. Als hätte er nur darauf gewartet. Und so steht an diesem Tag auch weder der Großherzog, noch Jeannot Waringo, noch der Hofmarschall oder einer der beiden Vize-Premiers der Koalition mit am Rednerpult. Nur der Premier alleine.

Krise mit Anlauf Das Kräftemessen mit der Monarchie hat sich lange angedeutet. Bettel selbst nennt die Affäre Selva als Auslöser. Mitte 2015 tauchte die französische Beraterin aus Paris Chantal Selva im Palais auf. Ihre Mission: den Hof zu modernisieren. Das großherzogliche Paar wollte in Eigenregie und mit neuen Management-Strategien den Hof führen wie ein Unternehmen. Nur eben ohne Offenlegung von Bilanzen, ohne Kontrolle durch Aktionäre oder eines Verwaltungsrats und ohne klare Regeln. Das Projekt war eigentlich von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Denn eine konstitutionelle Monarchie ist eine Staatsform, beruhend auf einer Verfassung,

und kein Unternehmen. Sie wird mit öffentlichen Geldern gespeist und muss sich im 21. Jahrhundert folglich den gleichen Transparenzregeln unterwerfen wie jede andere öffentliche Einrichtung auch. Und dennoch ließ das Staatsministerium den Hof zunächst gewähren.

Selva erstellt im Auftrag des Hofes ein neues Organigramm: Die Großherzogin war seither mit dem Großherzog hierarchisch auf Augenhöhe, und sie stellte mit André Grieu einen *General Manager* ein, der den Hofmarschall faktisch entmachtete. Der damalige Hofmarschall Pierre Bley verließ während dieses Prozesses den Hof und wurde durch Lucien Weiler ersetzt. Das Pikante: All diese Entscheidungen wurden ohne *Contresign* von Premier Xavier Bettel getroffen. Weiler erhielt lediglich den vertraglichen Status eines freischaffenden Beraters und war kein Beamter wie die Hofmarschälle vor ihm.

Erst als im Juni 2016 auffiel, dass Chantal Selva eine Verurteilung in Frankreich verschwiegen hatte, schien Bettel sich seiner Verantwortung bewusst zu werden. Selva musste gehen. Der Staatsminister beanspruchte in Zukunft ein Mitspracherecht bei der Einstellung neuer Mitarbeiter der Kategorie A1, ein Abkommen wurde unterzeichnet. Das Problem: Der großherzogliche Hof hielt sich nicht daran, das Personalkrussell drehte weiter ohne Zugriff des Staates.

Der Waringo-Plan Es waren jedoch erst die Hilferufe aus dem Palais Anfang 2019 über die willkürlichen Zustände am Hof, die Bettel dazu veranlassten, durchzugreifen. Im Februar 2019 hat sich das Staatsministerium mit den früheren Hofmarschällen Pierre Mores (2007-2013) und Pierre Bley (2013-2016) getroffen, um das weitere Vorgehen zu sondieren. Es ging darum, die Kontrolle am Hof zurück in die Hand des demokratisch gewählten Premiers zu geben, ohne jedoch die Monarchie an sich zu gefährden. Ein heißes Eisen, das Potenzial barg, zu einer nationalen Angelegenheit zu werden und durch eine emotionale Öffentlichkeit zu verglühen.

Es ist nicht klar, was am Anfang stand, der Name Jeannot Waringo oder der Plan eines Audits – jedenfalls entschied sich Bettel in Absprache mit den früheren Hofmarschällen dazu, eine ausführliche und transparente Analyse über die Zustände am Hof anfertigen zu lassen. Und in Jeannot Waringo sah man die geeignete Person für diese Aufgabe: ein früherer Staatsdiener mit hoher Fachkompetenz und dem Ruf, über ein breites Kreuz zu verfügen bar jeder parteipolitischen Loyalität. Waringo war einverstanden und wollte

den Auftrag sogar unentgeltlich erledigen. Eine kluge Entscheidung, denn sie stärkte seine Glaubwürdigkeit, im Namen des Rechtsstaats zu agieren und konterkarierte sämtliche Vorwürfe, Waringo sei lediglich ein Söldner, sein Bericht nur eine bezahlte Auftragsleistung.

Waringo erhielt dabei von Beginn an die bedingungslose Unterstützung von Xavier Bettel. Als er sich vertraulich mit Angestellten des Hofes zwischen den Regalen eines Cactus-Supermarkts treffen musste, die aus Angst vor Vergeltung nur dort offen reden wollten. Als die Großherzogin sich weigerte, mit Waringo zu reden, und auch der Großherzog von ihm Abstand nahm. Als er im Oktober 2019 gar einen Brief der großherzoglichen Anwaltskanzlei Kleyr-Grasso erhielt, der Waringo unter Druck setzen sollte und er sich als Störfaktor begriff. Und selbst als Waringo darauf bestand, dass er diese Episode schonungslos in seinem Bericht gleich auf der dritten Seite erwähnen wollte, stand Bettel vollkommen hinter ihm. Denn diese Geschichte war Teil des Systems, das es zu entlarven galt. Mit anderen Worten: Eine Reform für mehr Transparenz kann nur mit Transparenz beginnen.

Kritik trotz Triumph Für Bettel war es jedoch von Anfang an ein Balanceakt. Denn der Premierminister ist für die Entscheidungen und folglich auch Fehlentscheidungen des Großherzogs verantwortlich. Er muss sich die Kritik gefallen lassen, warum er den Alleingang des Hofes mit neuer Verwaltung nicht früher unterbunden hat. Warum der Hofmarschall Lucien Weiler ohne Gegenzeichnung des Premiers als Berater in Halbtagsstelle eingestellt wurde. Und vor allem: Warum es eigentlich soweit kommen musste.

Bettel selbst ist sich dessen bewusst, zeigt allerdings auch auf seine Vorgänger Jean-Claude Juncker und Luc Frieden (CSV), die bereits 2002 daran scheiterten, den Hof auf das Fundament eines modernen Rechtsstaats zu setzen. Der Premierminister ist auch für die Kommunikation des Großherzogs verantwortlich, deshalb machte Bettel bei der Pressekonferenz klar, dass er eine Mitschuld trage am Image-Schaden des großherzoglichen Hofes, der sich auch negativ auf das Bild des Landes auswirke. Aber Bettel sah sich in der Pflicht, das in Kauf zu nehmen, um noch größeren Schaden abzuwenden und verlangte deshalb von Waringo, gleich Reformvorschläge als Wege aus der Krise mitzuliefern. Diese liegen nun auf dem Tisch und sprechen eine klare Sprache. Ebenso deutlich waren die Schlussworte des Staatsministers am Ende seiner Konferenz: „Einen zweiten Waringo-Bericht können wir uns nicht leisten.“

Die Abrechnung

Jeannot Waringo spricht Misstände an und sucht Wege aus der Krise

Pol Schock

Die Trennung zwischen öffentlichen und privaten Angelegenheiten blieb bisher im Ungefähren, so dass der Hof nach Gusto darüber entscheiden konnte – so wie es gerade passend war

Best practices Als die Regierung am vergangenen Freitag kurz vor 12 Uhr den Bericht von Jeannot Waringo öffentlich für alle Bürger zugänglich machte, war die Überraschung in vielen Kreisen groß. In einer erstaunlich klaren, aber auch persönlichen Sprache schilderte der Sonderbeauftragte die Misstände am Hof: unklare Hierarchien, Klima der Angst, fehlende interne Kommunikation, falsche Personalpolitik, intransparente Finanzen, Vermischung von öffentlichen und privaten Angelegenheiten, problematische Rolle der Großherzogin Maria Teresa.

Doch Waringos Mission begrenzte sich nicht darauf, lediglich Misstände aufzuzeigen, sondern auch konstruktive Reformvorschläge zu machen. Dabei hat er sich an den Monarchien in Schweden, Belgien und den Niederlanden orientiert. Er lässt keinen Zweifel aufkommen, dass diese Monarchien deutlich besser aufgestellt sind als der großherzogliche Hof in Luxemburg. Insbesondere in Belgien und in Schweden konnte er einen „klaren Willen zur Transparenz“ feststellen, sowohl was die Finanzen anbelangt als auch die Trennung zwischen öffentlichen und privaten Angelegenheiten. Und Waringo nutzt diese *best practices*, um Reformvorschläge für Luxemburg zu machen.

Klare Trennung Er schlägt mit Hinblick auf die Verfassung vor, den Hof wieder näher an den

Staat zu führen – ähnlich wie andere öffentliche Einrichtungen, die durch Steuergelder finanziert werden. Dazu gehört es, eine Trennung zwischen privatem Leben und öffentlichen Aufgaben des großherzoglichen Hauses herzustellen. Bisher blieb dieser Umstand im Ungefähren, so dass der Hof nach Gusto darüber entscheiden konnte – so wie es gerade passend war. Vereinfacht ausgedrückt: ein offener Brief mit Kritik an der Presse ist eine Privatangelegenheit, die Finanzierung einer persönlichen Homepage der Großherzogin ist eine öffentliche Angelegenheit.

Waringo legt dem Premier nahe, diesen unklaren Zustand zu klären, weil er darin die Quelle für viele Misstände sieht. Sein Vorschlag: Die Schaffung einer „Maison du Grand-Duc“ als neue juristische Entität. Diese Verwaltung soll sämtliche öffentlichen Geschäfte und Angelegenheiten transparent koordinieren und organisieren. Sie untersteht einer Rechenschaftspflicht und soll regelmäßig Bericht führen über die offiziellen Auftritte und Missionen der Luxemburger Monarchie. Waringo sieht hier eine dringende Notwendigkeit, damit in Zukunft das Budget des Großherzogs, das durch das Staatsministerium gespeist wird, nach internationalen Normen kontrolliert werden kann. Davon abgekoppelt ist das private Leben des Großherzogs sowie das Fideikommiss (eine Art Stiftung, die den privaten Besitz der Familie verwaltet). Der Großherzog soll in Zukunft ein Gehalt erhalten, über das er

frei verfügen kann. Wie jeder Bürger muss er darauf Steuern zahlen.

Organigramm Damit diese Trennung auch hierarchisch durchsetzbar ist, hat Waringo ein neues Organigramm erstellt: An der Spitze steht der Großherzog, wie es die Verfassung vorsieht. Die angetraute Großherzogin spielt in den öffentlichen Angelegenheiten keine Rolle mehr, auch nicht bei Personalentscheidungen. Gleich unter dem Großherzog steht der Hofmarschall, dessen Posten eine deutliche Aufwertung und neue Zuständigkeiten erhält. Er soll sämtliche öffentlichen Aufgaben des Großherzogs und des Hauses koordinieren. Anders als bisher soll es sich erneut um einen Staatsbeamten des höchsten Grades handeln, der in Vollzeit arbeitet. Ob das in Zukunft weiterhin Lucien Weiler sein wird, soll laut *Land*-Quellen unwahrscheinlich sein. Der Posten des *General Manager* soll hingegen aufgelöst werden. Zudem will Waringo den Posten des Hofkommissars wieder einführen – Premier Xavier Bettel hat den Posten allerdings bereits in „Hofberater“ umgetauft. Waringo empfiehlt, dass es bei der *Maison du Grand-Duc* in Zukunft um staatliche Angestellte handelt – sämtliche Angestellte, die im privaten Dienst der großherzoglichen Familie sind, sollen hingegen den Status des Privatangestellten haben.

Ähnlich wie bisher soll das Budget des Großherzogs im jährlichen Haushaltsentwurf aufgestellt werden. Langfristig plädiert Waringo dafür, den Begriff *Liste civile* in der Verfassung durch *double Dotations* zu ersetzen, die sich ebenfalls in private und öffentliche *Dotation* unterteilt. Um das Staatsministerium näher an den großherzoglichen Hof zu führen, schlägt Waringo außerdem vor, ein *Comité de concertation* zu schaffen – eine Art Verwaltungsrat, der sich alle zwei Monate berät.

Kommunikation Einen entscheidenden Punkt sieht Waringo in der Kommunikation des Hofes: Er stellt in Frage, ob der freie Zugang zu den Diensten der Post, dessen Ursprung auf Gesetze des 19. Jahrhunderts zurückgeht, noch zeitgemäß ist. Immerhin verschickt der großherzogliche Hof jährlich Briefe in Höhe von 15 000 Euro und nutzt das Mobil-, Fest- und Internetnetz in Höhe von 600 000 Euro, ohne dass, die Post dies in Rechnung stellt.

Generell steht Waringo der Kommunikationsstrategie des Hauses kritisch gegenüber. Er schlägt eine Anbindung an das SIP vor, dem staatlichen Informationsdienst. Es sei geradezu absurd, dass bisher nahezu alle Ressourcen in die Pflege der Internetseite *grande-duchesse.lu* gingen, während die offizielle Seite *monarchie.lu* ein kümmerliches Dasein fristet und technisch noch nicht auf dem Stand des 21. Jahrhunderts ist. Deutliche Kritik findet er gegenüber der Finanzierung der Stiftung des Großherzogs sowie der Initiative *Stand Speak Rise Up*. Es sei ihm etwa nicht möglich gewesen, herauszufinden, ob öffentliche Gelder in die private Veranstaltung *Stand Speak Rise up!* der Großherzogin flossen. Zur Erinnerung: Es handelt sich dabei um ein Forum für Menschenrechte, bei dem unter anderem Stéphane Bern als Generalsekretär tätig ist.

Laut Premier Bettel laufen die Arbeitsgruppen zur Umsetzung der Reformen bereits. Der Großherzog habe dem Premier mitgeteilt, mit nahezu allen Änderungen einverstanden zu sein, nur etwa bei den Kommunikationsreformen gäbe es lediglich ein „*Accord de principe*“. Dabei sind rund 90 Prozent aller Maßnahmen ohne Verfassungsänderung möglich. Das Parlament, das sich geschlossen hinter den Waringo-Bericht stellt, zeigt sich allerdings auch für Verfassungsänderungen offen.

Leitartikel

Monarchie 4.0

Von Roland Arens

Der 14. Februar 1981, als der damalige Erbgroßherzog Henri seine Verlobte Maria Teresa heiratete, war ein frostiger, aber sonniger Valentinstag. Dieser Tage dagegen ist das Wetter eher trüb, ein Sturm ist über das Land gezogen. Und über dem großherzoglichen Palast entlud sich ein Gewitter, von dem man erwarten darf, dass es seine reinigende Wirkung noch entfalten wird. Der Waringo-Bericht zur Personalführung und Finanzverwaltung am großherzoglichen Hof und die seit Jahren vorbereitete Verfassungsreform, die die Rolle des Staatsherrn an die Praxis anpassen soll, bieten für unsere Monarchie die Chance auf einen Neustart, eine Monarchie 4.0 sozusagen.

Den Rahmen für die erste Phase der Monarchie in Luxemburg, bis zur Abdankung von Großherzogin Marie-Adelheid im Jahr 1919, bildete der Verfassungstext von 1868, der dem Buchstaben nach heute noch Bestand hat. Marie-Adelheids Schwester und Nachfolgerin Charlotte läutete eine zweite, Jahrzehnte lange Ära der Stabilität und des nationalen Selbstbewusstseins ein, die von ihrem Sohn Jean nahtlos weitergeführt wurde.

Henri und seine temperamentvolle Ehefrau Maria Teresa traten zur Jahrtausendwende an, um die als angestaubt geltenden Traditionen und Gepflogenheiten des Hofes in die Moderne zu überführen. Ihnen flogen die Sympathien zu, sie gaben sich offen und weltgewandt. Doch manche Neuerungen dieser dritten Phase

lösten Befremden aus, etwa als die Großherzogin an der Seite ihres Mannes an Parlamentseröffnungen teilnahm oder die Weihnachtsansprache aktiv

mitgestaltete. Die Problematik, die sich daraus ergibt, dass unsere Verfassung eine staatstragende Rolle der Großherzogin nicht vorsieht, war sicher schon damals bekannt, Bedenken wurden jedoch offensichtlich zurückgestellt.

Eine Fehleinschätzung, wie sich später zeigte. Ebenso stand die nach außen dargestellte Modernität nicht im Einklang mit der internen Praxis am Hof. Häufige Personalwechsel, undurchsichtige Finanzen und Vermischungen bei der Öffentlichkeitsarbeit passen nicht zum wohlge-meinten Engagement des großherzoglichen Paares. Erst der Waringo-Bericht sorgt jetzt für Klarheit bei der Funktionsweise des Hofes und der Rolle der Großherzogin. Demnach muss die Frau des Großherzogs in den offiziellen Entscheidungsprozessen des Hofes außen vor bleiben.

Mit der Umsetzung dieser Reformen, die von Großherzog Henri ausdrücklich mitgetragen werden, wird eine neue – die vierte – Phase der Luxemburger Monarchie eingeleitet. Rechte und Pflichten des Staatsherrn werden von der künftigen Verfassung an die jahrelange Praxis angepasst. Es wird Transparenz bei den Finanzen geben, ein zeitgemäßes Personalmanagement und eine klarere Trennung zwischen privaten und öffentlichen Handlungen des großherzoglichen Paares. Der Blick auf andere Königshäuser zeigt zudem, dass die Ehefrauen und Ehemänner von Monarchen durchaus wichtige Funktionen im Dienst des Staates und zum Wohl der Gesellschaft ausüben können, auch wenn sie diskret im Hintergrund arbeiten und nicht so sehr im Rampenlicht stehen wie der Staatsherr.

WO STEHEN WIR?

Das große Stühlerücken

Der Abgang Etienne Schneiders sorgt für Bewegung

Als wir Wirtschafts- und Gesundheitsminister Etienne Schneider vor etwas weniger als einem Jahr im Wirtschaftsministerium aufsuchten, da zeigte er uns voller Stolz seine Raketensammlung, was natürlich deutlich machen sollte, dass ihn das Thema „Space Mining“ immer noch begeisterte. Auf die Frage, wie lange er, der die Dauer, in der ein Minister kontinuierlich Mitglied der Regierung sein darf, im Referendum vom Juni 2015 ja auf zehn Jahre begrenzen wollte, denn noch sein Regierungsamt ausüben wolle, gab Schneider seinerzeit an, dass im Leben etwas passieren könne, das einen dazu bringe, etwas anderes zu machen - im Moment habe er aber noch große Lust und sei in seinen beiden Ressorts voll motiviert, demnach er also bis auf Weiteres auf seinem Posten bleiben würde.

Dabei wusste der LSAP-Vizepremier schon damals, dass er nicht weitermachen würde, zumal er seiner Partei sowie den anderen Regierungsmitgliedern direkt nach den Wahlen seinen Rücktritt angeboten hatte, wie er auf der Pressekonferenz zur Ankündigung seines Rücktritts im vergangenen Dezember selbst verriet, aber er sei gebeten worden, weiterzumachen. Dass der ehemals so dynamische und vor Arbeitseifer platzende Vorzeigeminister schon seit längerem keine richtige Lust mehr hatte, war indes nicht zu übersehen, so dass sein Entschluss, nun, also ziemlich am Anfang der Legislatur, auf eigenen Wunsch aus der Regierung auszuscheiden, durchaus zu verstehen ist, reiße sein Abgang doch zum jetzigen Zeitpunkt kein Loch in die Regierung, und bliebe seinem Nachfolger genug Zeit, sich in die Regierungsarbeit einzuarbeiten, wie Schneider sich auf der bereits erwähnten Pressekonferenz ausdrückte.

Was der gestern ehrenvoll vom Großherzog aus seinen Pflichten entlassene Etienne Schneider in Zukunft beruflich machen will, steht angeblich noch in den Sternen, aber als „Space Mining“-Pionier werden dem schei-

denden Spitzenpolitiker gute Chancen nachgesagt, zum neuen Direktor der Europäischen Weltraumorganisation Esa ernannt zu werden.

Mit Etienne Schneider verlässt jedenfalls einer, wenn nicht sogar der Hauptarchitekt der Dreierkoalition die Regierung, wobei Schneider - und das dürfte der wichtigste Grund für seinen Rückzug aus der Politik sein - jedoch immer nur auf dem zweiten Platz landete und es zu seinem Verdruss nicht schaffte, den Premierposten zu übernehmen. Und Xavier Bettel verliert nach Félix Braz mit Etienne Schneider seinerseits nun schon den zweiten Mann des einstigen Führungstrios von Blau-Rot-Grün.

Der Abgang Schneiders führte dann auch zu einer ganzen Reihe von Änderungen innerhalb der Regierung. So wurde Franz Fayot gestern in die Regierung aufgenommen und als neuer Wirtschafts- und Kooperationsminister vereidigt, das er von Paulette Lenert übernimmt, die ihrerseits das Gesundheitsministerium von Etienne Schneider übernimmt und auch noch delegierte Sozialministerin wird, derweil Arbeits- und Sportminister Dan Kersch, der ja spätestens seit den letzten Wahlen als Strippenzieher und neuer starker Mann der LSAP gilt, seit gestern den prestigeträchtigen - und auch finanziell einträglicheren - Titel des LSAP-Vizepremier innehat.

Der Rückzug Schneiders aus der Politik hat aber auch Auswirkungen auf die Abgeordnetenversammlung, wo gestern die frühere Abgeordnete Cécile Hemmen für Franz Fayot nachrückte. Auf seinem Posten als LSAP-Präsident - das Amt ist nicht mit einem Regierungsposten vereinbar - dürfte Fayot indes von der früheren Staatssekretärin Francine Closener ersetzt werden, die ihrerseits erst vor kurzem als Nachfolgerin von Marc Angel in der „Chamber“ vereidigt wurde, der wiederum ins Europaparlament gewechselt ist. Weitere Änderungen sind nicht ausgeschlossen...

PASCAL STEINWACHS

DIE NEUE REGIERUNG: 12 MÄNNER – 5 FRAUEN

XAVIER BETTEL DP

- Premierminister, Staatsminister
- Minister für Kommunikation und Medien
- Minister für Kultusangelegenheiten
- Minister für Digitalisierung
- Minister für die Verwaltungsreform

FRANÇOIS BAUSCH déi gréng

- Vizepremierminister
- Minister der Verteidigung
- Minister für Mobilität und öffentl. Arbeiten
- Minister für innere Sicherheit

DAN KERSCH LSAP

- **Vizepremierminister**
- Minister für Sport
- Minister für Arbeit, Beschäftigung sowie Sozial- und Solidarwirtschaft

JEAN ASSELBORN LSAP

- Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten
- Minister für Immigration und Asyl

ROMAIN SCHNEIDER LSAP

- Minister für Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Entwicklung
- Minister für soziale Sicherheit

PIERRE GRAMEGNA DP

- Minister der Finanzen

CLAUDE MEISCH DP

- Minister für Erziehung, Kinder und Jugend
- Minister für Hochschulwesen und Forschung

CORINNE CAHEN DP

- Ministerin für Familie und Integration
- Ministerin für die Großregion

CAROLE DIESCHBOURG déi gréng

- Ministerin für Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung

MARC HANSEN DP

- Minister für den öffentlichen Dienst
- Minister für die Beziehungen zum Parlament
- Beigeordneter Minister für Digitalisierung
- Beigeordneter Minister für die Verwaltungsreform

CLAUDE TURMES déi gréng

- Minister für Raumplanung
- Minister für Energie

PAULETTE LENERT LSAP

- Ministerin für Verbraucherschutz
- **Ministerin für Gesundheit**
- **Beigeordnete Ministerin für soziale Sicherheit**

SAM TANSON déi gréng

- Ministerin für Justiz
- Ministerin für Kultur

TAINA BOFFERDING LSAP

- Ministerin für die Gleichstellung von Frauen und Männern
- Ministerin des Innern

LEX DELLES DP

- Minister für Mittelstand
- Minister für Tourismus

HENRI KOX déi gréng

- Minister für Wohnungsbau
- Beigeordneter Minister für Verteidigung
- Beigeordneter Minister für innere Sicherheit

FRANZ FAYOT LSAP

- **Minister für Wirtschaft**
- **Minister für Entwicklungs-
zusammenarbeit und humanitäre
Angelegenheiten**

Mit Franz Fayot hat die Regierung ein neues Mitglied

Quelle: gouvernement.lu

Pouvoir exécutif

Acht Jahre Vollgas

ETIENNE SCHNEIDER Rückblick auf eine Karriere als Wirtschaftsminister

Christian Müller

Am heutigen Dienstag gibt Etienne Schneider seine Ämter als Minister ab. Er würde dazu nicht gezwungen, er wollte es so. Er war ein überaus aktiver Minister. Und er hat Spuren hinterlassen. Noch letzte Woche war er, gemeinsam mit Erbgroßherzog Guillaume und Finanzminister Pierre Gramegna, für die Luxemburger Wirtschaft auf Mission.

Im Februar 2012 wurde Etienne Schneider Nachfolger von Jeannot Krecké als Minister für Wirtschaft und Außenhandel in der damaligen CSV-LSAP-Regierung. Zuvor war er leitender Regierungsberater im Wirtschaftsministerium.

Einen großen Überraschungscoup lieferte er gleich nach den Wahlen von Oktober 2013. Sein Verzicht auf den Posten des Premierministers führte damals dazu, dass sich die – sechs Jahre später immer noch stehende – Dreierkoalition fand. Die Partei, die am meisten Stimmen eingesammelt hatte, war damit nicht glücklich. Doch die Zahlen gingen auf. Ein historischer Schritt: Erstmals seit Jahrzehnten hatte das Großherzogtum wieder eine Regierung ohne CSV.

Etienne Schneider wurde stellvertretender Premierminister. An seinem Posten als Wirtschaftsminister hielt er fest, auch als er nach den Wahlen von 2018 das Verteidigungsministerium durch das Gesundheitsministerium ersetzte.

Es war eine gute Zeit für die Wirtschaft. Nach der großen Finanzkrise von 2008 war die Konjunktur wieder weltweit auf Wachstumskurs. Unter Schneider wuchs die Luxemburger Wirtschaft weiterhin schneller als in den Nachbarländern. In vielen Bereichen hat er das Land auf die Weltkarte gesetzt. Etwa indem er Luxemburg für Google interessant machte oder indem er die weltgrößte Fabrik zur Herstellung von Nanokarbonfasern ankündigte. In der Energiewirtschaft hat er ein

Gesetz hinterlassen, das es Verbrauchern erlaubt, selber Produzent zu werden. Die Arbeitslosigkeit ist in seiner Amtszeit leicht, auf 5,4 Prozent, geschrumpft. Im Februar 2012 lag sie bei 6 Prozent.

Die Welt der Unternehmen ist überaus zufrieden mit seiner Leistung. Carlo Thelen von der Luxemburger Handelskammer „bedauert“, dass der Minister nun das Amt abgibt. „Er verstand die Betriebe. Er hat zugehört.“ Zudem habe er seine Teams gut organisiert und dem Ministerium eine klare Strategie gegeben. Er habe viel getan, um Volkswirtschaft und Betriebe voranzubringen.

Fast 100.000 neue
Arbeitsplätze

Als besondere Initiative hob Thelen den vom Minister initiierten Rifkin-Prozess hervor. „Als er fragte, war ich sofort überzeugt.“ Nun müsse man hoffen, dass es weitergeht mit dem Weg in Richtung qualitatives Wachstum und Kreislaufwirtschaft. Nach wie vor steigt die Zahl der Arbeitsplätze jedoch stark an. Unter Minister Schneider wurden fast 100.000 neue Jobs geschaffen.

Seine pragmatische, organisierte und strukturierte Herangehensweise wurden auch von Finanzminister Gramegna geschätzt, wie er gegenüber dem *Tageblatt* sagte. Zudem sei der Wirtschaftsminister offen für Kompromisse gewesen und das Abgemachte sei umgesetzt worden. „Es war eine gute Zusammenarbeit“, so der Finanzminister. Auch persönlich habe er Schneider schätzen gelernt: Beide teilen eine Leidenschaft für guten Wein – und Schneider habe ihm bei seiner Auswahl vertraut. Insgesamt sechs Jahre waren sie zusammen in der Regierung.

„Ich werde nun

viel Zeit haben“.

Seine letzte Reise als Luxemburger Minister brachte Etienne Schneider nach Kuwait und in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Unternehmer, Journalisten, alles war dabei. Eine Abschiedsreise war es trotzdem nicht. Alles verlief wie immer. Wie geplant. Jeder kannte seine Rolle. Die drei Vertreter des Staates sind ein eingespieltes Team. Nur Gramegna erinnerte daran. Gleich mehrmals. Nachdem Schneider in der Handelskammer in Dubai vor Unternehmensvertretern von den Vorzügen Luxemburgs erzählt hatte, fügte der Finanzminister hinzu: „Und das war seine letzte Rede.“

Ein Tag später, in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Schneider und Maggy Nagel, sagte er, dass dies Etienne Schneiders letzte Pressekonferenz als Minister sei. Er hob hervor, dass nicht nur mit den VAE, sondern auch mit Schneider aus Kooperation eine Freundschaft entstanden war. Er hätte zwar gehofft, dass die Zusammenarbeit noch länger dauern würde. „Ich danke ihm für die Zusammenarbeit und die Freundschaft.“

Traurig waren eigentlich nur andere. Schneider selber lachte und sah eher erholt aus. „Es macht mich nicht traurig“, erklärt er. „Ich werde nun viel Zeit haben.“ Seinen 49. Geburtstag, den er in den Emiraten feierte, schien ihn fast mehr zu beschäftigen als das nahende Ende seiner Amtszeit.

Seinen Job hat er immer gerne gemacht. Den Elan spürten auch die Mitarbeiter. „Wenn es mal keine Aktualität gab, dann hat er nur zwei Sätze gesagt ... und schon gab es wieder Aktualität“, sagte Paul Zenners aus der Presseabteilung des Wirtschaftsministeriums. „Wir haben uns gut amüsiert.“

Von Kalifornien
bis Luxemburg

Er ist ein Wirtschaftsminister, der Spuren hinterlässt. Vor allem mit der Initiative Space Resources hat er weltweit für Aufmerksamkeit gesorgt. Gemeinsam mit internationalen Partnern erstellte er eine Vision und inspirierte die Welt. So wie es im Silicon Valley vorgelebt wird.

Während hierzulande manche Politiker meinten, wer Visionen hat, solle zum Arzt gehen, arbeitete Schneider an der Umsetzung seiner Vision. Nach und nach holte er weitere Partner hinzu. Als erstes Land unterzeichneten die VAE ein Abkommen mit Luxemburg. Viele andere, von Belgien

über Japan bis Polen, folgten. Selbst die US-Regierung entsandte einen Vertreter nach Luxemburg, um im Namen der NASA mit der neuen Weltraummacht Luxemburg ein Kooperationsabkommen zu unterzeichnen. Normalerweise hat ein kleines Land wie Luxemburg zu solchen Zwecken selber nach Washington zu kommen.

Während es vor der aktuellen Regierungskoalition kaum positive Berichte über die Luxemburger Wirtschaft (oder den Finanzplatz) in der internationalen Presse gab, so ist das heute anders. Über Luxemburg gibt es nun auch positive Berichte: vom kostenlosen öffentlichen Verkehr über die grünen Finanzen bis hin zur Legalisierung von Cannabis. Das Space Mining

hatte den Anfang gemacht.

Schneider selber erhielt mehrere internationale Auszeichnungen für seine Leistungen. Ein schönes Lob gab es zuletzt von US-Botschafter Randy Evans. Er bezeichnete den Minister als „Visionär, der Punkte verknüpfen kann, wo andere mal keine Punkte erkennen können“.

Keine Seifenblase

Zudem wird die Weltrauminitiative nicht zur Seifenblase der Geschichte verkommen. Schneider hat nachhaltig gearbeitet, ein Beratungsgremium und feste Strukturen geschaffen. Die Luxemburger Weltraumagentur steht. Ein millionenschwerer Investitionsfonds ebenfalls. Auch wenn eine vom Staat getätigte Investition schief lief, so zieht es seit der Ankündigung weiterhin spezialisierte Weltraumunternehmen ins Großherzogtum.

Er sei nun natürlich, wie wohl jeder in der Regierung, traurig über den Abschied von Etienne Schneider, sagt Gramigna. Doch dies seien immer persönliche Entscheidungen. „Er schien den Stress gut zu meistern“, doch im Endeffekt könne niemand besser als er selber wissen, was am besten für seine Work-Life-Balance und seine Gesundheit ist. Auch Paul Zenners meint: „Nach acht

Jahren Vollgas ... da kann ich verstehen, wenn man eine Pause einlegen will.“

Dem Mond, auf den viele Oppositionspolitiker den ideenreichen Politiker am liebsten geschickt hätten, wird Etienne Schneider in nächster Zeit wohl keinen Besuch abstatten. Der Weltraum wird ihn aber wohl weiter beschäftigen. Die Chancen stehen gut, dass er kommendes Jahr zum neuen Direktor von Europas Weltraumagentur ESA ernannt werden könnte. Das Mandat vom aktuellen Generaldirektor Jan Wörner wird auslaufen. Berichten zufolge stehen eine Reihe Mitgliedstaaten hinter Etienne Schneider.

Es ist ein schwieriger Posten, da es gilt, die Interessen von Mitgliedstaaten mit den Zielen der Institution selber unter einen Hut zu bringen. Der ideale Kandidat wäre sowohl im Sektor des Weltraums als auch in der Politik ein anerkannter Player. Jemand, der die Technik versteht und die Funktionsweise der schwerfälligen internationalen Organisation verbessern kann. Somit stellt Schneider bereits jetzt die richtigen Bedingungen, um später möglichst viel Handlungsspielraum haben zu können. Er wäre der erste Luxemburger auf diesem Posten.

„Ich war nie besonders wirtschaftsliberal“

Franz Fayot: ein Kapitalismuskritiker wird Wirtschaftsminister - Unternehmen geben sich gelassen

Von Marco Meng

„Wir müssen Ministerien finden, die Teil der sozialistischen DNA sind, wie Kultur und Bildung“, meinte Franz Fayot vor einiger Zeit, als er eine Schärfung des parteipolitischen Profils der LSAP forderte. Er warnte, seine Partei gebe ein „liberales Bild“ ab wegen der „Reihe von sozialistischen Wirtschaftsministern“, die die LSAP zuletzt gestellt hat. Das müsse in Frage gestellt werden. Etwas mehr als ein Jahr, nachdem er nun zum Parteipräsidenten der LSAP gewählt wurde, wird Franz Fayot selbst Minister - für Wirtschaft.

Der studierte Jurist mit Schwerpunkt Finanz-, Wirtschafts- und Insolvenzrecht, der 2002 bei der Kanzlei Elvinger, Hoss & Prussen seine Berufslaufbahn startete und von sich selbst sagt, er sei „nicht besonders wirtschaftsliberal“, meinte einmal, man könne „nicht ewig eine Politik machen, bei der es nur Gewinner gibt“. Die Frage, welche Verlierer es nun bei seiner Politik geben wird, liegt auf der Hand. Erben? Vermögende? SUV-Besitzer?

Fayot ist in der Vergangenheit „nicht immer durch extrem wirtschaftsfreundliche Aussagen aufgefallen“, meint der Handelskammerpräsident Luc Frieden. Über den ehemaligen luxemburgischen Finanzminister hatte sich Fayot vor Jahren auf seinem Internetblog - der inzwischen vom Netz genommen wurde - nicht gerade freundlich geäußert, steht Frieden doch für vieles von dem, was Fayot an der „alten Wirtschaft“ des Landes als negativ empfindet.

„Von der neoliberalen Wirtschaftspolitik, die seit den 1980ern herrscht, müssen wir wegkommen“, so Fayot, der von der Kapitalismuskritik Thomas Pikettys beeindruckt ist. „Die Annahme, dass der Reichtum, der oben geschaffen wird, nach unten heruntertropft, ist eine neoliberale Doktrin, die versagt hat“, meint Fayot. „Entweder kriegen wir die Kurve und bewegen uns in Richtung mehr Allgemeinwohl, oder aber die Digitalisierung mit einem noch stärkeren Kapitalismus macht alles noch schlimmer.“ Fayot steht für ein „soziales Korrektiv zum kapitalistischen System“.

„Wie kann ein ‚Plan de développement durable‘ in einem Umfeld gedeihen, in dem es in der Hauptsache um Business und Profit geht?“, so Fayot in einem Meinungsbeitrag für die LSAP.

Dem neuen Wirtschaftsminister zufolge ist Luxemburg als liberales und wirtschaftsorientiertes Land in seinen Konsumexzessen gefangen und könne „unmöglich seine Probleme aus eigener Kraft lösen.“ Zu stark sei „mittlerweile der Druck des Geldes und der regierenden Businessmilieus.“ Solche Sätze regen natürlich in diesem „herrschenden Businessmilieu“ eine gewisse Skepsis, so dass man nun gespannt sein darf darauf, ob Fayot mit oder gegen dieses „herrschende Businessmilieu“ Politik betreiben wird.

Die Unternehmen in Luxemburg, so erklärte Handelskammerpräsident Frieden jüngst gegenüber RTL, würden von einem Wirtschaftsminister erwarten, dass er sich vor die Betriebe stellt und sich darum bemüht, dass diese Arbeitsplätze schaffen könnten. Nur, wenn es den Unternehmen gut ginge, könnten Betriebe investieren. Frieden äußerte die Hoffnung, dass Fayot alle positiv überrasche. Und so ist weitgehend auch der Tenor aus den Unternehmen. Auch wenn Fayot Schlagzeilen machte, als er die Einführung einer Erbschaftsteuer in direkter Linie forderte, höhere Steuern für sogenannte SUVs und die Einführung einer Vermögenssteuer - sein Handlungsspielraum als Minister ist ein anderer.

Lackmustest Realpolitik

Mit sozialistischen Wirtschaftsministern hat das Großherzogtum fast schon eine kleine Tradition, angefangen mit Robert Goebbels über Jeannot Krecké zu Etienne Schneider. Und ist überwiegend gut gefahren damit - manch einer würde sagen, gerade, weil im Grunde wenig Sozialismus in deren Wirtschaftspolitik zu spüren war. Könnte sich das nun mit Franz Fayot ändern? Zwar zählt der Mitvierziger nicht zum linken Flügel seiner Partei, stammt aber auch nicht aus dem „wirtschaftsfreundlichen“ Dunstkreis um Etienne Schneider. Während Letzterer lange Erfahrung im Wirtschaft

ministerium unter Minister Krecké mit sich brachte, ist Fayot gewissermaßen ein Seiteneinsteiger. Das kann schlecht sein, aber auch gut, sofern er neue Gedanken und frische Ideen mitbringt.

So sehen es auch die Unternehmen. Vonseiten der Verbände Fedil, UEL und Handelskammer heißt es zur neuen Personalie im Wirtschaftsministerium: „Wir sind unvoreingenommen“. Man müsse dem neuen Minister eine Chance geben und sehen, welche Prioritäten er nach einer gewissen Einarbeitungsphase setze. Als Minister werde Fayot zudem eine andere Rolle haben denn als Parteivorsitzender der LSAP und werde einen eigenen Stil ins Wirtschaftsministerium bringen. Dennoch sei ein Ministerium kein Ein-Mann-Betrieb: Fayot werde bei seiner Politik an Koalitionsvertrag und Mitspieler gebunden sein - das sind andere Ministerien und eben auch Unternehmen und deren Chefs. Gelassen eingestellt und unabhängig von vorherigen Aussagen strebe man eine exzellente Kooperation an, so wie es auch bisher war.

Aus seiner Parlamentsarbeit weiß Fayot, dass die „Zukunft von Luxemburgs Wirtschaft nicht in Steuervorteilen“ liegt, wie er einmal sagte. Bei der künftigen Ausrichtung der Wirtschaft, so Fayot, müsse Luxemburg sich darauf einrichten, dass Multinationale künftig ihre Steuern da zahlen, wo sie ihre wirtschaftlichen Aktivitäten haben, nicht da, wo ihr Sitz ist.

Was die Themen Weltraumrohstoffe und Diversifizierung der Wirtschaft betrifft, hat sich der neue Minister schon so geäußert, dass man hier eine Fortführung der Politik Schneiders erwarten darf. Wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes, so Fayot 2016, seien höhere Investitionen in Forschung, Innovation und Entwicklung. Luxemburg liegt bezüglich seiner Investitionsausgaben unter dem EU-Durchschnitt.

Als sicher kann gelten, dass das Thema „Ökologie“ in der Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre eine zentralere Rolle einnehmen wird. Kurz nach der Designierung als Nachfolger von Schneider im Wirtschaftsministerium sagte Fayot: „Bei der Entwicklung der Wirtschaft muss man auch

über Klimaschutz nachdenken.“ Exzessives Wirtschaftswachstum generiere mehr Verkehr und treibe die Wohnungspreise in die Höhe, „darum muss man darüber nachdenken“, so Fayot, „welche Art von Wirtschaftswachstum man anstrebt und wie man das steuern kann.“ Genau darauf muss Fayot nun als Minister die Antwort finden.

● *Wir müssen von der neoliberalen Wirtschaftspolitik wegkommen.*

Franz Fayot

● *Zu stark ist der Druck der regierenden Businessmilieus.*

Franz Fayot

Zur Person

Der am 28. Februar 1972 in Luxemburg-Stadt geborene Sohn des langjährigen LSAP-Politikers Ben Fayot studierte Rechtswissenschaften in Luxemburg und Paris und schloss 1996 mit einem Postgraduiertendiplom (DEA en droit des affaires) an

der Universität Paris I Panthéon-Sorbonne ab. 1997 wurde er als Rechtsanwalt in Luxemburg zugelassen. Fayot war wegen seiner Expertise im Bereich Insolvenz und Restrukturierung zusammen mit PwC Luxemburg als gerichtlicher Insolvenzverwalter der gescheiterten Kaupthing Bank Luxembourg bestellt und von 2001

bis 2005 als Dozent für allgemeines Recht und Rechtswissenschaft an der Universität Luxemburg tätig. Seit 2013 Abgeordneter und zuletzt als solcher Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses und stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses, gründete Fayot 2015 mit Laurent Fisch als Kompagnon eine

gemeinsame Kanzlei (FischFayot), die Rechtsberatung vor allem für Akteure des Finanzsektors, wie Banken und Investmentfonds anbietet. Als neues Mitglied der Regierung hat Fayot seine Tätigkeit als Rechtsanwalt ab dem 3. Februar 2020 eingestellt. Fayot ist verheiratet und hat drei Kinder.



Wird heute als Wirtschaftsminister vereidigt: der bisherige Abgeordnete und LSAP-Vorsitzende Franz Fayot.

Foto: Lex Kleren

„Eine heikle Angelegenheit“

INTERVIEW Politikwissenschaftler Dan Schmit über die Reform des Wahlsystems

Luc Laboulle

Die Aufteilung Luxemburgs in vier Wahlbezirke wurde im Rahmen der Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Jahr 1919 beschlossen. Seit Jahrzehnten schon steht das Wahlsystem wegen mutmaßlicher Ungerechtigkeiten in der Kritik. Zuletzt war die Diskussion über die Einführung eines einheitlichen Wahlbezirks einer der Hauptgründe für das Scheitern der großen Verfassungsrevision. Der Forscher und Politikwissenschaftler Dan Schmit erklärt, wieso die Reform des Wahlsystems so lange dauert und welche Alternativen zu den vier Bezirken existieren.

Tageblatt: Seit Jahrzehnten wird – meist nach den Parlamentswahlen – über die Ungerechtigkeiten des Luxemburger Wahlsystems diskutiert. Die Debatte dreht sich vor allem um die vier Wahlbezirke, an der nun auch die große Verfassungsreform wohl gescheitert ist. Worum geht es dabei genau?

Dan Schmit: In letzter Zeit wurde hauptsächlich darüber diskutiert, ob es noch zeitgemäß ist, ein Gebiet von der Größe Luxemburgs in vier Wahlbezirke einzuteilen. Werden dadurch gewisse Sperrklauseln eingeführt, ohne dass sie offiziell existieren? Denn je kleiner der Bezirk, desto höher der Stimmenanteil, den eine Partei für einen Sitz benötigt. Auf der einen Seite sieht man, dass es für kleine Parteien dadurch schwieriger wird, einen Sitz zu gewinnen. Auf der anderen Seite bekommen größere Parteien proportional mehr Sitze, als ihnen ihrem Stimmenanteil nach theoretisch zustehen würden.

Bis Ende der 1980er Jahre wurde die Zahl der Mandate in den jeweiligen Bezirken an die Zahl der Einwohner angepasst. Obwohl die Bevölkerung seitdem stark gewachsen ist, wurde

diese Anpassung abgeschafft. Wieso?

Seit den 80er Jahren ist der Anteil der Nicht-Luxemburger stark gestiegen. Über die Anpassung der Sitzanzahl wird aktuell wieder diskutiert. Die politische Frage ist, ob die Zahl der Einwohner oder die Zahl der Wähler als Berechnungsgrundlage für diese Anpassung genommen wird. In diesem Punkt gehen die Ansichten auseinander. Repräsentieren die Abgeordneten die Wähler oder repräsentieren sie die ganze Bevölkerung?

Welche Auswirkungen hätten die jeweiligen Berechnungsgrundlagen?

Würde man die Gesamtbevölkerung als Grundlage nehmen, würde sich nicht so viel ändern. Würde man die Wahlbevölkerung der Berechnung zugrunde legen, wären der Ost- und der Nordbezirk aktuell etwas unterrepräsentiert, während der Zentrumsbezirk mit der Hauptstadt, wo der Anteil der Nicht-Luxemburger überdurchschnittlich hoch ist, überrepräsentiert wäre.

Welche Parteien profitieren am meisten vom aktuellen Wahlsystem?

Bei den Parlamentswahlen 2018 hat die CSV am meisten Stimmen verloren. Bei der Sitzverteilung ist die Partei aber gut davongekommen. Im Vergleich dazu hat die LSAP zwar weniger Stimmen, aber dafür mehr Sitze verloren. Mit der aktuellen Berechnungsformel sind große Parteien in den kleinen Bezirken klar im Vorteil.

Wieso werden diese Ungerechtigkeiten im Wahlsystem nicht beseitigt?

Es ist wie so oft im politischen Bereich. Man ist sich einig über die Probleme, aber nicht über die Lösungen. Das Wahlsystem ist eine heikle Angelegenheit. Schließlich geht es um die Regeln, nach denen die Volksvertreter gewählt werden. Gleichzeitig sind es

dieselben Volksvertreter, die über die Spielregeln für ihre Wahl bestimmen. Das heißt, man muss darauf achten, dass es nachher nicht so aussieht, als ob man die Regeln so macht, dass sie einem entgegenkommen. Ferner profitieren die großen Parteien ja noch von dem aktuellen System, deshalb ist ihr Anreiz, etwas daran zu ändern, geringer. Dabei sind es gerade diese Parteien, die benötigt werden, um eine Mehrheit im Parlament zu erzielen, damit Änderungen überhaupt möglich sind.

Welche Alternativen gibt es zu dem aktuellen Wahlsystem?

Es gibt Modelle mit einem, zwei, vier und sogar noch mehr Wahlbezirken. Im Endeffekt ist es eine politische Frage. Eine Möglichkeit wäre, die Wahlbezirke beizubehalten oder umzugestalten, aber nur noch einen bestimmten Prozentsatz an Sitzen auf Bezirksebene zu verteilen. Um die Proportionalität insgesamt zu erhalten, würden die restlichen Sitze auf nationaler Ebene vergeben. Das wäre eine hybride Lösung, die einerseits eine gewisse regionale Nähe beibehalten und andererseits eine nationale Proportionalität gewährleisten würde. In Dänemark existiert bereits ein ähnliches System.

Zuletzt wurde in Luxemburg vor allem über einen einheitlichen Wahlbezirk diskutiert. Welche Schwierigkeiten stellen sich bei dem Modell?

Die Wahlbezirke abzuschaffen und das aktuelle Wahlsystem beizubehalten, könnte zu einer großen Herausforderung werden. Mit 60 Abgeordneten und zehn Parteien hätten wir 600 Kandidaten auf dem Wahlzettel. Wäre das Panschieben weiterhin möglich, würde sich niemand mehr zurechtfinden. Wer kann schon 600 Kandidaten voneinander unterscheiden? Das Risiko, den Überblick zu verlieren, würde steigen und die Zahl der ungültigen Wahlzettel würde sich wohl stark erhöhen. Wenn wir ei-

nen einheitlichen Wahlbezirk einführen, müssen wir die Art und Weise, wie gewählt wird, einschränken. Zum Beispiel könnte der Wähler seine Präferenzen nur noch zu Kandidaten innerhalb einer Liste ausdrücken. Das „Panachage“-System, das wir jetzt kennen, wäre unter diesen Umständen nur noch schwer vorstellbar.

Kritiker bezeichnen das Panaschieren als undemokratisch, weil es Amtsträger und bekannte Kandidaten bevorzugt. Ist dieses System noch zeitgemäß?

Historische Analysen über die Entwicklung der Wahlsysteme in den letzten Jahren haben gezeigt, dass es eher in die Richtung geht, dass die Wähler nicht nur Parteien, sondern auch verstärkt Köpfe innerhalb dieser Parteien wählen können. In dieser Hinsicht ist das Luxemburger Wahlsystem eines der am stärksten personalisierten Systeme überhaupt. Deshalb ist es schwer vorstellbar, dass Luxemburg nun gegen diesen Trend hin zur Personalisierung vorgehen würde.

Versperrt dieses System nicht gerade jungen Kandidaten die Aussicht auf einen Wahlerfolg?

Es gibt unterschiedliche Modelle. Bei den einen entscheidet die Partei, an welchen Kandidaten auf ihrer Liste die Sitze gehen. Bei uns entscheidet der Wähler über die Rangordnung. Und dann gibt es noch Modelle dazwischen. Wenn die Partei über den personellen Aufbau entscheidet, kann sie selbst über ihre Erneuerung bestimmen.

Bei uns können die Parteien diesen Einfluss hingegen nur bei der Auswahl der Kandidaten ausüben. In unserem Wahlsystem haben politische Amtsinhaber einen klaren Vorteil. In dem Sinne ist es natürlich schwieriger für junge Politiker, sich zu behaupten. Umso mehr sind die Parteien gefordert, um dafür zu sorgen, dass ihre jungen Kandidaten besser gefördert und sichtbarer werden.

Wie könnte das gehen?

Die Parteien müssten konsequenter in den Aufbau und die Fortbildung von Nachwuchspolitikern investieren. Bei unserem Wahlsystem stellt das natürlich ein Risiko dar, weil schließlich aber der Wähler entscheidet, wer ihm am besten gefällt. So könnte es passieren, dass die Rechnung nicht aufgeht und, entgegen der Erwartungen, ein Parteirebell am Ende das Rennen macht.

Ist die Repräsentativität der Bevölkerung im Parlament mit dem aktuellen Wahlsystem gewährleistet?

Im Hinblick auf die Repräsentativität stellen sich zwei Probleme. Das erste ist die Wählerschaft, in der der Anteil an Staatsbeamten weitaus höher ist als in der Gesamtbevölkerung und in der die Arbeiter klar unterrepräsentiert sind. Zweitens spiegelt sich dieses Verhältnis auch bei den Gewählten wider. Dieses Ungleichgewicht hängt aber weniger mit dem Wahlsystem als mit der Zusammensetzung der Wählerschaft in Luxemburg zusammen.

Beim Referendum von 2015 lehnte die Mehrheit der Luxemburger die Einführung des Wahlrechts für Nicht-Luxemburger, eine Begrenzung der Mandatsdauer und das Wahlrecht ab 16 Jahren ab. Hätte diese Öffnung mehr Repräsentativität gebracht?

Wir wissen es nicht genau. Wir verfügen über bestimmte Daten, die aber keine eindeutige Richtung anzeigen. Insgesamt sieht es nicht so aus, als ob die Öffnung der Wählerschaft das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien grundlegend verändern würde. Der Einfluss auf die Dynamik innerhalb der Parteien ist schwer vorauszusagen.

Die Häufung der Mandate steht ebenfalls zur Diskussion. Welche Auswirkungen könnte die Abschaffung der Doppelmandate haben?

Die Trennung der Mandate hät-

te natürlich einen deutlichen Einfluss auf das bestehende politische Personal. Ob sie die Zusammensetzung der Wahllisten verändern würde, steht auf einem anderen Blatt. Die Kandidaten können sich ja noch immer zur Wahl stellen. Die Frage ist, welche Entscheidung sie nach den Wahlen treffen. Bleiben sie in ihrer Gemeinde oder gehen sie ins Parlament? Vieles hängt auch davon ab, ob die Mandattrennung nur für Schöffen und Bürgermeister oder ebenfalls für Gemeinderatsmitglieder gelten wird.

Eine Reform des Wahlsystems kann nur über eine Verfassungsänderung beschlossen werden. Diese Prozedur ist langwierig und erfordert eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Ist es Ihrer Ansicht nach sinnvoll, das Wahlsystem aus der Verfassung herauszunehmen, um Änderungen zu vereinfachen?

Das Wahlsystem ist stabiler, wenn es nur mit qualifizierten Mehrheiten geändert werden kann. Dadurch kann verhindert werden, dass jede politische Mehrheit das Wahlgesetz zu ihren Gunsten anpassen kann, und es schränkt die Versuchung ein, Wahlziele mit kurzfristigen Gesetzesänderungen zu erreichen. Meiner Ansicht nach müsste man aber darüber diskutieren, wie man mehr Bürgerbeteiligung erreichen kann, um das Problem zu lösen.

Wie könnte eine solche Bürgerbeteiligung aussehen?

Man könnte zum Beispiel 50 bis 100 Bürger zu Foren einladen, um mit ihnen über das Wahlsystem zu diskutieren. Zusammen mit Experten könnten sie einen Vorschlag ausarbeiten, mit dem das Parlament sich anschließend auseinandersetzen muss. Das Element der Bürgerbeteiligung würde auch das Argument entkräften, dass die politischen Parteien Änderungen am Wahlsystem nur aus Eigennutz vornehmen.

Wogen geglättet

Vor fünf Jahren unterzeichneten die Glaubensgemeinschaften und die Regierung ein Abkommen, welches vor allem (aber nicht nur) die finanziellen Verbindungen zwischen Staat und Kirchen neu regelte.

Streitereien gab es einige, mittlerweile scheint allerdings Ruhe eingeleitet.

Als Ende 2013 die erste Auflage von Blau-Rot-Grün unter Dach und Fach war, konnte jeder im Koalitionsabkommen nachlesen, dass die neue Regierung sich auf die Fahne geschrieben hatte, die finanziellen Verbindungen zwischen Staat und Glaubensgemeinschaften neu zu regulieren und den Religionsunterricht durch einen einheitlichen Werteunterricht zu ersetzen – Themen, welche die drei Koalitionäre auch schon in ihren Wahlprogrammen thematisiert hatten. Diese Neuregulierung hätte für einen modernen Staat längst passieren müssen, war aber unter Vorgängerregierungen mit CSV-Beteiligung kaum bis sehr schwer umzusetzen.

Spätestens die Scheinbemühung mit dem Expertenbericht aus dem Jahr 2012 unter dem damaligen Kultusminister François Biltgen hatte gezeigt, dass man mit der CSV keine wirklichen Fortschritte in dieser Domäne erreichen konnte, und das, obwohl eine breite politische wie auch öffentliche Mehrheit die existierenden Verbindungen – primär zwischen der Katholischen Kirche und Staat – für nicht mehr zeitgemäß hielt. Die Zahlen von Taufen, ersten Kommunionen, Firmungen und kirchlichen Hochzeiten waren seit Jahrzehnten rückläufig, und im Jahr 2012 hatten rund 67 Prozent der Luxemburger sich bei einer Umfrage für eine Trennung von Kirche(n) und Staat ausgesprochen.

„Biltgens Experten waren zu dem Schluss gekommen, dass die Art und Weise, wie die öffentliche Hand Geistliche, Kirchen und Pfarrhäuser aushält und den Religionsunterricht in öffentlichen Schulen fördert, eine Landessitte darstellt, die einfach aus Gründen der Brauchtumpflege beibehalten gehört“, schrieb

„Land“-Journalist Romain Hilgert im November 2012 und kommentierte weiter: „Weil sich die Experten des Kultusministers aber wider Erwarten nicht einmal die Mühe machten, den Befürwortern einer Trennung von Staat und Kirche einen Kompromiss anzubieten, sind sich inzwischen fast alle Parteien im Parlament, von den Sozialisten über die Liberalen und Grünen bis zur Linken einig, den Gebrauchswert des Berichts als gering einzuschätzen.“

Es war also schon vor acht Jahren klar, dass es wahrscheinlich nur zu einer Neuregulierung kommen könnte, wenn die CSV irgendwann mal auf der ungeliebten Oppositionsbank Platz nehmen müsste. Etwas, von dem im Jahr 2012 kaum einer gedacht hätte, dass dies so schnell Realität werden würde, doch wie sagt der Volksmund so schön: „Unverhofft kommt oft“, und die Neuwahlen im Zuge des SREL-Skandals haben genau diese Konstellation wahr werden lassen. Die neue Regierung hat sich dann dran gesetzt, Nägel mit Köpfen zu machen.

Für die Katholische Kirche kam die neue Koalition im Jahr 2013 natürlich auch überraschend. Reduzierung der staatlichen Unterstützung, Abschaffen der Kirchenfabriken und die Einführung eines einheitlichen Werteunterrichts, was das Aus für den Religionsunterricht bedeutet, hießen die drei bitteren Pillen, die es zu schlucken galt. Da zusätzlich angedacht war, im Referendum die Frage über die Finanzierung zu stellen, wurden strategische Schritte unternommen, um genau dies zu verhindern. Da kam es gelegen, dass man sich mit der Regierung im Januar 2015 auf eine Konvention einigen konnte und damit die vierte Referendumsfrage vom Tisch war. So weit, so gut, aber die Streitereien, wel-

che auch aufzeigten, dass es innerhalb der Kirche verschiedene Strömungen zu geben scheint, fingen allerdings erst an.

Erster Stein des Anstoßes: die Abschaffung des Religionsunterrichts. Die Katholische Kirche hatte dies ohne allzu große Unmutsäußerungen akzeptiert, auch weil sie wusste, dass man beim Ausarbeiten des Programms des neuen Fachs noch ein Wörtchen mitzureden hätte. Außerdem setzte die Kirche auf die Lobbyarbeit der Bistum-gesteuerten Initiative „Fir de Choix“ und die politischen Äußerungen und Taten der CSV, um noch auf eine Trendwende zu hoffen. Dies misslang. Trotz einer Unterschriften-Sammelaktion, einer Demonstration und einer von der Kirche bei TNS-Ilres aufgegebenen Umfrage. Zwar zeigte sich „Fir de Choix“ über die Zeit, wo das Programm des neuen Fachs „Vie et Société“ ausgearbeitet wurde, als relativ hartnäckig und man attackierte ein ums andere Mal vehement laizistische Vereinigungen. So hatte „Fir de Choix“, um den Druck hochzuhalten (und um der Gegenseite zu imponieren), zum Beispiel den damaligen AHA-Präsidenten Laurent Schley wegen Diffamierung und Verleumdung vor Gericht gezerrt. Dieser wurde allerdings später freigesprochen. Spätestens mit der Einführung des Werteunterrichts im September 2016 in der Sekundarschule (ein Jahr später auch in der Grundschule) verpuffte die Virulenz der wertkonservativen Vereinigung, die mittlerweile inaktiv und in der Versenkung verschwunden ist.

Ähnlich verhält es sich mit dem SYFEL (dem Dachverband der Kirchenfabriken). Als im Januar 2015 angekündigt wurde, dass die Kirchenfabriken abgeschafft würden, blies der SYFEL zum Sturm und wehrte sich vehement und hartnäckig gegen den Gesetzesentwurf.

Aber trotz einer Petition und Klagen gegen das Bistum auf der einen Seite und dem damaligen Innenminister Dan Kersch auf der anderen, war das Abschaffen der Kirchenfabriken (welche durch einen Fonds ersetzt wurden) im Januar 2018 beschlossene Sache. Das SYFEL zeigte sich, dann noch eine kurze Zeit recht kämpferisch. So kann man zum Beispiel heute noch auf der SYFEL-Facebook-Seite bei einem der letzten Posts über die Generalversammlung (2. März 2018) lesen, dass „alle juristischen und politischen Wege gegangen würden, um das Gesetz zu ändern.“ Auch die eigentliche Homepage wurde zum letzten Mal im Dezember 2018 mit Nachrichten gefüttert. Seitdem herrscht Funkstille, was angesichts des ehemaligen Mitteilungsbedarfs vom SYFEL, dann doch darauf schließen lässt, dass man nicht mehr allzu aktiv sein dürfte.

Die Finanzierung der einzelnen Glaubensgemeinschaften wurde mit dem Gesetz vom 23. Juli 2016 neu geregelt. Die Katholische Kirche erhält seitdem

jährlich 6,75 Millionen Euro (vorher waren es 23,72 Millionen), die Protestantische Kirche, genau wie die Muslimische Gemeinschaft jeweils 450.000 Euro, die Jüdische Gemeinschaft 315.000 Euro, die Orthodoxe Kirche 285.000 Euro und die Anglikanische Kirche noch 125.000 Euro. Diese staatlichen Zahlungen zeigen aber auch, dass es eine klare eindeutige Trennung von Kirche(n) und Staat (wie etwa im schon mehr als hundert Jahre laizistischen Frankreich) nicht gibt und jeder – egal ob gläubig oder nicht – seinen Obulus via gezahlte Steuern für die Religionsgemeinschaften entrichten muss.

Der einheitliche Werteunterricht ist mittlerweile aus dem öffentlichen Schulwesen nicht mehr wegzudenken, und nach dem anfänglichen Gezeter um den Inhalt scheint Ruhe eingekehrt. Zwar ist beim Programm sicherlich nicht alles perfekt – aber bei welchem Schulfach ist das schon der Fall? – und doch können die meisten Kinder, Eltern und Lehrer problemlos damit leben. Die Kirche bietet für Kinder eine außerschulische Katechese an, welche laut dem Jahres-

bericht von 2018 (der für 2019 liegt noch nicht vor) mit 9.100 eingeschriebenen Kindern für das Jahr 2018-2019 einen gewissen Erfolg kennt. Und im Allgemeinen kann man mit fünf Jahren Abstand sagen, dass sich die Zeit nach der Unterzeichnung der Konvention aus dem Jahr 2015 dann als weitaus weniger spektakulär und weitaus weniger katastrophal für die Kirche entpuppte, als manch ein Gläubiger es im Vorfeld wahrhaben wollte. 🐸

Text: **Hubert Morang**

**Für die
Katholische
Kirche kam die
neue Koalition
im Jahr 2013
natürlich auch
überraschend.**

Marsch durch die Institutionen

Die Demokratische Partei hat sich innerhalb weniger Jahre zum Machtapparat entwickelt und das Vakuum des einstigen CSV-Staats gefüllt

Pol Schock

Dark Ages Gegen Ende des Abends am 7. Juni 2009 war die Stimmung im DP-Lager schlecht. Nachdem die liberale Partei bereits 2004 eine heftige Wahlniederlage schlucken musste und fünf Sitze im Parlament verlor, sah es diesmal noch schlimmer aus: Nur noch neun Sitze. Das schwächste Wahlergebnis seit über 45 Jahren. Abgeschlagen hinter den Sozialisten. Ignoriert und gedemütigt von Jean-Claude Junckers CSV. Bedeutungslos.

Noch heute zieht ein Stirnrünzeln wie ein Schatten über die Gesichter von liberalen Politikern, wenn sie auf 2009 angesprochen werden. Das Wahldebakel traf die Partei damals dermaßen ins Mark, dass Parteimitglieder sich von ihr abwanden und die DP-Zukunft gar gefährdet war. „Ein Jugendclub mit 50 Mitgliedern hätte die Partei bei einem Kongress damals kapern können“, erzählen sich hochrangige DP-Notabeln als mahnende Erinnerung an die dunklen Zeiten.

Machtapparat Nur zehn Jahre später sieht die liberale Welt deutlich heiterer aus. Innerhalb weniger Jahre hat sich die einst „bedeutungslose“ Partei zur stärksten Kraft im Staat etabliert. Sie hat das Vakuum des vormaligen CSV-Staats geschickt gefüllt und sich als neue, mächtige Staatspartei ausgebreitet. Der DP-Machtapparat ist mittlerweile beeindruckend: Die Partei stellt mit dem Premier- und Finanzminister (Xavier Bettel und Pierre Gramegna) die beiden wichtigsten Ministerposten der Regierung, dominiert die Exekutive. Sie besetzt mit Fernand Etgen den Posten des Chamberpräsidenten und kontrolliert mit Minister Marc Hansen die Beziehungen zwischen Parlament und Regierung. Die DP stellt mit Agnès Durdu den Vorsitz im Staatsrat und gilt als federfüh-

rend in der intransparenten Institution (siehe Artikel Seite 9). Sie herrscht mit Bürgermeisterin Lydie Polfer über die Geschicke der Stadt Luxemburg. Sie belegt mit Joëlle Elvinger den luxemburger Posten am Europäischen Rechnungshof. Sie verteilt wichtige Posten in Verwaltungsräten von öffentlichen und semi-staatlichen Einrichtungen sowie in Ministerien und dominiert mit dem Film Fund, Esch 2022 und dem Mudam die wichtigsten kulturellen Institutionen des Landes. Sie kann sich mittlerweile erlauben, den Staatschef in die Schranken zu weisen, ohne Schaden davon zu tragen. Mehr noch: Xavier Bettel kann offen damit prahlen, den Posten des EU-Ratspräsidenten 2019 dankend abgelehnt zu haben – immerhin das Amt, nach dem sich Jean-Claude Juncker 2009 so sehnte. Kurz: Der DP-Staat ist eine Realität.

Alles-Partei Man mag sich angesichts dieser Aufzählung an den Kopf fassen und fragen: Wie ist der Demokratischen Partei dieser Marsch durch die Institutionen in so kurzer Zeit gelungen?

Ein Teil der Antwort findet sich im Wahlkampf vor dem Wahldebakel von 2009. Damals schrieb das *Land*, dass die DP sich nicht so recht entscheiden könnte, ob sie nun radikal liberal, sozialstaatlich, antiklerikal oder doch lieber CSV-kompatibel sein soll. „Am liebsten würde sie auf Nummer sicher gehen und alles zugleich sein.“ Das Programm hat sich seither nicht sonderlich verändert, die DP ist auch heute noch die Alles-Partei, die mit ihrem „Sowohl-als-auch“-Mantra jedem Bürger maximales Glück verspricht und den Spagat zwischen den Interessen herstellen will. Es ist ein breites Programm, aber kein besonders tiefes. Es spricht nahezu alle Gesell-

Partis politiques

schaftsschichten an, aber niemanden konkret. Es ist vielfältig, aber beliebig. Wer sich darin finden will, findet sich darin.

Die Kehrseite dieser Beliebigkeit ist das Fehlen eines ideologischen Unterbaus. Die Partei hat kein ideelles Fundament oder ein programmatisches Langzeitziel, das in politischen Dürrephasen ein Fixpunkt sein könnte, unabhängig von politischen Trends. Das hat sie eigentlich auch nicht nötig. Denn die Partei macht eine stark gegenwartsbezogene Politik: was zählt, ist das Hier und Jetzt. Sie ist anders als ihre Schwesterpartei in Deutschland und zur Enttäuschung von Unternehmerverbänden keine radikale wirtschaftsliberale Partei mit langem Atem, die im Zweifel lieber nicht, als falsch regiert. Sie verkörpert damit das post-ideologische Zeitalter, wonach das Links-Rechts-Schema als überkommen gilt und alle gesellschaftlichen Widersprüche in sich aufgehoben werden können. Diese Unschärfe erlaubt es der DP, sich als Kraft der Mitte zu inszenieren. Doch es nicht diese Spannweite, die für die Wähler so attraktiv ist. Die Partei hat vielmehr den Wahlerfolg von 2013 strategisch genutzt, um sich als Siegerpartei darzustellen. Wer auf der Seite der DP steht, zählt aktuell zu den Gewinnern. Sie zieht damit Opportunisten und Karrieristen an, die es über Jahrzehnte aus diesen Gründen in die CSV trieb – die Partei als Sprungbrett für individuelle Ziele. Und wie die Auflistung weiter oben zeigt, nutzt die DP ihre Macht, um die Macht zu sichern, indem sie Posten verteilt. Frei nach dem Prinzip: Teile und herrsche.

Machtkonzentration Dieses rationale politische Kalkül geht dabei zurück auf Xavier Bettel und Corinne Cahen. Denn so breit die Partei gerade ihren Apparat im Staat streckt, so konzentriert ist ihre Macht. Es gibt keine wesentlichen Entscheidungen, ob in Politik- oder Personalfragen oder in der Außendarstellung, die nicht mit dem Premier und der Parteipräsidentin abgesprochen sind. Die beiden Jugendfreunde aus Bonneweg haben die Demokratische Partei seit 2013 nach ihrem Willen zu einer Bettel-Cahen-Partei geformt und zeigen wenig Rücksicht gegenüber parteiinternen Kritikern.

Der Aufstieg von Xavier Bettel geht dabei ebenso auf die Wahlniederlage von 2009 zurück. Damals drängte sich Bettel an der Seite vom vorübergehend gescheiterten Politiker Claude Meisch an die Spitze der Partei. Und der charmante Xavier Bettel zeigte, dass er nicht nur über großes selbstdarstellerisches

Talent verfügt, sondern auch mit politischen Instinkten ausgestattet ist und skrupellose Entscheidungen treffen kann. Er zögerte nicht lange und schob innerhalb von nur zwei Jahren die alten weißen Granden des Landes zur Seite: Paul Helminger, Charles Goerens und Jean-Claude Juncker.

2015 trat er als Parteipräsident zugunsten von Corinne Cahen ab. Und auch Cahen verfügt über ähnliche politische Machtinstinkte wie Bettel und brachte zur Sicherung ihres Postens gleich ein ganzes Team von loyalen Leutnanten mit an die Spitze der DP: Max Hahn, Lex Delles, Marc Hansen und Marc Ruppert. Letzterer fiel als Generalsekretär mit seinen basisdemokratischen Ideen in Ungnade und wurde durch Claude Lamberty ersetzt. Seither läuft der Bettel-Cahen-Dampfer: Es herrscht Ruhe in der Demokratischen Partei, Interna dringen nicht nach Außen, Konflikte werden im Keim erstickt. Die DP hat das Image einer souveränen Staatspartei.

Punchingball Ein Leidtragender des parteiinternen Aufstiegs von Corinne Cahen war 2015 Gilles Baum. Der Abgeordnete aus Junglinster (geboren 1973) musste in Absprache mit Bettel als Generalsekretär für das Team Cahen weichen, auch wenn er den Posten wohl gerne weitergeführt hätte. Nun ist ausgerechnet Baum neuer Fraktionsvorsitzender der DP und ersetzt, ein Jahr früher als geplant, den verstorbenen Politiker Eugène Berger. Das Amt des Fraktionsvorsitzenden gilt dabei als unbequeme Aufgabe in Regierungszeiten, da es verlangt, die Abgeordneten als verlängerter Arm der Regierung auf Linie zu halten und gleichzeitig Moderator zwischen den Befindlichkeiten der Abgeordneten und den Interessen der Minister zu sein. Eugène Berger hat das Amt des Fraktionsvorsitzenden deshalb einmal als „Punchingball“ bezeichnet, da man im Zweifel zwischen die Fronten gerät. Doch Baum weiß, was auf ihn zukommt. Und er weiß auch, was von ihm verlangt wird: Er spricht davon, dass er als Bindeglied zwischen Regierung und Parlament für „Ruhe und Souveränität“ in der Fraktion die Verantwortung trage. Als Vorbild nennt er dabei den Führungsstil von Lydie Polfer, die durch Erfahrung und Gelassenheit die DP als Parteipräsidentin verwaltete.

Dabei war der großgewachsene und freundliche Politiker als Fraktionspräsident in der Bettel-Cahen-Partei eigentlich nicht vorgesehen. Baum, seit 1996 DP-Mitglied, konnte im Ostbezirk etwas wider Erwarten 2018 erneut

ins Parlament ziehen. „Eigentlich haben mir alle gesagt, dass ich nach 2018 wieder zurück als Lehrer vor einer Klasse stehen werde“, so Baum. Doch der Schöffe aus Junglinster konnte einen Stimmgewinn von 40 Prozentpunkten im Vergleich zu 2013 erzielen. Und angespornt von seinem erfolgreichen Ergebnis und dem Zuspruch seiner Kollegen nahm er den Hörer in die Hand und machte Werbung in eigener Sache für das Amt des Fraktionsvorsitzenden. Es war ein Vorhaben, das nicht nach Gusto von Parteipräsidentin Cahen war, da sie eigentlich bereits Max Hahn auf dem Posten sah. Doch die DP-Fraktion konnte sich gegen den Willen der Präsidentin durchsetzen: der Fraktionsposten wurden zwischen Eugène Berger und Gilles Baum aufgeteilt.

Baum, der eigentlich eher in der zweiten Reihe der DP stand und den klassischen Weg einer lokalen, regionalen und nationalen Politikkarriere einschlug, hat sich bei vielen DP-Mitgliedern mit seinem Verhalten Respekt verschafft. Seinen Posten als Fraktionsvorsitzender stellte er nach dem Tod von Berger erneut zur Wahl. Mit klarem Ergebnis: Alle DP-Abgeordneten stehen hinter ihm.

Ruhige Jahre Nach dem turbulenten ersten Jahr der Legislaturperiode mit vielen Wechsels auf der Abgeordnetenbank hoffen die Mehrheitsparteien, dass nun ruhigere Zeiten kommen. Einiges spricht dafür – immerhin stehen die nächsten Wahlen erst im Superwahljahr 2023 an. Die DP wird dabei an ihrer bisherigen Strategie festhalten: Sie wird weiter Posten verteilen, wo es möglich ist und ihre Macht ausbauen. Und politisch wird sie vor allem versuchen durch ein *Update* der beiden populären Maßnahmen der ersten Dreierkoalition zu punkten: eine zweite Steuerreform und ein *Congé parental plus*. Dabei laufen die Arbeitsgruppen für die Steuerreform schon längstens auf Hochtouren. Manche Optimisten glauben, dass die Reform der Individualbesteuerung schon vor dem Sommer im Parlament hinterlegt wird, realistischer scheint wohl eher Herbst zu sein.

Aber sicher ist: Damit sich, getreu der DP-Strategie, alle noch vor den Wahlen als Gewinner fühlen, muss die Reform bis zum Ende des Jahres im Parlament verabschiedet werden. Nur so ließe sich im Portemonnaie der Wähler ein spürbarer Effekt vor den nächsten Wahlen 2023 feststellen.

Die DP macht eine stark gegenwartsbezogene Politik: was zählt, ist das Hier und Jetzt

Die beiden Jugendfreunde aus Bonneweg haben die Demokratische Partei seit 2013 nach ihrem Willen zu einer Bettel-Cahen-Partei geformt



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Nachgezählt

Brummende Wirtschaft

Luxemburg exportiert nicht nur Dienstleistungen, sondern zum wirtschaftlichen Wohlstand des Landes tragen auch hierzulande hergestellte Waren bei.

3,6

Milliarden Euro in Form von Waren gingen 2018 nach Deutschland, dem Haupt-

abnehmer von Luxemburger Exporten.

2,2

Milliarden Euro betrug der Gegenwert der exportierten Stahl- und Eisenprodukte.

1,5

Milliarden Euro war der Wert der Waren, die nach Belgien ausgeführt wurden.

952

Millionen Euro wurden mit dem Export von Maschinen und industriellen Geräten, dem zweitwichtigsten Exportgut, erzielt.

377 714

Arbeitnehmer beschäftigt die Luxemburger Wirtschaft

38 479

Personen davon arbeiten in der Industrie.

236 125

Beschäftigte sind es im Dienstleistungsgewerbe.

„Walk of Steel“ geht durch Luxemburg

Völklingen. Für den Erhalt der saarländischen Stahlindustrie haben sich Betriebsräte und Mitsreiter auf einen 350 Kilometer langen Fußmarsch nach Brüssel gemacht. „Kein Weg ist uns dafür zu weit“, sagte der Betriebsratsvorsitzende bei Saarstahl, Stephan Ahr, ges-

tern beim Start des „Walk of Steel“ in Völklingen. Zehn Tage werden sie in Teams unterwegs sein, die sich wie bei einem Staffellauf abwechseln. In Brüssel wollen sie am 10. Februar ihre Forderungen an den EU-Kommissar für Klimaschutz, Frans Timmermans, übergeben. Es sei abzusehen, dass sich viele Menschen dem „Stahl-Marsch“ von der Saar über Luxem-

burg bis Belgien anschließen werden, sagte Ahr. „Wir kämpfen um unsere Arbeitsplätze.“ Sie fordern konkrete Unterstützung bei der Umstellung der Stahlindustrie auf eine CO₂-freie Produktion und faire internationale Wettbewerbsbedingungen auf dem Stahlmarkt. Um die deutschen und europäischen Klimaziele einzuhalten, muss die Stahlproduktion bis 2050 größtenteils ohne fossile Brenn-

stoffe ablaufen. „Wir wollen eine sozial-ökologische Transformation.“ Bei dem Marsch sei geplant, dass jedes Team bis zu 40 Kilometer pro Tag gehe. Der Kern bestehe aus 40 Personen, die mitmachten. Die Route führt am ersten Tag über Dillingen bis Merzig. Später folgen Schengen, Bettemburg und Belval. dpa

Leitartikel

Kleine Schritte

Von Pierre Leyers

Verschmutzen soll künftig nicht mehr gratis sein. Ankerpunkt des Energie- und Klimaplan ist die für 2021 angekündigte CO₂-Steuer von anfangs 20 Euro pro Tonne an Kohlendioxid, die aus Auspuffen und Kaminen steigt. Auf etwa 150 Millionen Euro jährlich schätzt die Regierung die Einnahmen aus dieser auf allen fossilen Brennstoffen erhobenen Steuer, die zu einer Hälfte an einkommensschwache Haushalte, zur anderen in Klimaschutzmaßnahmen fließen soll.

So wie es im Rahmen des europäischen Emissionshandels bereits für die Energiewirtschaft und die Industrie gilt, wird CO₂ nun auch in Luxemburg in den Bereichen Verkehr und Gebäude einen Preis bekommen. Diesen Preis –

und das ist neu – müssen künftig nicht nur Betriebe, sondern auch Privatpersonen entrichten.

Rechnet man die höhere Fahrzeugsteuer hinzu, die durch das neue Messverfahren WLTP fällig wird, und denkt an steigende Spritpreise, mit denen der schwer auf der CO₂-Bilanz lastende Tanktourismus ausgetrocknet werden soll,

so kommt so einiges an Mehrkosten auf die Autofahrer zu – und das in einem Land, in dem der Individualverkehr den Status einer heiligen Kuh genießt.

Zu einem „Quantensprung“, wie Energieminister Turmes die Klimasteuer nennt, reicht es allein schon deshalb

nicht, weil Luxemburg eines der wenigen Industrieländer ist, das sie noch nicht eingeführt hat. Auch der Startpreis von 20 Euro wird als viel zu niedrig eingeschätzt, um tatsächliche Veränderungen herbeizuführen. Vieles in Luxemburg passiert eben in kleinen Schritten. Evolution statt Revolution wird das gerne genannt. Der Regierung muss zugute gehalten werden, dass sie den Umbau hin zur klimaneutralen Wirtschaft eingeleitet hat. Zu zaghaft für die einen, zu gewagt für andere. Wenigstens die Richtung stimmt, will Luxemburg seine bei der Klimakonferenz in Paris vereinbarten Ziele erreichen.

Statt die Latte zu hoch zu legen, und nachher kläglich zu scheitern, ist es besser, einen realistischen Kurs einzuschlagen. Wo sind die angekündigten 40 000 Elektroautos, die laut Regierung 2020 überall zirkulieren sollten? Knapp 2 100 dieser Stromer gibt es derzeit auf den Luxemburger Straßen, trotz der Kaufprämie von 5 000 Euros. Von den 800 angepeilten Ladestationen sind gerade mal 400 in Betrieb. Die für 2020 beschlossenen Einsparziele wird Luxemburg verfehlen. Als wäre das nicht schon Blamage genug, ist die Anstrengung, die unternommen werden muss, um die CO₂-Emissionen in zehn Jahren um 55 Prozent gegenüber dem Stand von 2005 zu senken, so gewaltig und einschneidend, dass sie nicht einmal ein Herkules vollbringen könnte.

Trotz falscher Versprechen und überzogener Ambitionen macht sich ein Umdenken bemerkbar. Sicher, der Druck von außen nimmt zu. Souveränitätsnischen sind keine Ausrede mehr. Doch in einem Land, das jahrelang vom Tanktourismus gut gelebt hat, erfordert der begonnene Abschied von den fossilen Einnahmequellen Mut und Entschlossenheit, ähnlich wie sie ein Drogenabhängiger braucht, der sich in die Entziehungskur begibt.

„Für eine nachhaltigere Wirtschaft“

Der neue Wirtschaftsminister Franz Fayot will Ökologie und Ökonomie unter einen Hut bringen

Interview: Marco Meng

Frisch als Wirtschaftsminister und als Minister für Entwicklungszusammenarbeit vereidigt, erklärt Franz Fayot (47), wo er bei der Wirtschaftspolitik neue Akzente setzen möchte.

Franz Fayot, Sie bezeichneten einmal Greta Thunberg als einen Ihrer Lieblingshelden in der Gegenwart. Hätten Sie als Wirtschaftsminister überhaupt noch etwas zu tun, wenn all das umgesetzt würde, was Thunberg fordert?

Ich glaube, das ist etwas einfach gedacht. Greta Thunberg finde ich interessant und auch bewundernswert in dem Sinn, dass sie eine Bewegung losgetreten hat, die viele Jugendliche auf die Straßen bringt, um uns für die Dringlichkeit der Klimaschutz zu sensibilisieren. Ich finde, dass das großen Respekt verdient, und es gibt auch der Wirtschaftspolitik einen richtigen Anstoß.

Natürlich sollten wir nicht aufhören, Wirtschaftspolitik zu betreiben und Unternehmen nach Luxemburg zu bringen, aber das muss man heute im Einklang mit Umwelt- und Klimaschutz tun. Der Gegensatz zwischen Umwelt und Wirtschaft ist oft plakativ. Denn auch in der Wirtschaft und den einzelnen Betrieben wird es immer bewusster, dass man heute nicht mehr wirtschaften kann, ohne Umweltbelange zu berücksichtigen.

Hier stieß unlängst die Ansiedlung einer Steinwollefabrik auf Widerstand. Gleichzeitig importieren wir Steinwolle, die woanders produziert wird. Ist das Nachhaltigkeits? Wenn wir aufhören zu produzieren und alles woanders herstellen lassen, nutzt das dem Klima auch nichts.

Das ist richtig. Die Knauf-Steinwollefabrik ist ein gutes Beispiel für das Spannungsfeld zwischen Nachhaltigkeit und Industrie. Bei dem Projekt gab es eine Reihe Aspekte, die schlussendlich die Bevölkerung von Sas-

senheim aufbrachten. Es stimmt, dass das zu einem gewissen Grad widersprüchlich ist, weil zum einen die Fabrik hier nicht gewollt war, wir zum anderen aber Steinwolle brauchen. Das zeigt auch, dass es wichtig ist, die Industrie hier zu behalten, die mit immer strengeren Vorschriften und Umweltregelungen konform sein muss. Denn es ist besser, wenn Sachen hier produziert werden als wenn sie dort produziert werden, wo viel geringere oder keine Umweltstandards gelten. Vielleicht ist man in Luxemburg in dieser Hinsicht ein wenig verwöhnt, aber man kann die Belange der Menschen auch nicht außen vor lassen. Das heißt, dass wir andere Industrien ansiedeln müssen, die mehr auf Kreislaufwirtschaft setzen, die weniger Emissionen ausstoßen, weniger Verkehr produzieren. Das sind alles die Fragen, die sich heute stellen.

Was haben Sie sich vorgenommen, das Sie nun als Wirtschaftsminister auf jeden Fall erreichen und umsetzen wollen?

Ich wäre wirklich glücklich, wenn wir weiterkommen auf dem Weg in eine nachhaltige Wirtschaft. Wenn es uns gelingt, unsere Wirtschaft vom linearen Produktionsmodus wegbekommen, ein Wirtschaftsmodell, das darauf basiert, viel zu verbrauchen, viele Ressourcen, viel Energie, viel Land, Personal. Stattdessen muss uns ein nachhaltigeres Wirtschaften gelingen, wie das ja bereits einige Betriebe hier machen, und ein Wirtschaftsstandort für innovative und nachhaltige Unternehmen zu werden. Umwelttechnologien sind in diesem Zusammenhang interessant, der Gesundheitssektor und natürlich alles, was mit Digitalisierung zu tun hat, Forschung und Entwicklung: um aus dem Standort Luxemburg ein Labor für die Wirtschaft von morgen zu machen.

Auch Ihr Vorgänger wollte aus

Luxemburg einen innovativen Standort machen ...

Etienne Schneider hat den Anstoß für viele Projekte gegeben, die sehr interessant sind, sowie mit der Dritten Industriellen Revolution den Weg gewiesen, wo es hingehet und uns bewusst gemacht, dass wir in einer ökologischen und digitalen Transition sind und die Wirtschaft sich entsprechend wandeln muss. Was den Forschungsstandort Luxemburg betrifft, muss man sehen, dass wir als Forschungsstandort ja noch sehr jung sind. Das hat in den 1980ern begonnen und braucht seine Zeit, sich zu entwickeln. Ich selbst bin regelmäßig in Boston, und dort sieht man, wie so etwas funktionieren kann: Dort siedeln sich innovative Unternehmen an, weil dort auch die Forschungseinrichtungen und die „Brainpower“ sind. Das braucht, wie gesagt, Zeit, aber ich bin sicher, dass das der Weg ist, den wir gehen müssen.

Wie sehen Sie die mögliche Ansiedlung eines Google-Datacenters in Luxemburg? Es würde dem ICT-Standort Luxemburg gut zu Gesicht stehen, andererseits sorgt man sich um Wasser- und Stromverbrauch.

Sie haben es in Ihrer Frage schon angesprochen: Auch hier gibt es Pro und Kontra. Käme das Datacenter; passt das natürlich genau in unsere Strategie des „Digital Lëtzebuerg“, und die Ansiedlung eines Rechenzentrums von Google, das mit grüner Energie funktioniert und hochmodern ist; wäre natürlich auch ein „Aha“-Effekt. Im Moment geht es darum, wie das Datacenter konform mit den Vorgaben ist. Das Projekt muss so gut sein, dass es auch von der Bevölkerung in Bissen akzeptiert wird und mögliche Impakte – zum Beispiel Verkehr – für die Menschen dort abgefedert werden. Da arbeite ich gerne in Partnerschaft mit dem Bürgermeister von Bissen zusammen.

In Ihre Amtszeit fällt die Verwirk-

lichung des Brexits. Boris Johnson muss dann schnell Erfolge vorweisen: Befürchten Sie Steuerdumping?

Das ist ganz klar ein Risiko, ja ... dass die Europäische Union vor die Tür ein Offshore-Zentrum bekommt mit Niedrigsteuersätzen für Unternehmen und eine Steuerpolitik für Ultrareiche. Zum Teil gibt es das dort ja schon mit bestimmten Steuerregimen, und diese Politik könnte tatsächlich noch forciert werden. Viel hängt nun deswegen von den Verhandlungen zu einem Handelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien ab.

Sie verantworten nun gleichzeitig die Ressorts Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit. Befürchten Sie nicht, dass Sie dabei mit sich selbst in Interessenkonflikt geraten?

Nein, das sehe ich nicht. Ich weiß, dass diese Furcht besteht, aber ich sehe im Gegenteil sogar viele Chancen, denn beide Politikfelder müssen miteinander übereinstimmen. Wir können in unserer Wirtschaftspolitik nicht Dinge tun oder fördern, die wir auf der anderen Seite bei der Entwicklungszusammenarbeit kritisieren, zum Beispiel Unternehmen hierhin bringen, die anderswo Steuerhinterziehung betreiben.

- *Wir müssen ein Standort für innovative und nachhaltige Unternehmen werden.*
- *Man kann heute nicht mehr wirtschaften, ohne Umweltbelange zu berücksichtigen.*

„Intelligenz schwindet, Ideologie kommt“

„Groupement Pétrolier“ sieht Akzisenerhöhung kritisch – Zweifel an Klimapolitik der Regierung

Von Pierre Leyers

Luxemburg ist ein Land der Tankstellen. Weil die Spritpreise seit langen Jahren niedriger als in den Nachbarländern sind, füllen die gesamte Grenzregion und viele Lastwagen zwischen den Niederlanden und dem Mittelmeer ihre Tanks an luxemburgischen Zapfsäulen auf.

Dem Staat bringt der Verkauf von Treibstoff, Tabakwaren und Alkohol an den 236 Tankstellen des Landes, nebst den Konzessionen an den Autobahnen, etwa zwei Milliarden Euro an Steuern im Jahr ein. Dieses für alle Beteiligten lukrative Geschäft hat aber einen Haken. Die CO₂-Emissionen werden dort berechnet, wo der Treibstoff verkauft wird. Das führt dazu, dass die CO₂-Bilanz Luxemburgs im europäischen Vergleich sehr hoch ist, obwohl nur ein Viertel der verkauften Produkte tatsächlich im Land selbst verbraucht wird.

Um die europäischen und die nationalen Klimaziele einzuhalten, versucht die Regierung, den sogenannten „Tanktourismus“ zurückzufahren.

Sie tut es vor allem, indem sie an der Steuerschraube dreht. Etwa die Hälfte des Spritpreises setzt sich aus Steuern zusammen, wobei die indirekten Steuern – die Akzisen – den flexiblen Teil bilden, der je nach der steuerpolitischen Ausrichtung variieren kann (siehe nebenstehende Grafik).

Dem „Groupement Pétrolier Luxembourgeois“ (GPL), dem unter dem Dach der Fedil zusammengeschlossenen Verband der Mineralölhändler, stößt die Akzisenerhöhung auf Diesel im Mai vergangenen Jahres und die weiteren angekündigten Erhöhungen bitter auf. „Diese Steigerung ist viel zu hoch und kommt zu schnell“, moniert Romain Hoffmann, der Präsident des „Groupement Pétrolier“. Über Jahrzehnte sei die Politik der Regierung verlässlich gewesen, jetzt komme es zu einer abrupten Kehrtwende.

Dem Klimaschutz kommen die

Steuererhöhungen nicht zugute. Kein Tropfen Diesel werde weniger verbraucht, nur dass die Lastwagen jetzt in Belgien tanken statt in Luxemburg, meint Romain Hoffmann. Am Verkehrsaufkommen auf den luxemburgischen Straßen ändere sich nichts, da die Lasten noch immer die bequeme Nord-Süd-Achse quer durch Europa wählen. Den Halt an einer der acht Autobahnraststätten lassen sie aus. Die Steuererhöhungen seien eine „politische Wahl“ ohne Effekt auf das Klima. Einwohner und Grenzpendler müssen aber dafür tiefer in die Tasche greifen.

Der Verkauf von Diesel wirft zwar nur geringe Margen ab. Da aber 86 Prozent des in Luxemburg verkauften Sprits Diesel ist, macht schon ein leichter Nachteil im Preis im Vergleich zu Belgien einen großen Unterschied.

Bis zum Jahr 2023 wird die Regierung durch eine Reihe von Maßnahmen – Akzisenerhöhung, Anwendung einer europäischen Richtlinie sowie CO₂-Steuer – den Preis für Diesel um 16,4 Cent im Vergleich zu dem Zeitpunkt vor der ersten Erhöhung am 1. Mai 2019 gesteigert haben. Sowohl der Verkauf an Lastwagenfahrer auf der Durchreise wie auch an den luxemburgischen Logistiksektor werde darunter leiden, befürchtet das „Groupement Pétrolier“.

Für die Tankstellenbetreiber könnten die noch anstehenden Erhöhungen durch die angekündigte CO₂-Steuer einen empfindlichen Gewinnausfall bedeuten, besonders angesichts der Tatsache, dass der Umsatz an einer Tankstelle etwa zur Hälfte aus dem Verkauf von Treibstoff besteht, zur anderen Hälfte aus dem Verkauf aus den angegliederten „Shops“.

Zur Preiserhöhung trägt auch die Verpflichtung bei, dem Sprit einen höheren Anteil an Biokraftstoffen beizumischen. Dadurch will die EU ihr Ziel, zehn Prozent der Energie im Transportsektor aus erneuerbaren Quellen zu erreichen, näher kommen. An den luxemburgischen

Zapfsäulen hat sich die Beimischung von Biokraftstoffen durch eine Preiserhöhung von über fünf Cent pro Liter Diesel bemerkbar gemacht. Da sich Luxemburg für eine sehr „idealistische“ Anwendung der europäischen Vorschriften entschieden habe, vor allem Belgien aber damit hinterher hinke, sei ein zusätzlicher Wettbewerbsnachteil entstanden, heißt es beim „Groupement Pétrolier“.

Der Regierung rät der Verband, einen Teil der Steuereinnahmen für Emissionszertifikate auszugeben, und somit Klimaschutzprojekte in anderen Ländern zu unterstützen. Der in der EU mögliche flexible Mechanismus solle ganz ausgeschöpft werden. Bei Zertifikaten handle es sich um reale Verringerungen der Emissionen, bei der Akzisenerhöhung jedoch nur um eine Verlagerung des Problems.

Etwa 20 Prozent der Steuereinnahmen aus dem Treibstoffverkauf sollten für den Kauf von Zertifikaten, und 80 Prozent für die Finanzierung von Klimaschutzprojekten aufgewendet werden, hat das „Groupement Pétrolier“ berechnet. Auf diese Weise könnten die luxemburgischen Klimaziele für 2030 erreicht werden. Luxemburg hat sich verpflichtet, seine CO₂-Emissionen in zehn Jahren um 55 Prozent im Vergleich zum Stand von 2005 zu reduzieren.

Ob die Botschaft gehört wird, daran zweifelt das „Groupement Pétrolier“. „Die Intelligenz schwindet, die Ideologie kommt“, befindet ihr Vizepräsident Paul Kaiser.

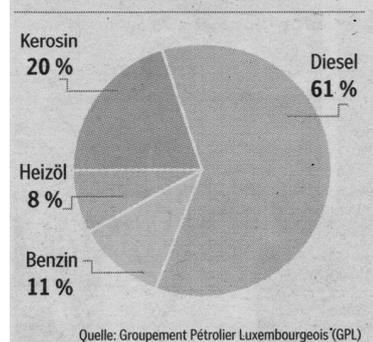
Der Kommentar Die Gans, die goldene Eier legt

Von Pierre Leyers

Die 236 Tankstellen im Land beschenken dem luxemburgischen Staat jedes Jahr zwei Milliarden Euro an Einnahmen durch Steuern. Ein Zehntel des Staatshaushalts wird somit durch den Verkauf von Benzin,

Diesel, Alkohol, Tabak sowie durch Konzessionsgebühren auf den Autobahnen finanziert. Das alles könnte ewig so weitergehen, wenn Treibstoff nicht die Eigenschaft hätte, die Luft zu verpesten, und auch Alkohol und Tabak der Gesundheit nicht sonderlich zuträglich sind. Luxemburg, das jahrelang ganz gut am Tanktourismus verdiente, hat auf einmal ein Problem. Jetzt geht es darum, der Gans, die goldene Eier legt, den Hals leicht zuzudrücken, ohne sie dabei zu erdrosseln. Sie soll röcheln, aber möglichst langsam sterben, damit es der Staatskasse nicht zu weh tut. Der Klimaplan verlangt jedoch praktisch danach, ihr sofort den Kopf abzuschneiden. Ein weiteres Opfer des Klimaschutzes, neben den vielen Tankstellen, ist die Logistikbranche, vor wenigen Jahren noch als Wundermittel für die wirtschaftliche Diversifizierung gehypt. Norwegen verwendet die Gewinne aus seiner Ölindustrie zur Finanzierung der Energiewende. Luxemburg wäre gut beraten gewesen, es mit dem Tanktourismus ähnlich zu halten.

Aufteilung des Treibstoffmarktes (Stand: 2018)



● Diese Steigerung ist viel zu hoch und kommt zu schnell.
Romain Hoffmann, Präsident des GPL

ArcelorMittal verdaut hohen Verlust

Investoren zeigen sich angetan vom Ausblick – Aktienkurs springt um 11 Prozent

Der weltgrößte Stahlhersteller sieht nach einem Milliardenverlust 2019 die Talsohle durchschritten. Trotz des widrigen Marktumfelds gelang ArcelorMittal ein Schuldenabbau. Der Konzern will auch für das vergangene Jahr Dividende zahlen.

Börsen-Zeitung, 7.2.2020
ak Düsseldorf – Ein verhalten optimistischer Ausblick auf 2020 hat die Investoren von ArcelorMittal am Donnerstag über einen Milliardenverlust im vergangenen Jahr hinweggetröstet. Der weltgrößte Stahlhersteller fuhr 2019 einen Verlust von fast 2,5 Mrd. Dollar ein. Grund waren vor allem die weltweit schwächelnde Automobilindustrie und der Abbau von Lagerbeständen. Dennoch haushierte die Aktie des Branchenprimus am Donnerstag. Der Kursgewinn betrug 11%.

Die Euphorie der Anleger hatte im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen fiel das vierte Quartal nicht ganz so schlecht aus wie befürchtet, zum anderen gab das Management des Stahlkonzerns recht optimistische Äußerungen von sich. „Obwohl das Marktumfeld herausfordernd bleibt, gibt es ermutigende Anzeichen von Verbesserungen in unseren Kernmärkten in den USA, Europa und Brasilien“, erklärte Konzernchef und Großaktionär Lakshmi Mittal. Auch bei den Preisen registriert er einen leichten Aufwärtstrend. Die Lager der Kunden seien weitgehend leer. Davon erhofft sich ArcelorMittal eine anziehende Nachfrage.

Analysten äußerten sich mit dem Abschnitten und dem Ausblick zufrieden. Der Stahlkonzern habe besser abgeschnitten als am Markt erwartet, schrieb J.-P.-Morgan-Analyst Luke Nelson in einer ersten Einschätzung. Die einzelnen Sparten zeigten gleichwohl ein gemischtes Bild. Alan Spence von Jefferies kommentierte, das Unternehmen habe

mit seinem Ebitda die Prognosen getoppt. Auch der Ausblick sei optimistischer, mit positiven Signalen von der Nachfrageseite.

Das Unternehmen konnte zudem mit einigen bilanziellen Fortschritten aufwarten: Die Nettoverschuldung sei mit 9,3 Mrd. Dollar so niedrig wie nie zuvor in der Geschichte des noch jungen Konzerns, der seit 2007 in der heutigen Form besteht. Bis Ende des laufenden Jahres wolle ArcelorMittal die Verschuldung auf 7 Mrd. Dollar senken, kündigte Konzernchef Lakshmi Mittal an. Dem Unternehmen sei es gelungen, trotz der widrigen Umstände 2019 im vergangenen Jahr einen Free Cash-flow von 2,4 Mrd. Dollar zu erwirtschaften. Im laufenden Jahr will ArcelorMittal zudem weitere Kosten sparen. Das Management beziffert das Potenzial auf 1 Mrd. Dollar.

1,9 Mrd. Dollar Impairments

Zu dem Verlust im vergangenen Jahr trugen auch Impairments einen gewichtigen Teil bei. Die Wertkorrekturen beliefen sich auf 1,9 Mrd. Dollar, verglichen mit 800 Mill. Dollar im Vorjahr, und entfielen zu zwei Dritteln auf das US-Geschäft.

Der Konzern will trotz des Milliardenverlusts die Dividende erhöhen. Die Dividendenpolitik sehe vor, im Einklang mit dem Nettoschuldenziel, eine Teil des Free Cash-flows auszukehren. ArcelorMittal plant eine Dividende für 2019 von 0,30 (i.V. 0,20) Dollar.

Für 2020 geht der Konzern von einem Anstieg der weltweiten Stahl-nachfrage von 1 bis 2% aus. In China erwartet ArcelorMittal ein Plus von bis zu 1%, hält ein Abschwächen der Nachfrage durch das Coronavirus aber nur für temporär. Der Effekt könne im Laufe des Jahres wieder aufgeholt werden.

Einen Schlusstrich will der Kon-

zern unter das Thema Ilva ziehen. Die Übernahme des italienischen Stahlproduzenten ist für ArcelorMittal zur Belastungsprobe geworden. Der Konzern hatte im November mitgeteilt, von dem Kauf zurücktreten und eine Ausstiegsklausel ziehen zu wollen, und hatte Änderungen in der Umweltgesetzgebung als Grund genannt. Das defizitäre und dreckige Stahlwerk, eines der größten in Europa, hat im italienischen Süden eine hohe wirtschaftliche Bedeutung und zählt noch rund 8 000 Beschäftigte. Derzeit liefern konstruktive Gespräche mit der italienischen Regierung, sagte Mittal. Für den heutigen Freitag ist ein Gerichtstermin zum Streit um Ilva anberaumt.

Die ArcelorMittal-Aktie



ArcelorMittal

Konzernzahlen nach IFRS

in Mill. Dollar	2019	2018
Eisenerzabsatz (Mill. t)	37,1	37,6
Stahlabsatz (Mill. t)	84,5	83,9
Umsatz	70 615	76 033
Ebitda	5 195	10 265
Ebitda je Tonne Stahl (Dollar)	42	107
Operatives Ergebnis	-627	6 539
Nettoergebnis	-2 454	5 149
Ergebnis je Aktie (Dollar)	-2,42	5,07
Nettoschulden (Mrd.)	9,3	10,2
Marktwert (Mrd. Euro)	16,1	

Börsen-Zeitung

ArcelorMittal will kein Schmutzfink mehr sein

TECHNIK Luxemburger Stahlkocher will emissionsfreie Werke bis 2050

Yves Greis

Der größte Stahlkonzern der Welt, ArcelorMittal, hat sich vorgenommen, kein Schmutzfink mehr zu sein. Bis 2050 sollen die europäischen Werke des Unternehmens emissionsfrei sein. Das ist keine heiße Luft. Der Konzern aus Luxemburg arbeitet mit Wissenschaftlern und Ingenieuren zusammen an Lösungen und investiert viel Geld in das Stahlwerk der Zukunft.

In einem Stahlwerk bändigt der Mensch unglaubliche Kräfte, um Metall nach seinem Willen zu formen. Unter hohem Aufwand von Energie, sei es in Form von Strom oder Feuer, schmilzt das Eisen und wird von den Männern und Frauen in eine Form gebracht, mit der Schluchten überwunden, Gleise gelegt, Ozeanriesen gebaut und Türme errichtet werden.

Ein Stahlwerk ist ein Ort, an dem dem Erz das Eisen abgerungen wird und an dem tonnen schwere Träger geboren werden. Ein Stahlwerk, das ist „viel Schmutz und Dreck und Muskelschmerz. Viel heiße Glut aus Eisenherz“*.

Ein Stahlwerk braucht, um seinen Zweck zu erfüllen, Unmengen von Energie. Energie, die heute vor allem aus Kohlekraft und aus Atomkraft kommt. Auch das jahrtausendealte Verfahren, mit dem aus Eisenerz Eisen gewonnen wird, ist inhärent schmutzig. Damit soll in absehbarer Zukunft Schluss sein. Der Luxemburger Stahlgigant ArcelorMittal hat beschlossen, seine Werke binnen 30 Jahren klimaneutral zu machen.

„ArcelorMittal hat sich dem Pariser Abkommen verpflichtet“, hat Direktor Michel Wurth im Januar in Luxemburg erklärt. Der Weg, den der Stahlkonzern beschreiten will, ist klar vorgegeben: Bis 2030 werden 30 Prozent der CO₂-Emis-

sionen eingespart. Bis 2050 ist der Konzern klimaneutral. Ein Zaubermittel gibt es nicht. Der Betrieb innoviert. Drei große Veränderungen hat man ausgemacht, die dazu beitragen sollen, das ambitionierte Zwischenziel zu erreichen.

Wasserstoff

Um Eisen aus Erz zu gewinnen, braucht es eine gute Portion Chemie. Die Zutaten: Eisenoxid, Koks und Sauerstoff. Im Hochofen ordnen sich die Atome dieser Grundstoffe unter großer Hitze neu an. Das Resultat dieses Prozesses: nützliches Eisen – und das Abfallprodukt CO₂. Aber es geht auch anders. Benutzt man nämlich Wasserstoff statt des fossilen Brennstoffs Koks, steht am Ende der chemischen Reaktionen im Hochofen neben Eisen lediglich Wasser.

Der Wasserstoff, der für diese neue Methode der Eisenherstellung verwendet wird, kommt derzeit noch aus einer unsauberen Quelle: Er wird vorerst noch von Erdgas abgespalten. Die Rede ist von „grauem Wasserstoff“. In Zukunft soll er allerdings mit grünem Strom – z.B. aus Windparks – durch Elektrolyse erzeugt werden.

Zweitens soll Stahl mit zirkulärem Kohlenstoff erzeugt werden. Dabei sollen Energiequellen wie Abfall-Biomasse verwendet werden, um den fossilen Energieträger Kohle zu ersetzen. Es würde also kein CO₂ mehr freigesetzt werden, das Jahrmillionen unter der Erde eingelagert war und nicht zu den derzeitigen Lebensbedingungen auf der Erde passt.

Und drittens soll dort, wo die aktuelle Methode der Stahlerzeugung beibehalten wird, das CO₂ abgefangen, gespeichert oder wiederverwendet werden, anstatt es weiterhin in die Atmosphäre zu blasen, wo es als Treibhausgas

zum Klimawandel beiträgt.

Natürlich wäre auch Atomstrom emissionsfrei. Atomstrom hat aber andere Probleme, zum Beispiel die ungeklärte Frage nach der Lagerung des Atommülls. Diesen Weg will der Konzern nicht gehen.

Umweltbewusstsein

Die Hauptmotivation für den Konzern, „grünen Stahl“ produzieren zu wollen, ist der Druck der Kunden. Noch ist der nicht besonders hoch. Das wird sich aber ändern, davon ist das Unternehmen überzeugt. Die Menschen haben heute ein starkes Bewusstsein dafür, welche Folgen das menschliche Verhalten für die Umwelt hat.

Die gesamtgesellschaftliche Debatte hat längst die Politik erreicht. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat im Dezember ihren „Green Deal“ vorgestellt. Ihr erklärtes Ziel ist es, die Europäische Union bis 2050 klimaneutral zu machen.

Die Stahlbranche in Europa sieht sich einem Druck ausgesetzt, der die Margen sinken lässt. Zum einen brauchen Werke in Europa Emissionszertifikate, die zum Teil frei zugeteilt und darüber hinaus gekauft werden müssen. Die Kosten schlagen sich in höheren Stahlpreisen, oder, wenn diese aufgrund der Konkurrenz nicht durchsetzbar sind, in sinkenden Margen nieder. Außereuropäische Stahlwerke müssen diese Zertifikate nicht haben. Die europäischen Stahlkocher monieren seit Jahren, dass dadurch mehr Stahl aus Übersee importiert wird. Durch den Transport würde wieder CO₂ anfallen, was die ursprünglichen Bemühungen, Kohlenstoffdioxid zu verringern, wenigstens zum Teil wieder zunichtemacht. Hier will die EU nun mit „grünen Einfuhrzöllen“ Abhilfe

schaffen. Auch US-Präsident Donald Trump (dessen Aussagen keine klare Position zum menschengemachten Klimawandel erkennen lassen) trägt mit seiner Position zu sinkenden Margen der europäischen Stahlkocher bei. Seine Einfuhrzölle auf ausländischen Stahl sorgen dafür, dass Produzenten aus China den europäischen Markt mit ihrem Stahl fluten.

Erwartungen an die EU

Stahlunternehmen wie ArcelorMittal erhoffen sich Hilfe von der EU, um „grüner“ werden zu können. Beispiele hierfür finden sich zum Beispiel im Nachhaltigkeitsbericht des Luxemburger Konzerns (Mai 2019). Dort heißt es, die EU müsse mehr Angebot an erneuerbarer Energie schaffen, damit sie hinreichend damit versorgt sei, und die EU müsse Forschungsprojekte, die dazu dienen, saubere Technologien zu entwickeln, weiterhin unterstützen. Wie andere Unternehmen auch erhält ArcelorMittal Subventionen für seine Forschung.

Von der Leyens Kommission hat vor, um des Klimas wegen Milliarden zu investieren. Dazu soll ein „Just Transition Mechanism“ bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) geschaffen werden. Die Bank mit Sitz in Luxemburg, die als Finanzarm der Europäischen Kommission dient, soll Finanzmittel der EU nutzen und zusätzliche Investoren locken, um insgesamt 100 Milliarden Euro

einzusammeln, um u.a. saubere Technologien zu fördern, Arbeitern Fortbildungen zu ermöglichen und nachhaltigen öffentlichen Verkehr zu fördern.

ArcelorMittal investiert seinerseits Millionen in Forschungsprojekte, bei denen es mit Wissenschaftlern und Ingenieuren zusammenarbeitet. So zum Beispiel in Hamburg. Dort investiert ArcelorMittal 65 Millionen Euro, um einen neuen Schachtofen zu bauen, in dem erstmals die oben beschriebene Wasserstofftechnologie in einem industriellen Maßstab erprobt werden soll. Laut einem Imagefilm des Unternehmens soll die neue Demonstrationsanlage später 100.000 Tonnen Eisen produzieren. Der dort verwendete Wasserstoff soll zunächst aus dem Gichtgas der bestehenden Anlage abgetrennt werden. Die nötigen Vorbereitungen dazu haben 2019 begonnen. Hamburg ist keinesfalls ein kleines experimentelles Werk des Stahlriesen, sondern einer der vier großen Standorte in Deutschland. „Sobald es grünen Wasserstoff in ausreichender Menge und zu wirtschaftlichen Preisen gibt, soll die Anlage auf den Betrieb mit grünem Wasserstoff umgestellt werden“, heißt es in dem Imagefilm weiter.

Altholz

Ein anderes Beispiel ist Gent. Rund 40 Millionen Euro investiert ArcelorMittal in das Projekt „Torero“. Durch einen „Torrefizie-

rung“ genannten Prozess wird Altholz in Biokohle umgewandelt, die fossile Kohle im Hochofen ersetzen soll. Solches Altholz stammt zum Beispiel aus abgerissenen Gebäuden. Diese torrefizierte Biomasse habe einen signifikant besseren Energieausstoß als das ursprüngliche Altholz, schreibt das Unternehmen. Die erste industrielle Demonstrationsanlage in Gent wird voraussichtlich Ende 2020 in Betrieb gehen. In einem ersten Schritt will das Unternehmen dort 120.000 Tonnen Altholz jährlich zu 50.000 Tonnen Biokohle verarbeiten. So kann das Altholz ein weiteres Mal verwendet werden. Wenn sich die Testanlage bewährt, so ArcelorMittal, wird der Konzern untersuchen, ob das Verfahren im großen Maßstab eingesetzt werden kann.

ArcelorMittal arbeitet nicht alleine an Torero. Hinter dem Projekt steht ein Konsortium aus Unternehmen, einer schwedischen Universität und einem österreichischen Forschungsinstitut. Die EU unterstützt das Projekt über das Horizon-2020-Programm mit 11,5 Millionen Euro. Es scheint, als wolle ArcelorMittal die Zeiten hinter sich lassen, in denen sich der Konzern mit Greenpeace eine Schlacht lieferte wegen einer Stromtrasse nach Frankreich, durch den Atomstrom zu den Luxemburger Werken fließen sollte. Heute will der Konzern, wie er sagt, die „Stahlbranche in die Zukunft führen“. *Textzeile aus dem Lied „Schmutzfabrik“ von „Die Krupps“

Im Geiste der internationalen Kooperation

GESETZESLAGE Der Experte für Weltraumrecht Antonino Salmeri zum Space Mining

Yves Greis

Der Experte für Weltraumrecht Antonino Salmeri ist der Frage nachgegangen, ob die Gesetze, mit denen Luxemburg und die USA das Schürfen von Ressourcen im Weltall regulieren wollen, gegen internationales Recht verstoßen. Seiner Einschätzung nach haben sowohl die USA wie auch Luxemburg das Recht auf ihrer Seite.

Als Wirtschaftsminister Etienne Schneider 2016 seine Space-Mining-Initiative präsentierte, verblüffte er damit die Menschen. International wurde das kleine Luxemburg als Innovationstreiber gefeiert. In Luxemburg waren die Reaktionen gemischt. Schneider wurde und wird immer noch vorgeworfen, Steuergelder für Hirngespinnste aus dem Fenster zu schmeißen.

Kernstück der Initiative ist ein neues Gesetz, das Unternehmen mit Sitz in Luxemburg die Gewissheit geben soll, dass Ressourcen, die sie im Weltall schürfen, ihnen gehören. Es wurde unter der Mitarbeit der Universität Luxemburg geschrieben. Der Text wurde mit den Stimmen aller Parteien außer „déi Lénk“ im Parlament angenommen. Die USA hatten zuvor ein ähnliches Gesetz erlassen.

Wenig später wurden erste Stimmen laut, die behaupten, das Gesetz verstoße gegen den Weltraumvertrag von 1967, der bestimmt, dass kein Land sich einen Himmelskörper aneignen darf. Etienne Schneider hat immer wieder behauptet, die Himmelskörper seien mit den internationalen Gewässern zu vergleichen. Diese gehören keiner Nation, allerdings ist es nicht verboten, Fische daraus zu entnehmen.

Kapitalismus im Weltraum

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages war in seiner Einschätzung zu einer anderen Schlussfolgerung gelangt. Eine Meinung, die in Luxemburg auch durch die Linke vertreten wird, die neben legalen Gesichtspunkten auch die Sinnhaftigkeit des Unternehmens und die kapitalistische Durchführungsweise kritisiert.

Ein weiterer internationaler Vertrag, der in diesem Kontext manchmal zitiert wird, ist der Mondvertrag von 1984, der als Ergänzung zum Weltraumvertrag gedacht war. Dieser wurde allerdings weder von den USA noch von Luxemburg unterschrieben. Die Weltraumnationen Frankreich und Indien haben ihn zwar unterzeichnet, jedoch nicht ratifiziert. Der Vertrag gilt deswegen als gescheitert.

Eine wichtige Institution im Weltraumrecht ist der Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums der Vereinten Nationen. Er wurde 1959 eingerichtet und hat zwei Unterausschüsse: einen, der sich mit wissenschaftlichen Fragen befasst, und einen, der sich mit Rechtsfragen beschäftigt. Der Letztgenannte ist also auch für Fragen zum Thema Space Mining zuständig.

Der italienische Anwalt Antonino Salmeri ist Forscher an der Universität Luxemburg. Er war nicht an der Entstehung des Gesetzes beteiligt, forscht allerdings heute zu diesem Thema. Er ist der Meinung, dass sowohl das amerikanische wie auch das luxemburgische Space-Mining-Gesetz mit den internationalen Abkommen im Einklang sind.

Selbst der Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums der Vereinten Nationen habe sich seit 2018 mit Space Mining beschäftigt, erzählt Salmeri. Und dieser sei bislang nicht zu dem

Schluss gekommen, dass das luxemburgische Gesetz illegal sei. Für die Behauptung, es sei nicht mit internationalem Recht vereinbar, fände sich unter den Rechtsgelehrten keine Mehrheit.

Die Eroberung des Weltraums sei ein gemeinsames internationales Unterfangen, sagt Salmeri. Auch der Weltraumvertrag von 1967 sei in diesem Geiste entstanden, wie aus den Kommentaren, die die Entstehungsgeschichte des Abkommens dokumentieren, hervorgehe. „Man wollte keinen kalten Krieg im Weltraum“, so Salmeri. Auch beim Wettrennen ins Weltall sei es schließlich nicht darum gegangen, dieses für einen Block zu beanspruchen, sondern „als Erstes da zu sein“.

Kooperativ

Es stimmt, dass Anstrengungen zur Erforschung des Weltalls heute meistens durch internationale Kooperation erreicht werden. Die internationale Raumstation ISS hat eine internationale Besatzung. Derzeit besteht sie aus drei Astronauten aus den USA, zwei aus Russland und einem Astronauten aus Italien. Diese Kooperation klappt auch in Zeiten der Spannungen und Handelskriege erstaunlich gut.

Außerdem versuchen Forscher aus aller Welt, sich bei ihren Experimenten im Weltraum nicht in die Quere zu kommen. Eine Regel besagt, dass Staaten es unterlassen sollen, die Aktivitäten von anderen im Weltall zu stören, und sich gegenseitig absprechen sollen, falls eine solche Störung absehbar ist. Will Luxemburg zum Beispiel das Eis am Südpol des Mondes untersuchen, wohl wissend, dass Indien dort auch schon Forschung betreibt, würden beide sich absprechen, damit sie sich nicht mit

ihren Rovern und sonstigen Apparaturen in die Quere kommen.

Nach dem Prinzip der „adaptive governance“ müssen die ersten Jahre des Space Mining nicht sofort international geregelt werden, sondern vielmehr auf nationaler Ebene mit einer gewissen internationalen (und meist informellen) Koordinierung in den wichtigsten Fragen angegangen werden, erklärt Salmeri.

Tatsächlich sucht Luxemburg im Ausland nach Partnern und schließt Absichtserklärungen mit ihnen ab. Bislang hat es Belgien, China, Japan, Tschechien, Portugal, Polen und die Vereinigten Arabischen Emirate dafür gewonnen, gemeinsam auf dem Gebiet des Space Mining zu kooperieren. Die luxemburgische Initiative sei ein „starting point“. Die Alternative sei, einen internationalen Rechtsrahmen von Grund auf neu aufzubauen.

Die „Bauteile“ für einen solchen internationalen Rechtsrahmen gibt es seit kurzem. Im vergangenen November veröffentlichte ein Konsortium mit dem sperrigen Namen „The Hague International Space Resources Governance Working Group“ nach mehrjähriger Arbeit seine Vorschläge, wie ein solcher Rechtsrahmen aussehen könnte. Dem Konsortium gehören Akteure aus der ganzen Welt an, darunter auch die Universität Luxemburg. Daneben Exper-

ten für Weltraumrecht von Universitäten aus Leiden (Niederlande), Santos (Brasilien), Padjajaran (Indonesien), Kapstadt (Südafrika), von der Secure World Foundation (USA), vom Nishimura Institute of Advanced Legal Studies (Japan) und der Ten to the Ninth Plus Foundation (USA). Diese „Bauteile“ sind nicht verbindlich, können internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen aber als Vorlage dienen.

Space Force

Internationales Recht im Weltraum durchzusetzen, scheint erst einmal kompliziert. Zumal das Weltall nicht für einen Staat beansprucht werden darf und deshalb kein Land mit seinen Sicherheit- oder Streitkräften dort agieren darf. Allerdings könnten Länder, die nicht im Sinne der internationalen Kooperation im Weltraum agieren, auf der Erde internationalen Druck und Sanktionen erfahren.

Der Meeresboden, sagt Salmeri, wurde durch das Seerechtsübereinkommen von 1982 zum „gemeinsames Erbe der Menschheit“. Dort darf nicht ohne das Einverständnis der internationalen Gemeinschaft geschürft werden. 168 Staaten sind dem Seerechtsvertrag bislang beigetreten. Die USA gehören – anders als Russland und

China – nicht dazu. Trotzdem haben die USA bislang nicht gegen den Vertrag verstoßen, indem sie auf dem Meeresgrund gearbeitet haben, ohne dies international abzuklären, ergänzt Salmeri. Ein Beispiel dafür, wie internationale Abkommen ihre Wirkung entfalten können.

Trotzdem bewertet Salmeri die Space Force der USA durchaus positiv. Dabei handle es sich eben nicht um „Storm Trooper“, die als Soldaten im Weltall aktiv sind. Vielmehr sei die Space Force ein Expertengremium, das als Anlaufstelle für alle Problem tätig ist, die mit dem Weltall zu tun haben, zum Beispiel mit Satelliten – auch wenn der US-amerikanische Präsident es oft anders wirken lässt.

Danach gefragt, welche (juristischen) Probleme es in naher Zukunft im Weltraum zu lösen gibt, nennt Salmeri den niedrigen Erd-Orbit. Immer mehr private Unternehmen setzen in einer Höhe von oft nicht mehr als 1.000 km über der Erdoberfläche ganze Flotten von Mikrosatelliten aus. Das US-Unternehmen SpaceX des Unternehmers Elon Musk hat bislang (Stand Januar) 242 seiner Starlink-Satelliten in dieser Höhe ausgesetzt. Insgesamt will SpaceX 12.000 Satelliten bis zum Sommer in den Orbit bringen. Kritiker befürchten, dass der Orbit in dieser Höhe bald überfüllt mit Satelliten und Schrott ist.

Recht auf Weltraumressourcen

SPACE MINING Experte hält die Ressourcengewinnung für legal

Seitdem Ex-Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) das Projekt ins Leben gerufen hat, gibt es Diskussionen über den gesetzlichen Rahmen für das Abenteuer Space Mining. Laut dem italienischen Experten für Weltraumrecht Antonino Salmeri verstoßen die Pläne nicht gegen internationales Recht.

„Das Rad, von dem jeder profitiert“

Luxemburg braucht Arbeitskräfte aus der Großregion – das wird aber schwieriger

Von Marco Meng

Wenn der normale Luxemburger an Grenzgänger denkt, denkt er vor allem an Staus, sagt Jean-Jacques Rommes, Präsident des Wirtschafts- und Sozialrats (CES). „Würde man aber von heute auf morgen die Staus abschaffen, würde man Luxemburgs Reichtum abschaffen“: 43 Prozent der Arbeitskräfte und damit ein erheblicher Teil der Luxemburger Wirtschaftsleistung kommt von „transfrontaliers“.

Die CES hat dazu eine Studie erarbeitet, die in nächster Zeit durch detailliertere Einzelstudien zu den Themen Besteuerung, soziale Sicherheit, Raumplanung und Arbeitsrecht ergänzt wird.

„Wir wollen damit das Bewusstsein wecken für die Bedeutung, die Grenzgänger und grenzüberschreitendes Arbeiten für unsere Wirtschaft und damit unser Land haben“, erläutert Rommes.

Zumal es neben Herausforderungen wie beim Verkehr ein weiteres akutes Problem gibt: Die arbeitsfähige Bevölkerung in der Grenzregion schrumpft deutlich – laut Prognosen nimmt sie bis 2035 um 660 000 Menschen ab –, was den Fachkräftemangel sowohl in der Grenzregion wie in Luxemburg verschärft. Das verdeutliche, „welche große Aufgaben vor uns liegen“, so Rommes. Dringend benötigte Arbeitskräfte nach Luxemburg zu bekommen wird demnach „zunehmend problematisch“.

War es früher so, dass Luxemburger vor allem nach Lothringen arbeiten gingen, hat sich Luxemburg längst zu einem Magnet für Arbeitskräfte aus der Großregion gemauert. „Luxemburg entwickelt sich zur Metropole“, so Rommes. „Mit all den Problemen, die eine Metropole bekommt, angefangen beim Verkehr.“ Nur mit dem Unterschied, dass die Problemlösung im Fall Luxemburg

schwieriger ist: denn es geht über Landesgrenzen hinaus.

Die Studie der CES, so die Hoffnung, soll auch dazu beitragen, dass das „immens wichtige Thema“ (Rommès) auch in der politischen Debatte eine Rolle spielt.

Wirtschaftsanker der Region

Aus wirtschaftlicher und demografischer Sicht braucht Luxemburg hoch qualifiziertes Personal, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Mittlerweile sind 206 000 Arbeitnehmer in Luxemburg Berufspendler aus dem Ausland. Damit sich das Rad, von dem jeder in Luxemburg profitiere, weiter drehe, sei es vital, Grenzgänger nach Luxemburg zu bekommen. Bis 2035 wird die Zahl sich laut Prognosen auf dann 267 000 erhöhen. „Grenzgänger tragen erheblich zum Luxemburger Wohlstand bei“, sagt Rommes.

Eines der jeden Tag spürbaren Probleme, die es mit sich bringt, dass täglich Tausende morgens nach Luxemburg strömen und abends die umgekehrte Richtung zurück, zeigt die CES-Studie anhand einer Grafik: Der Großteil der Berufspendler konzentriert sich auf die Hauptstadtregion.

Die Konzentration verschärft sich noch dadurch, dass die meisten Grenzgänger zum Pendeln das eigene Auto benutzen (80 Prozent der Franzosen, 90 Prozent der Deutschen und 88 Prozent der Belgier). Darum seien Investitionen in den öffentlichen Transport „bitter nötig“, so Rommes. Bereits heute würden sich Arbeitnehmer für die Rückkehr in ihr Wohnland entscheiden, weil die Attraktivität des Arbeitsentgelts nicht mehr ausreicht, um den erheblichen Zeitverlust zu kompensieren, der für den Weg zu ihrem Arbeitsplatz in Luxemburg erforderlich ist. Der CES hat sich auch die Regionen,

aus denen die Grenzgänger kommen, angeschaut. In der Wallonie sind beispielsweise die Arbeitskosten am höchsten, gleichzeitig die Haushaltseinkommen im Vergleich zu Frankreich und Deutschland am niedrigsten – und nur knapp halb so hoch wie in Luxemburg. Auch dieses Ungleichheit sieht der CES als Problem an, das die soziale Kohärenz in der Großregion gefährden könne. Die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung muss laut CES als Ganzes angegangen werden, um übermäßige regionale Ungleichgewichte zu vermeiden.

Die Großregion profitiert umgekehrt von Luxemburg und seiner Wirtschaft, was Rommes als „Win-win-Situation“ bezeichnet. So fließen jährlich elf Milliarden Gehälter in diese Grenzregionen, während die Grenzgänger in Luxemburg selbst rund 3,7 Milliarden an direkten Steuern und Sozialabgaben zahlen. Die Zahl der Pensionszahlungen, die ins Ausland fließen, sind mit 2,4 Milliarden noch relativ überschaubar, aber auch diese Zahl wird zunehmen.

Der CES hofft, dass die Großregion, wo physische Grenzen zum Wohl der Bevölkerung und zur territorialen Entwicklung überwunden werden konnten, mehr Aufmerksamkeit von der Europäischen Union erfährt. Die Harmonisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen mit gemeinsamen Definitionen würde die Grenzarbeit erleichtern. „Die Probleme, die es gibt, – vom Verkehr bis Berufsausbildung – müssen gemeinsam über die Grenzen hinweg gelöst werden“, so Rommes.

Mehr als 7 000 Grenzgänger, die täglich ins Großherzogtum pendeln, sind übrigens Luxemburger. Sie wohnen jenseits der Grenzen.



Wirtschaft wächst langsamer

Brüssel. Die Europäische Kommission geht in ihrer Winterprognose davon aus, dass die luxemburgische Wirtschaft im Jahr 2019 um 2,7 Prozent gewachsen ist. 2018 hatte die Wachstumsrate noch 3,1 Prozent betragen. Die Autoren der Studie nannten den privaten Kon-

sum und die Nachfrage aus dem Ausland als die wichtigsten Treiber des Wachstums. Die Prognose geht für 2020 davon aus, dass der starke Arbeitsmarkt und die Indexsteigerung weiterhin die Binnennachfrage steigern. Allerdings rechnet die Kommission damit, dass sich das Beschäftigungswachstum in diesem Jahr verlangsamt. Für 2020 gehen die Autoren von einem stabilen Wachstum von

2,7 Prozent aus. 2021 soll die Zunahme der Wirtschaftsleistung sich weiter auf 2,6 Prozent verlangsamen. Die Inflationsrate sank 2019 auf 1,6 Prozent und dürfte 2020 leicht auf 1,7 Prozent und bis 2021 auf 1,9 Prozent ansteigen. Der inländische Preisdruck dürfte auch aufgrund von Lohnerhöhungen in den Jahren 2020 und 2021 steigen. Diese Effekte würden aber durch die steuerlichen Maßnahmen der

letzten Zeit und die Einführung des kostenlosen öffentlichen Transports ab März 2020 zumindest teilweise ausgeglichen werden. Trotz des insgesamt positiven Ausblicks weisen die Autoren auf die weiterhin starken externen Risiken hin, denen Luxemburg ausgesetzt ist, insbesondere in Bezug auf die Entwicklung der Finanzmärkte. *ThK*

Mehr Mut zum Gründen

Immer mehr Menschen suchen in Luxemburg den Weg in die Selbstständigkeit

Von Nadia Di Pillo

Luxemburg und Firmengründung – das verbindet man meist mit Bürokratie und Zeitaufwand. Aber dauert die Gründung des eigenen Unternehmens wirklich so lange? Mittelstandsminister Lex Delles gab gestern einen Überblick über die Bearbeitungszeit bei Anträgen auf Niederlassungsgenehmigungen, die sogenannten Autorisations d'établissement, welche für jede berufliche wirtschaftliche Tätigkeit notwendig sind.

Diese Genehmigung wird dem Unternehmer im Durchschnitt innerhalb einer Frist von 9,4 Tagen erteilt. „Hier ist ein deutlich positiver Trend zu erkennen, denn 2018 lag der Durchschnitt noch bei 9,8 Tagen“, stellt Delles fest, wobei die Bearbeitungszeit je nach Dossier stark variiert. Der Minister für Mittelstand erklärt in diesem Zusammenhang, dass die Verkürzung der Bearbeitungszeit eine „Priorität der Generaldirektion für Mittelstand“ sei. „Zu diesem Zweck werden wir insbesondere das Personal der betreffenden Abteilung verstärken und gleichzeitig die gründliche Analyse der Anträge auf Niederlassungsgenehmi-

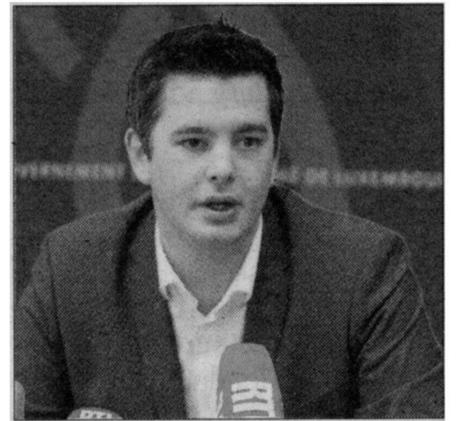
gung beibehalten“. Das Ministerium für Mittelstand hat bereits seine Präsenz im House of Entrepreneurship (HoE) verstärkt. Die auf Initiative der Handelskammer und des Wirtschaftsministeriums gegründete Anlaufstelle unterstützt und begleitet Unternehmer und Existenzgründer bei der Verwirklichung ihrer Projekte. „Firmengründer, die auf die Dienstleistungen des House of Entrepreneurship zurückgreifen, legen uns öfter ein komplettes Dossier vor“, so Delles. „Dies ermöglicht eine schnellere Bearbeitung des Antrags.“ Laut dem Minister ist die Bearbeitungszeit entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Luxemburg. Daher hat er auch ein genaues Ziel vor Augen: „Es könnte schon ein Tag weniger sein“, so Delles. „In einem osteuropäischen Land kann man alles an einem Tag erledigen, allerdings gibt es dort nicht die gleichen hohen Standards wie hierzulande“. Laut dem Minister gilt es, ein optimales Gleichgewicht zwischen Geschwindigkeit und Qualität zu finden, vor allem in Bezug auf die berufliche Qualifikation und die Ehrenhaftigkeit.

Mehr Gründungen im Handel

Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 12 014 Anträge eingereicht – das entspricht einem Plus von 5,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zwölf Prozent der Anträge wurden abgelehnt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn ein Dokument fehlt oder wenn die Kriterien der Ehrenhaftigkeit nicht erfüllt sind. Die meisten Gründungen finden weiter im Handel statt: Im vergangenen Jahr wurden 7 905 Dossiers eingereicht. Im Handwerk haben 3 507 Gründer den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt. 602 Anträge betreffen die Ausübung eines freien Berufs. Mit 60 Prozent der Gründungen ist die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (s.à.r.l.) die geäußertste Rechtsform für die Firmengründung. Auch die s.à.r.l.-s (société à responsabilité limitée simplifiée) ist mit 21,7 Prozent eine sehr geliebte Gesellschaftsform. Die Zahl der Aktiengesellschaften (SA) ist von 20,9 Prozent im Jahr 2018 auf 17,8 Prozent im vergangenen Jahr deutlich zurückgegangen. Dies könnte daran liegen, dass der Eigentümer ins neu geschaffene „Luxembourg Business Register“ eingetragen wer-

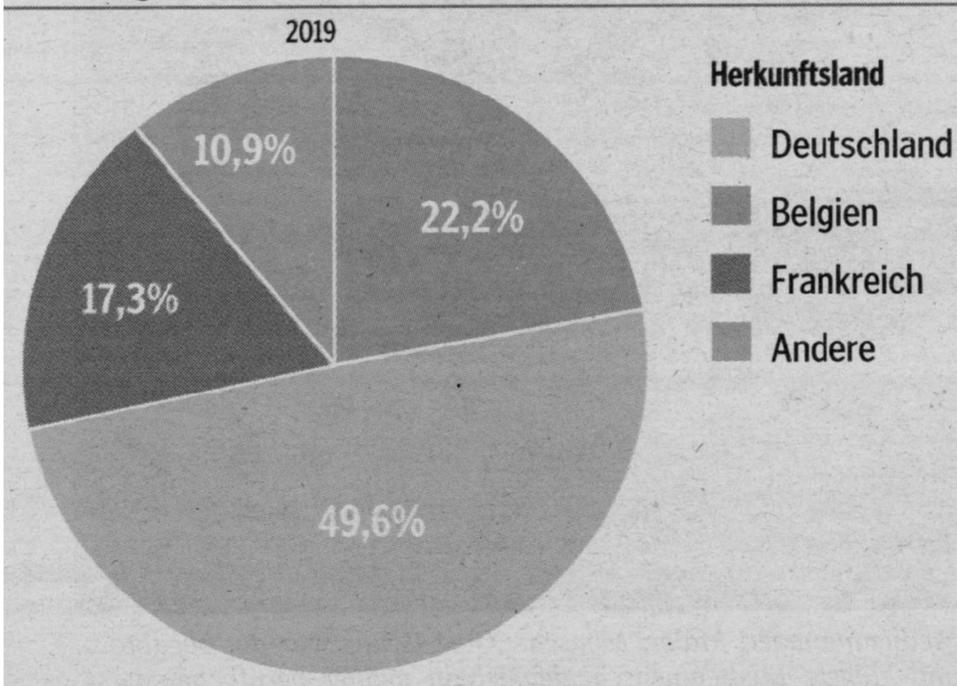
den muss.

Handwerksbetriebe, die nicht in Luxemburg ansässig sind, aber gelegentlich und vorübergehend Dienstleistungen erbringen, benötigen keine Niederlassungsgenehmigung. Die betroffenen Unternehmer müssen ihre Tätigkeit jedoch im Vorfeld bei der Generaldirektion für Mittelstand anmelden. So wurden im vergangenen Jahr 5 175 Zertifikate ausgestellt – das sind 7,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Dies deutet darauf hin, dass „der luxemburgische Markt für grenzüberschreitende Handwerksbetriebe weiterhin attraktiv ist“, so Delles.



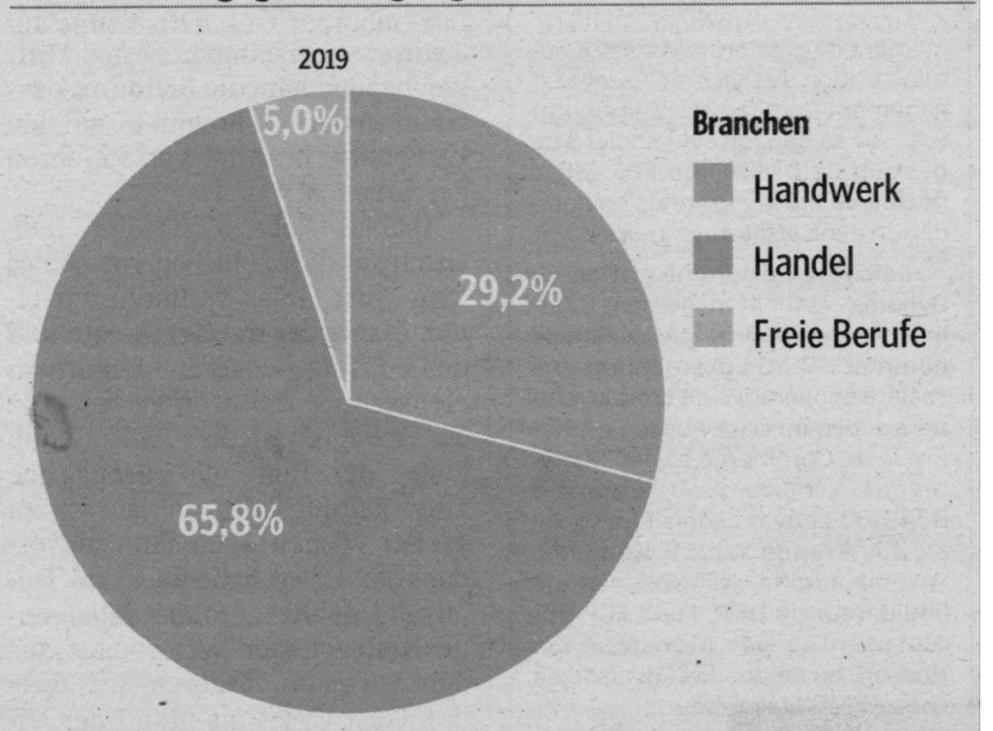
Minister Lex Delles will die Dauer einer Firmengründung verkürzen. Foto: Steve Eastwood

Anfragen von ausländischen Dienstleistungsanbietern für Gelegenheitsdienste



Quelle: Mittelstandsministerium

Niederlassungsgenehmigungen



Quelle: Mittelstandsministerium

„Wir wollen noch besser werden“

9,4 Tage braucht es durchschnittlich für eine Gewerbe genehmigung in Luxemburg - Mittelstandsminister Delles will die Dauer weiter reduzieren

LUXEMBURG

CLAUDE KARGER

Genau 9,4 Tage brauchte es 2019 im Durchschnitt für eine Niederlassungsgenehmigung in Luxemburg, 2018 waren es 9,8. „Wir wollen noch besser werden“, sagt Mittelstandsminister Lex Delles, der unterstreicht, dass diese Bearbeitungsdauer „eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit ist“. Wie auch die Service-Qualität für Unternehmer, die sich im Großherzogtum niederlassen oder hier arbeiten möchten.

Handel ganz vorn

Zum ersten Mal stellte der liberale Minister gestern bei einer Pressekonferenz Statistiken zum Thema vor, die sonst lediglich in den Jahresberichten des Ministeriums landen. Insgesamt war es 2019 mit 12.014 Anträgen befasst (gegenüber 11.342 im Jahr 2018, also ein Plus von 5,9 Prozent). Die meisten davon stammen aus dem Bereich Handel (7.905 gegenüber 6.835 in 2018), 3.507 aus dem Handwerk (3.819 in 2018) und 602 aus freien Berufen wie Architekt, Buchhalter oder selbständiger Ingenieur aus einem anderen Sektor wie dem Bauwesen (688 Anträge 2018).

Geprüft wird vor allem, ob die Antragsteller die mit der jeweiligen Tätigkeit verbundenen gesetzlichen Bedingungen in Bezug auf die berufliche Qualifikation und Ehrenhaftigkeit erfüllt und das Unternehmen über eine feste Betriebsstätte in Luxemburg verfügt - also keine „Briefkastenfirma“ ist.

In Sachen Ehrenhaftigkeit wird vor allem die juristische Vorgeschichte des Antragstellers geprüft. Die Anträge werden in den allermeisten Fällen (79 Prozent) von Personen gestellt, die eine Verbindung mit einer Firma haben. So stammen davon 59 Prozent aus Unternehmen mit begrenzter Haftung und 17,8 Prozent aus einer „Société Anonyme“. Bei 21,7 Prozent der Anträge stand 2019 eine „Société à responsabilité limitée simplifiée“ dahinter, während es 2018 17,4 Prozent der Fälle waren. Ein Indikator dafür, dass sich die 2017 eingeführte SARL-S, die lediglich ein Kapital von einem Euro erfordert, im Aufschwung befindet.

Mehr internationale Anträge

Aus den Statistiken lässt sich ferner ablesen, dass im vergangenen Jahr 1.295 Betriebsgenehmigungen aus verschiedenen

Gründen zurück gegeben wurden, dass 436 entzogen wurden - das passiert etwa, wenn der Genehmigungshalter seinen Steuerpflichten nicht nachkommt. 555 Genehmigungen verfielen wegen Insolvenz. A propos „Faillites“: Während die Reform des Gesetzes immer noch auf sich warten lässt, plädierte Minister Delles gestern erneut für eine „zweite Chance“ für Unternehmer, die nicht aus Eigenverschulden pleite gingen oder weil es ihnen an Geschäftsführungskompetenz mangelte. Sie sollen es - unter der Bedingung, eine Weiterbildung zu absolvieren - einfacher bekommen, wieder eine Firma zu starten.

Um 7,3 Prozent nach oben ging indes 2019 gegenüber 2018 die Zahl der Anträge für Geschäftsgenehmigungen vorrangig für Handwerksbetriebe aus dem Ausland. 5.175 solcher Zertifikate wurden 2019 ausgestellt, gegenüber 4.823 im Jahre 2018. 49,6 Prozent dieser Anträge stammen übrigens aus Deutschland, 22,2 Prozent aus Belgien und 17,3 Prozent aus Frankreich - die allermeisten aus der Großregion. Während 91,2 Prozent der Anfragen grünes Licht bekamen, befinden sich darunter 65,7 Prozent Erneuerungsanträge.

Minister Delles will den Service für die Antragsteller weiter verbessern und stockt seine Mannschaft weiter auf. Wichtig ist ihm die Präsenz seines Ministeriums nach Außen. Deshalb ist etwa ein Beamter seit dem 1. Januar ganztätig im „House of Entrepreneurship“ anzutreffen, dem 2016 von Handelskammer und Wirtschaftsministerium gegründeten „One Stop Shop“ für Betriebsgründer. Die Erfahrung zeige, dass ein direkter Kontakt viel bringt - unter anderem mehr vollständige Anträge, was wiederum eine schnellere Bearbeitung erlaubt. ●

„Eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit“

LEX DELLES, Mittelstandsminister, über die schnelle Abwicklung der Anträge



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Der Brexit verschiebt die Gewichtungen

Finanzdienstleister Banking Circle stärkt den Finanzplatz Luxemburg

Von Marco Meng

Luxemburg. Geldtransfers sind ein riesiges Geschäft - einer der größeren Akteure in diesem Bereich ist Banking Circle. Im November in Luxemburg mit einer Banklizenz ausgestattet feiert der aus Dänemark stammende Zahlungsdienstleister im Beisein des luxemburgischen Finanzministers Pierre Gramegna die offizielle Eröffnung seines Firmensitzes in Luxemburg.

Banking Circle wurde Ende 2015 gegründet und hatte bislang seinen Sitz in London. Wie viele andere sah sich das Unternehmen gezwungen, wegen des Brexit nach Kontinentaleuropa umzuziehen.

2018 kaufte die schwedische Finanzorganisation EQT für etwa 300 Millionen US-Dollar Banking Circle von der dänischen Saxo Bank, zu der das Unternehmen bis dahin gehörte. Kunden sind Unternehmen aus der Finanzbranche wie Banken, Fonds oder Fintechunternehmen - das war neben der geografischen Lage auch der Grund, warum Luxemburg als Zentrale ausgewählt wurde. „Wir nutzen den direkten Clearingzugang über erstklassige Partnerbanken, um den schnell wachsenden Markt der Anbieter von Online-Zahlungsverkehr zu bedienen“, teilt das Unternehmen mit.

Banking Circle beschäftigt rund 180 Mitarbeiter, 50 davon in Luxemburg, und wickelt eigenen Angaben nach jährlich ein Zahlungsvolumen von etwa 130 Milliarden Euro für Kreditinstitute, Kartenunternehmen und Zahlungsgateways ab. „Dank unserer Banklizenz können wir nun Bankkonten auf weltweiter Ebene bereitstellen und damit unsere Angebote erweitern“, erklärt Anders la Cour, Chef von Banking Circle.

Die britische Denkfabrik „New Financial“ schreibt in einer Studie, dass wegen des Brexit mehr

als 330 Banken und Finanzgesellschaften, darunter Banking Circle, Geschäfte, Personal, Vermögen oder Firmenteile aus Großbritannien aufs Festland verlegten oder derzeit verlegen. Und ein „harter Brexit“ ist noch gar nicht vom Tisch: erst jetzt beginnen die Verhandlungen, die zu realen Post-Brexit-Abkommen führen - oder eben im „No Deal“ enden.

Fondsstandort Dublin wächst

Bislang profitierte laut Studie Dublin von der Firmenabwanderung am meisten mit 115 Instituten, die von London ganz oder teilweise dorthin wechselten, gefolgt von Luxemburg mit 71, Paris mit 69, Frankfurt am Main mit 45 und Amsterdam mit 40 Finanzinstituten. Viele Unternehmen haben dabei Geschäfte und Personal an mehr als nur einen EU-Standort verschoben. Umgekehrt haben auch rund 1000 EU-Firmen in London eine Lizenz als Finanzunternehmen beantragt. Allerdings zeigt der Weg ganz klar von der Themse weg statt dorthin: Im Jahr 2016 hatten New Financial zufolge britische Firmen 336 000 „EU-Passports“, um ihre Dienstleistungen in der EU zu verkaufen, in die andere Richtung waren es 23 500 Lizenzen, die Finanzdienstleistungen in Großbritannien gestatteten. Finanzdienstleistungen sind ein wichtiger Exportartikel Großbritanniens: sie gingen bislang zu 43 Prozent in die EU.

Während Banken zumeist Frankfurt für die Zeit nach dem Brexit wählten, gingen die meisten Vermögensverwalter, Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften von London nach Dublin und stärkten damit den Fondsstandort Irland, immerhin einer der größten Konkurrenten Luxemburgs in diesem Geschäft.

Für London bedeutet das übrigens einen riesigen Kapitalabfluss.

Barclays verlagerte Vermögen von 160 Milliarden Pfund nach Dublin, die Fondsgesellschaften M&G und Aberdeen allein transferierten unlängst 80 Milliarden Euro ins Großherzogtum. Nicht jedes Unternehmen kommuniziert öffentlich Zahlen, doch New Financial geht davon aus, dass bislang ein Volumen von 800 Milliarden Pfund, das sind 950 Milliarden Euro, an Bankvermögen aus Großbritannien wegverlegt wurden.

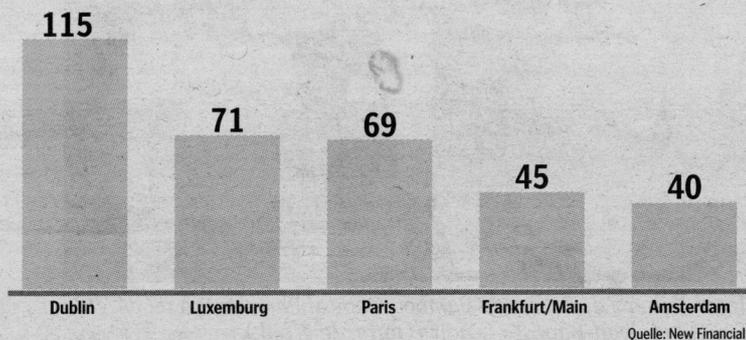
Dennoch sieht es so aus als würde der Brexit im Hinblick auf die Finanzmärkte vor allem eines: die Bedeutung der EU schwächen, wurde doch bislang etwa ein Drittel aller Aktivitäten des EU-Kapitalmarkts in Großbritannien abgewickelt. Die EU war damit nach den USA der zweitgrößte Kapitalmarkt der Welt. Nach dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU könnte dieser Anteil am globalen Finanzmarkt auf 14 Prozent sinken.

Frankreich gewinnt an Bedeutung

Frankreichs Bankensektor wird durch den Brexit insofern an Bedeutung gewinnen als das Land mit einem Anteil an der Gesamtaktivität im Finanzbereich mit rund 24 Prozent nun bei weitem der größte Kapitalmarkt in der EU ist. Auch die Zusammensetzung der Verschuldung wird sich nun ändern: Unternehmensschulden bestehen heute zu 77 Prozent aus Bankkrediten und zu 23 Prozent aus Unternehmensanleihen. Mit dem Brexit dürfte Experten zufolge der Anteil von Finanzierungen mit Aktien oder Anleihen in der EU noch weiter sinken. Dem will Brüssel mit der angestrebten Kapitalmarktunion entgegenwirken. Mit ihr sollen Unternehmen eine größere Auswahl an Finanzierungsmöglichkeiten erhalten und Anleger ein breiteres Spektrum an Alternativen.

Irland profitiert am meisten

Mehr als 330 Banken und Finanzgesellschaften haben wegen des Brexit Geschäftsteile von London nach Kontinentaleuropa verlegt



Eines der Unternehmen, das der Brexit nach Luxemburg brachte: Banking Circle. Firmenchef Anders La Cour (l.), CEO Laust Bertelsen und Finanzminister Pierre Gramegna feiern offiziell die Einweihung des neuen Firmensitzes.

Foto: Luc Deflorenne

Außerordentliches Plus

1,4 Milliarden Euro Plus beim Zentralstaat im vierten Trimester 2019

LUXEMBURG Im vierten Trimester des vergangenen Jahres hat der Zentralstaat einen Überschuss von 1,2 Milliarden Euro erzielt. Das ist einerseits auf das Budget der „12ème provisoire“ in den ersten vier Monaten von 2019 zurückzuführen. In dieser Zeitspanne wurden verschiedene Ausgaben nicht getätigt. Die werden sich also noch in Zukunft bemerkbar machen. Gleichzeitig stiegen die Einnahmen. Laut Angaben des Finanzministeriums macht sich die elektronische Unternehmenssteuererklärung hier weiter positiv bemerkbar.

Finanzminister Pierre Gramegna (DP) war gestern im Parlament, um die Abgeordneten über die Entwicklung der Ein- und Ausgaben des Staates zu informieren. Der liberale Minister geht indes davon aus, dass auch trotz anstehender Mehrausgaben die Konten für 2019 am Ende deutlich besser aussehen werden als zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes.

Über die Körperschaftssteuer gingen im vierten Trimester 2019 2,6 Milliarden Euro ein. Aus Kapitaleinkünften flossen 515 Millionen Euro in die Kassen des Staates. Laut Angaben Gramegnas wachsen die Einnahmen aus der Vermögenssteuer in allen Sektoren auf regelmäßige Art und Weise und beliefen sich auf 770 Millionen Euro. Die öffentliche Verschuldung Luxemburgs betrug Ende 2019 10,7 Milliarden Euro.

In der gemeinsamen Sitzung der Finanz- und Budgetkommission sowie der Budgetkontrollkommission erklärte Gramegna weiter, dass Luxemburg mit seinen Ausgaben für den öffentlichen Dienst im OECD-Durchschnitt liege. Ausgangspunkt war die von Abgeordneten angesprochene Steigerung der Gehälter von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst in nur drei Jahren im Wert von einer Milliarde Euro. Unter anderem kam es zu Personalaufstockungen beim staatlichen Informations-technologiezentrum. LJ



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Transports / Mobilité - Luxembourg

Was Passagiere wissen müssen

Luxemburg. In einem Monat wird die Fahrt mit Bus, Bahn und Tram in Luxemburg kostenlos. Um einen Fahrschein braucht sich vom 1. März an somit niemand mehr zu bemühen, der im Großherzogtum mit den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs ist - außer, er möchte im Zug in der ersten Klasse mitfahren. Diese bleibt nämlich erhalten und ist weiterhin kostenpflichtig. Auch für grenzüberschreitende Fahrten wird weiterhin ein Fahrschein benötigt. Das „Luxemburger Wort“ fasst die wichtigsten Fragen und Antworten zusammen. DL

Luxemburger Wort du 01.02.2020 / page 1

Transports / Mobilité - Luxembourg

Das Einmaleins des Gratistransports

Am 1. März wird die Fahrt mit Bus, Bahn und Tram kostenlos - was Passagiere wissen müssen

Von Diane Lecorsais

Luxemburg. Einen Monat noch benötigen Nutzer der öffentlichen Verkehrsmittel hierzulande einen Fahrschein, danach sind die Titres de transport in Bus, Zug und Straßenbahn passé, sämtliche Passagiere fahren kostenlos mit. Das „Luxemburger Wort“ beantwortet im Vorfeld die wichtigsten Fragen.

Muss ich als Fahrgast nach dem 1. März überhaupt noch ein Dokument mit mir führen?

Die Titres de transport, also sowohl einzelne Fahrkarten als auch Monats- und Jahresabonnements, werden auf dem Gebiet des Großherzogtums komplett abgeschafft, eine Art „Freifahrtschein“ wird nicht benötigt. Eine Ausnahme beim Gratisangebot bildet jedoch die erste Klasse im Zug - wer darin Platz nimmt, braucht auch weiterhin ein dazu berechtigendes Ticket. Allerdings: Ein Ausweisdokument müssen die Fahrgäste auch nach dem 1. März jederzeit vorweisen können. Dazu verpflichtet das Gesetz vom 19. Juni 2009 über die Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Transport. Der Fahrer kann demnach jederzeit von einem Passagier verlangen, dass er seinen Personalausweis vorzeigt.

Was passiert mit der ersten Klasse im Zug?

Die erste Klasse in den CFL-Zügen wird auch nach dem 1. März 2020 beibehalten - sie bleibt kostenpflichtig. An den Tarifen für die Einzelfahrt mit der ersten Klasse beziehungsweise ein Erste-Klasse-Abonnement bleiben unverändert: drei Euro für eine Kurzstrecke, sechs Euro für ein Tagesticket, 75 Euro für ein Monatsabonnement und 660 Euro für ein Jahresabo.

Wo kann man Fahrkarten für Fernreisen mit dem Zug kaufen?

Fahrkarten für internationale Zugreisen sind am CFL-Schalter am Hauptbahnhof in Luxemburg-Stadt und in Belval erhältlich sowie über die Internetseite der CFL und die Smartphone-App CFL international. Alternativ kann man sie telefonisch im CFL-Callcenter bestellen und sie sich für einen Aufpreis von fünf Euro nach Hause liefern lassen. Bei einer Lieferung ins Ausland kostet der Versand sieben Euro. Bei der Verwendung eines E-Tickets fallen keine Zusatzkosten an.

Was tun mit der mKaart?

Wenngleich Fahrgäste künftig keinen Fahrschein mehr benötigen, können sie mit ihrer mKaart weiterhin diverse Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Dazu gehören: die Fahrradparkhäuser mBox, das Park&Ride Belval sowie zukünftige P&R-Plätze, die Chargy-Ladesäulen für Elektrofahrzeuge, das Carsharing-Angebot Flex der CFL sowie das Fahrradverleihsystem Vël'OK im Süden des Landes. Über die mKaart können auch weiterhin Fahrschein

bezogen werden - für die erste Klasse oder für Busfahrten im Grenzgebiet.

Welche Fahrschein sind das genau, die weiterhin über die mKaart gekauft werden können?

Dies gilt zum einen für die Fahrschein für die erste Klasse im Luxemburger Bahnverkehr (Kurz- oder Langzeitfahrschein, Fünfer- oder Zehnerhefte, Monats- und Jahresabonnements), zum anderen betrifft es Fahrschein für grenzüberschreitende Busverbindungen für die RegioZone 1 und RegioZone 2 (Kurzzeit- und Tagestickets, Monats- und Jahresabonnements, Studentenpässe).

Wo bekommt man ein Ticket für eine grenzüberschreitende Busfahrt, wenn man keine mKaart besitzt?

Abgesehen von der mKaart sind Tickets für grenzüberschreitende Busfahrten auch beim Busfahrer selbst erhältlich, am Informationsschalter der Mobilitätszentral im Hauptbahnhof, an den CFL-Schaltern im Hauptbahnhof und in Belval, an den CFL-Automaten sowie über die CFL-Apps.

Wo sind Tickets für Zugfahrten im Grenzgebiet erhältlich?

Fahrkarten für grenzüberschreitende Bahnfahrten erhalten Passagiere an den CFL-Schaltern, beim Zugbegleiter, über die CFL-App, an den Automaten an den Bahnsteigen - dieses Angebot wird

zum 1. März erweitert -, auf der Internetseite der CFL sowie telefonisch über das Call Center. Tickets für grenzüberschreitende Zugfahrten können, anders als die Busfahrten, nicht über die mKaart bezogen werden. Monatsabonnements für grenzüberschreitende Zugfahrten sind bei der CFL erhältlich, Jahresabonnements hingegen werden nur von den Eisenbahngesellschaften der jeweiligen Nachbarländer (Deutsche Bahn, SNCF und SNCB) verkauft.

Was passiert mit Einzelfahrschein, die ich noch übrig habe?

Fahrschein, die man bis zum 1. März nicht aufgebraucht hat, laufen ab. Eine Rückerstattung ist nicht vorgesehen.

Wird irgendetwas nicht gratis?

Das Gratisangebot gilt offiziell für sämtliche „vom Staat finanzierten, öffentlichen Verkehrsmittel“. Dazu gehören die Tram, der Eisenbahnverkehr, die RGTR-Busse, die TICE-Busse. Auch die städtischen Busse der AVL werden alle kostenlos, genau wie der Adapto-Bus für Menschen mit einer Behinderung (siehe LW von gestern). Im Sinne der kommunalen Autonomie haben Gemeinden allerdings weiterhin das Recht, eigene, kostenpflichtige Busdienste anzubieten - Rufbusse zum Beispiel bleiben gegebenenfalls kostenpflichtig.

Neue Formen der Kundenbetreuung

Mit der Einführung des kostenlosen öffentlichen Transports zum 1. März schlägt die CFL bei der Passagierbetreuung neue Wege ein. Da fortan nur noch für Fahrten ins Ausland und für die erste Klasse Tickets benötigt werden, werden acht Verkaufsstellen an kleineren Bahnhöfen schließen -

in Wasserbillig, Bettemburg, Petingen, Rodange, Mersch, Ettelbrück, Clerf und Ufflingen.

In Diekirch und Esch/Alzette soll aber weiterhin eine Verkaufsstelle betrieben werden - dies durch Drittanbieter. In Diekirch wird dies die Gemeindeverwaltung sein, in

Esch/Alzette das Bussyndikat TICE. Welche Dienstleistungen an diesen beiden Verkaufsstellen angeboten werden, steht der CFL zufolge aber derzeit noch nicht fest.

Darüber hinaus sind in Ettelbrück und Bettemburg Pilotprojekte zur Schaffung sogenannter Espace d'accueil geplant - feste Punkte, an denen jeweils ein CFL-Mitarbeiter an-

zutreffen sein wird. In Ettelbrück soll es im letzten Trimester 2020 anlaufen, in Bettemburg im September 2021. An den kleineren Bahnhöfen werden die Kunden derweil künftig direkt am Bahnsteig durch sogenannte Agents d'accueil betreut. Diese CFL-Mitarbeiter werden während der Öffnungszeiten an insgesamt elf Bahnhöfen anzutreffen sein.

Luxemburger Wort du 01.02.2020 / page 39

Nahverkehr zum Nulltarif

Luxemburg führt als erstes Land der Welt die kostenfreie Nutzung des Nahverkehrs ein. Die Maßnahme ist ein Baustein in einem milliarden-schweren Programm für nachhaltige Mobilität.

VON NICOLE NAWRATH

Das verkehrspolitische Großprojekt kommt nicht von ungefähr: Luxemburg gehört zu den vier Ländern der Welt mit der höchsten Autodichte pro Einwohner und erstickt nahezu im Stau. Die multimodale Verkehrswende war unumgänglich, um das Land wirtschaftlich weiter auf Wachstumskurs zu halten. „Luxemburg hat eine Reihe grundsätzlicher Probleme bei der Mobilität. Das starke Bevölkerungswachstum und der Anstieg der Arbeitsplätze sorgen für eine wirtschaftlich sehr gute Dynamik, haben der Stadt aber auch den Verkehrskollaps gebracht“, beschreibt Luxemburgs Verkehrsminister François Bausch die Situation. „Wir haben rund 620.000 Einwohner. Hinzu kommen täglich 200.000 Grenzpendler aus Deutschland, Frankreich und Belgien.“ Der Gratis-ÖPNV ab 1. März 2020 ist nur ein Teilaspekt eines milliarden-schweren Investitionsprogramms. Schon heute machen die Fahrgeldeinnahmen mit 41 Millionen Euro im Jahr lediglich 9 Prozent der Ausgaben für den ÖPNV aus, die bei gut 490 Millionen Euro liegen. Der Kostendeckungsgrad aus Ticketverkäufen ist also heute schon ver-

schwindend gering. Wird die Nutzung des Nahverkehrs ab März kostenfrei, finanziert die öffentliche Hand dann zu 100 Prozent den ÖPNV des Landes aus Steuermitteln.

Brennpunkt extremer Pendlerströme

Die Hauptstadt des Großherzogtums hat sich in den letzten Jahrzehnten polyzentrisch entwickelt. Vor 30 Jahren bestand sie vor allem aus der Altstadt, dem Bahnhofs- und Kirchbergviertel. Das Kirchbergviertel ist zum Bankenviertel geworden und stark gewachsen, der Flughafen hinzugekommen. Amazon Europa, EU-Institutionen und zahlreiche Dienstleister siedelten sich an. Mittlerweile verzeichnet Luxemburg sechs wirtschaftliche Zentren, die für Pendler in erster Linie per Auto oder Bus erreichbar sind. Die Hauptstadt des Großherzogtums wurde somit zum Brennpunkt extremer Pendlerströme.

Umfassendes Investitionspaket

François Bausch hat das Verkehrsministerium im Dezember 2013 übernommen. „Für mich gab es von Anfang an nur eine sinnvolle Strategie: Weg von der individuellen Mobilität hin zu multimodalen Konzepten. Es geht nur voran, wenn alle Verkehrsträger intelligent miteinander kombiniert und klimaschonende Verkehrsmittel ausgebaut werden“, erklärt Bausch. „Dabei ist der kostenfreie Zugang zur Mobilität nur ein Baustein. Die Bürger entscheiden sich nicht nur für Bus und Bahn, weil es kostenfrei ist. Sie möchten modern, bequem und schnell

reisen, gute Anbindungen nutzen, Umstiege vermeiden und auf gute Park+Ride-Angebote zurückgreifen.“ Die Ampelkoalition aus Liberalen, Grünen und Sozialdemokraten hat mit der Strategie „Modu 2.0“ ein riesiges Investitionsprojekt aufgesetzt, welches Umwelt und Straßen entlasten soll. „Wir investieren stark in den Schienenverkehr. Dazu haben wir bereits neue Tramstrecken, Bahnhöfe, Brücken, Radschnellwege und Park+Ride-Plätze gebaut“, so Minister Bausch. Bis 2027 investiert Luxemburg 4 Milliarden Euro in die Eisenbahn, verdoppelt die Hauptstrecke zwischen der Hauptstadt und der französischen Grenze, vergrößert und renoviert viele Bahnhöfe und schafft neue Bahnhöfe. „Mit 600 Euro für die Schiene pro Einwohner und Jahr ist Luxemburg Spitzenreiter in der Europäischen Union. Wir investieren pro Kopf fast doppelt so viel wie das Bahnland Schweiz mit 365 Euro und achtmal so viel wie Deutschland, das auf 77 Euro je Einwohner kommt“, betont der Minister. Luxemburg setzt nahezu zu 100 Prozent auf Elektromobilität und speist den öffentlichen Nahverkehr mit grünem Strom.

„Den Vorwurf, die Maßnahmen würden Luxemburg als dem reichsten Land Europas leichtfallen, hören wir oft“, so Bausch. „Aber wir investieren in öffentliche Strukturen und den Umweltschutz und verteilen das Geld nicht anderweitig in Form von Steuergeschenken an die Bevölkerung.“ Bei der Stärkung des öffentlichen Verkehrs denken die Luxemburger über Grenzen hinaus. Sollte ein deutlicher Umstieg auf den öffentlichen Verkehr gelingen, wäre das eine Entlastung für das Land und ein Signal für andere Nationen in Europa, die Verkehrswende weiter voranzutreiben.

Luxembourg für lau

Vom 1. März an ist der öffentliche Transport in ganz Luxemburg gratis. Davon profitieren nicht nur die Einheimischen, sondern auch entdeckungsfreudige Besucher des Großherzogtums.

Von Rob Kieffer

Preiswertes findet man nicht viel in Luxemburg, Kostenloses noch weniger. Doch jetzt überrascht das Großherzogtum mit einer Ausnahme, die international Schlagzeilen macht: Als erstes Land der Welt bietet Luxemburg vom 1. März an den öffentlichen Transport mit Bahn, Bus und Tram gratis an. Ausgenommen ist lediglich die erste Klasse in der Bahn. Von der Regierung wird die Initiative als soziale Maßnahme für einkommensschwache Haushalte gepriesen. Doch hintergründig geht es darum, den Nahverkehr attraktiver zu machen, um die heillos verstopften Straßen zu entwirren. Sie werden nicht nur von den 614 000 Einwohnern des Landes genutzt, sondern Tag für Tag auch von zweihunderttausend größtenteils autofahrenden Pendlern aus Deutschland, Belgien und Frankreich, die in luxemburgischen Banken, Bäckereien, Krankenhäusern und Modeboutiquen arbeiten.

Das Gratisangebot richtet sich nicht nur an Einheimische und Berufstätige, sondern auch an Besucher, die jetzt ohne Anstehen am Fahrscheinschalter bequem und kostensparend durch Luxemburg reisen können. Schon zu touristischen Attraktion geworden ist die erst vor zwei Jahren eröffnete Tram in der Hauptstadt. Das erste Teilstück führt durch das moderne, boomende Viertel Kirchberg. Dort, wo sich einst nur Kohlkopffelder ausdehnten, ragen heute von kühner Architektur geprägte Finanzhäuser und EU-Verwaltungen sowie die neue Nationalbibliothek, ein Multiplexkino, ein Einkaufszentrum und ein Sportkomplex in die Höhe, aufgelockert von etlichen After-Work-Bars. Die Tramlinie beginnt beim Messegelände Luxexpo gleich

neben einer zwanzig Meter hohen Stahlinstallation von Richard Serra. Bekannte Künstler und Architekten haben auch den restlichen Kirchberg geprägt. Wer an der Haltestelle Philharmonie aussteigt, hat es nicht weit bis zum Konzerthaus von Christian de Portzamparc mit seinen mehr als achthundert schneeweißen Säulen an der Außenfassade. Nur wenige Schritte sind es bis zum Mudam, dem von Ieoh Ming Pei geschaffenen und in den alten Festungskomplex Fort Thüngen integrierten Museum für Moderne Kunst.

An der Tram-Station Rout Bréck – Pafendall kann man eine Zeitreise machen. Eine Standseilbahn, ebenfalls ohne Ticket benutzbar, führt vom modernen Luxemburg talwärts in das historische Viertel Pfaffenthal. Es hat seinen Namen von den Klosterbrüdern, die hier früher lebten. Der urwüchsige Stadtteil an den Ufern der Alzette, Heimat der legendenumwobenen Wassernixe Melusina, ist geprägt von gewaltigen Festungsbollwerken, denen Luxemburg einst seinen gefürchteten Ruf als „Gibraltar des Nordens“ verdankte. Auch bahnreisende Touristen dürften das Gratisangebot schätzen. Für sie hat die nationale Bahngesellschaft CFL die Wander- und Radtouren „1000 Kilometer Lëtzebuerg“ ausgearbeitet, die von Bahnhof zu Bahnhof führen. Wer Sightseeing nur aus dem Zugfenster machen möchte, sollte die landschaftlich schönste Strecke benutzen.

Sie führt über Viadukte und durch Tunnels in knapp einer Stunde vom 1859 im neobarocken Stil eröffneten Bahnhof in Luxemburg bis nach Ulflingen an der Nordspitze. Man durchquert das Eislek – so heißen die Luxemburger Ardennen – mit seinen geheimnisvollen Wäldern, ginsterbewachsenen

Hängen und wilden Wasserläufen. Unterwegs erhebt sich die zweihundert Räume zählende Schlossresidenz der großherzoglichen Familie. Und bei Burscheid thront stolz auf einem Felssporn eine mächtige mittelalterliche Burgruine, die schon von Victor Hugo ehrfurchtsvoll in seinem Reisetagebuch erwähnt wurde. In Clerf ist der Bahnhof nicht weit entfernt vom Schloss, in dem die Fotoausstellung „Family of Man“ untergebracht ist. Der in Luxemburg geborene, im Kindesalter in die Vereinigten Staaten ausgewanderte Meisterfotograf Edward Steichen hatte in den fünfziger Jahren die monumentale Schau zusammengestellt und sie später seinem Heimatland geschenkt. Heute gehört sie zum Unesco-Weltkulturerbe.

Wer mit der Bahn in die Minette fährt, die einst von Eisenindustrie geprägte Südregion, bekommt einen Vorgeschmack auf das Jahr 2022. Dann werden die frühere Industriestadt Esch/Alzette, die umliegenden Gemeinden sowie einige französische Grenzorte Kulturhauptstadt Europas sein. Futuristisch ist bereits der Escher Bahnhof Belval – Université, der sich wie eine Raupe aus Stahl und Glas auf der zu neuem Leben erwachten Industriebranche windet. Die beiden dortigen Hochöfen, die man aufwendig restauriert hat, sind nicht nur Symbole von „Esch 2022“, sondern erinnern auch an die malochenden Stahl- und Grubenarbeiter, darunter viele Einwanderer, denen das kleine Land seinen großen Wohlstand verdankt.

Mangels Bahnverbindungen steuern Regionalbusse jeden Winzerort an der Luxemburger Mosel an, die die Grenze mit Deutschland bildet. An der zweieinviertzig Kilometer langen Weinstraße zwischen dem Europadorf Schengen und dem Tankstellenort Wasserbillig tragen die Bushaltestellen Namen von Kellereien oder Reblagen: Vinsmoselle, Caves Saint-Martin, Häremillen, Gëllebour. Von Frühjahr bis Spätherbst findet hier fast jedes Wochenende ein Fest statt, das Crémant-Schaumwein, Riesling, Pinot noir und Auxerrois huldigt. Wer dann auch nur eine Auswahl der vielen exzellenten Premier-Cru- und Cuvée-Lagen degustiert hat, tut gut daran, mit dem Bus heimzukehren – und dies nicht allein, weil die Fahrt nun nichts kostet.

Informationen über die öffentlichen Verkehrsmittel in Luxemburg erhält man bei der Mobilitätszentrale, Telefon: 00 352/24 65 24 65, www.mobiliteit.lu. Der CFL-Wander- und Radwegführer „1000 km Lëtzebuerg“ ist auf Deutsch, Französisch und Englisch erschienen und kann beim Verlag Guy Binsfeld bestellt werden (www.editions-guybinsfeld.lu). Man findet die Tourenvorschläge mit herunterladbaren Geodaten auch im Internet unter www.visitluxembourg.com/de/erleben/natur-ausfluge.

Luxembourg

Gratis zusteigen

Luxemburg erstickt im Stau, von 1. März an sind sämtliche Eisenbahnen, Trams und Busse kostenlos.

Kann das Modell ein Vorbild sein, um die Verkehrsprobleme in deutschen Städten zu lösen?

VON KAROLINE META BEISEL
UND MARCO VÖLKLEIN

Bescheidenheit scheint den Menschen in Luxemburg fremd zu sein: „Wie die Entdeckung der Schwerkraft!“, „Wie die Erfindung des Rades!“, oder auch: „Wie die Ankunft des Internets!“ Selbst mit dem ersten Schritt auf dem Mond vergleichen die Luxemburger auf einer für diesen Anlass eigens aufgesetzten Internetseite jene Reform, die vor einem guten Jahr angekündigt wurde, und in gut einer Woche tatsächlich umgesetzt wird: Von 1. März an ist der öffentliche Verkehr in Luxemburg kostenlos, und zwar nicht nur der Nahverkehr: Egal ob Eisenbahn, Bus oder Straßenbahn – Einheimische wie Touristen müssen künftig keine Fahrtscheine mehr lösen. Nur das Taxi und die erste Klasse kosten dann noch Geld.

Die Ankündigung sorgte vor einem Jahr auch deswegen für so viel Aufsehen, weil sie so gut in unsere Zeit zu passen scheint: Auf der ganzen Welt diskutieren Eltern mit ihren schulstreikenden Kindern und Politiker mit Umweltverbänden darüber, wie der CO₂-Ausstoß gesenkt werden kann. Autoabgase machen in Deutschland ein Fünftel der gesamten CO₂-Emissionen aus, der Verkehrssektor kam – anders als die Industrie oder die Energieerzeugung – zuletzt kaum voran beim Thema Absenkung der Emissionen. Weniger Autos und mehr öffentliche Verkehrsmittel könnten also zumindest einen Teil dazu beitragen, den Ausstoß des klimaschädlichen Gases einzudämmen. Zumal in Luxemburg, wo der Stau sozusagen zum Straßenverkehr dazugehört: Während Autopendler in Deutschland im Durchschnitt mit 50 Kilometern pro Stunde zur Arbeit fahren, liegt der Wert in Luxemburg bei Tempo 22.

Umso erstaunlicher ist, dass Luxemburgs Verkehrsminister François Bausch gar nicht damit rechnet, dass die Leute ihr Auto nun stehen lassen, um gratis mit dem Bus zur Arbeit zu fahren. „Wir glauben nicht, dass die Maßnahme eine große Mentalitätsänderung bewirken wird“, sagt seine Sprecherin Dany Frank. Dementsprechend ist auch das Echo auf die Reform in den nationalen Medien: Wenn der öffentliche Verkehr nun kostenlos werde, sei das „die Antwort auf eine Frage, die niemand gestellt hat“, hieß es beispielsweise vor einigen Tagen in einem Leitartikel in der Zeitung *Luxemburger Wort*. Was aber ist dann die richtige Frage?

„Wenn die Leute die Möglichkeit hätten,

auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen, dann würden sie es längst tun“, sagt Jean-Claude Juchem. Er ist der Direktor des Luxemburger Automobilklubs (ACL), der sich aber ausdrücklich nicht nur als ein Klub für Autofahrer versteht, sondern seit einem Jahr auch Pannenhilfe für Fahrräder anbietet – auch hier ist der Wandel also angekommen. Juchem fragt: „Warum werden nicht erst die Strukturen verbessert?“ Die Züge seien viel zu voll und oft verspätet, außerdem fehlten wichtige Querverbindungen. „Der Verkehrskollaps ist jeden Tag da“, sagt er. Und daran werde sich erst einmal nichts ändern, nur weil der auch bisher schon relativ günstige öffentliche Verkehr von März an gar nichts mehr koste.

Interessanterweise sieht man die Lage im Verkehrsministerium ähnlich. „Der Umstieg vom privaten auf den öffentlichen Verkehr wird nur gelingen, wenn das öffentliche Angebot auch qualitativ einen Quantensprung macht“, sagt Frank. Genau dieser Quantensprung soll nun kommen: Durch die Verlängerung des Tramnetzes etwa oder durch eine neue Trasse für den Eisenbahnverkehr. Auch die Autobahn A3 im Süden des Landes wird ausgebaut – auf der neuen dritten Spur sollen künftig in Spitzenzeiten nur Busse und Fahrgemeinschaften fahren dürfen.

Verkehrsminister Bausch wirbt gerne damit, dass Luxemburg 600 Euro pro Jahr und Einwohner in das Schienennetz investieren will, seiner Rechnung zufolge ein Vielfaches dessen, was Deutschland in Gleise, Stellwerke, Brücken, Weichen und Signale steckt. Nachdem zuvor 20 Jahre so gut wie gar kein Geld in die Infrastruktur geflossen sei, sei das aber nun auch dringend notwendig, sagt ACL-Chef Juchem.

Hinzu kommt, dass das Problem mit den endlosen Staus künftig eher noch größer werden dürfte – einfach weil die Menge der Pendler steigt. Einer Studie des Luxemburgischen Wirtschafts- und Sozialrats zufolge pendeln bereits jetzt 43 Prozent der Arbeitskräfte jeden Tag aus dem benachbarten Ausland nach Luxemburg – wenn man so will, kommt die Wirtschaftskraft jeden Morgen mit dem Auto ins Land. Aber Luxemburg altert rapide, sodass der Anteil an sogenannten Grenzgängern der Studie zufolge sogar noch steigen dürfte. Zwar werden zum 1. März auch die Preise für grenzüberschreitende Fahrten erheblich günstiger, an der Qualität des Netzes ändert das aber noch nichts. „In Luxemburg sind auch die Schulbücher gratis, aber deswegen sind wir noch lange nicht

besser im Pisatest“, kommentiert Juchem.

In Deutschland beobachten viele das Vorgehen der Luxemburger mit großem Interesse. Vor allem aus dem Lager der Linkspartei ist der Ruf nach einem kostenlosen Nahverkehr immer wieder zu vernehmen, Vertreter vieler anderer Parteien begeistern sich zumindest immer öfter für die Idee einer 365-Euro-Jahreskarte, wie es sie seit einigen Jahren in Wien gibt. Frei nach dem Motto: „Bus und Bahn fahren für nur einen Euro pro Tag.“ Auch das wäre gegenüber dem Status quo zumindest eine deutliche Absenkung der Fahrpreise.

Die allerdings müsste, ähnlich wie in Luxemburg, über Steuermittel finanziert werden. Allein in München würde die Umsetzung des 365-Euro-Jahrestickets nach dem Wiener Modell einer ersten groben Schätzung zufolge einen jährlichen Staatszuschuss von mehreren Hundert Millionen Euro nötig machen, ein Gratis-ÖPNV würde bundesweit nach Branchenschätzungen etwa 13 Milliarden Euro kosten. Kritiker sagen daher: Das viele Geld sollte besser in den Bau neuer Strecken, die Anschaffung neuer Fahrzeuge und die Beschäftigung weiterer Fahrerinnen und Fahrer fließen, um das Netz zu erweitern und die Taktung bei den Bussen und Bahnen zu verbessern. Die Verfechter des Gratis-Modells entgegnen: Wer die Verkehrswende wolle, der müsse eben beides machen – das Angebot ausbauen *und* das Tarifniveau deutlich absenken. So wie in Luxemburg.

Dort werden sie den großen Tag kommende Woche laut begehnen: Den ganzen Tag über spielen Bands in den Bahnhöfen, um dann am Abend gemeinsam zur großen Party im Tram-Betriebshof zu fahren. Natürlich kostenlos mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, also fast „wie bei der ersten Weltreise“ oder beim „ersten Flug mit einem Flugzeug“, wie es auf der Werbeseite im Internet heißt. Ob man mit der Kampagne nicht doch ein bisschen übertrieben hat? „Wir meinen das eher mit einem Augenzwinkern“, sagt Ministeriumssprecherin Frank. „Wir hätten nicht gedacht, dass das, was wir hier machen, plötzlich die Menschen auf aller Welt interessiert.“

Ausbau der Infrastruktur

Auch die Autobahn kriegt eine zusätzliche Spur – reserviert für Busse und Fahrgemeinschaften

„Ein Laboratorium für Mobilität“

Luxemburg führt morgen als erstes Land der Welt den kostenlosen öffentlichen Transport ein

Von Diane Lecorsais

Luxemburg. R&B, Hip-Hop, Tanz- einlagen und schicke Filmchen über das multimodale Verkehrsangebot in Luxemburg – die Botschaft, die das Mobilitätsministerium gestern vermitteln wollte, ist klar: Die öffentlichen Verkehrsmittel in Luxemburg sind nicht nur in Zukunft gratis, sondern sie werden auch immer moderner, performanter und qualitativ hochwertiger. Rund 60 Medienvertreter aus dem In- und Ausland waren zur Pressekonferenz im Tramdepot in Kirchberg akkreditiert – jenem Ort, zu dem morgen auch die Bürger geladen sind, um den Auftakt des Gratistransports gebührend zu feiern (siehe Kasten).

Einen Tag früher als geplant – schon zum morgigen 29. Februar – wird Luxemburg als erstes Land der Welt den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr einführen. Ein Schritt, den Mobilitätsminister François Bausch gestern nochmals eingehend erklärte. „Die Regierung möchte, dass Luxemburg in Sachen Mobilität ein Laboratorium wird“, so Bausch. Mobilitätsprobleme gebe es auf der ganzen Welt, insbesondere im urbanen Raum, und überall suche man nach Lösungen. „Luxemburg bietet sich perfekt an, um Experimente durchzuführen“, so der Minister mit Verweis auch auf die zahlreichen Pendler, die sich täglich nach Luxemburg begeben.

Geringe Kostendeckung

Auch das Gratisangebot sei als solches zu betrachten. Der Kostendeckungsgrad bei den Bussen liege heute bei lediglich sechs Prozent, bei der Bahn sind es zehn. Die Tarife in Luxemburg gehörten derweil zu den günstigsten in Europa. „Das, was nun wegfällt, macht somit nur einen kleinen Teil des Gesamtkostenpunkts aus.“ In Euro bedeute dies für den Staat 41 Millionen Euro Mehrausgaben – hinzu kommen 16 Millionen Euro, die die Stadt Luxemburg durch den Wegfall der Ticketeinnahmen zusätzlich aufbringen muss. „Es ist nicht so, als ob dies keine nennenswerte Summe sei. Aber im Vergleich zu jener, die wir in das öffentliche Verkehrsnetz investieren, ist sie gering.“

Gratis bedeute aber natürlich nicht wirklich gratis. „Wenn ich sage Gratistransport, dann heißt das natürlich nicht, dass niemand mehr bezahlt“, so Bausch. „Der Transport wird über Steuergelder finanziert. Wir finden das insofern gerechter, als dass diejenigen, die hoch besteuert werden, auch einen größeren Anteil beisteuern als jene mit geringem Einkommen.“ Demnach sei es auch als soziale Maßnahme zu begreifen.

Das Gratisangebot gilt für sämtliche öffentlichen Verkehrsmittel – Bus, Zug und Tram. Auch Grenzgänger profitieren, da der Luxemburger Anteil bei den grenzüber-

schreitenden Fahrten wegfällt. Kostenpflichtig bleibt lediglich die erste Klasse im Zug. Was das Personal angeht, unterstrich der Minister: „Ich bin ein absoluter Gegner von leeren Zügen und Bahnhöfen. Das Personal erhält andere Aufgaben, um Dienst am Kunden zu leisten – ihn zu beraten, für Sicherheit zu sorgen und sich auf seine wichtigste Mission, den Service au client, zu konzentrieren.“

Klare Ziele bis 2025

Der Minister betonte einmal mehr, dass es sich bei der Einführung des Gratistransports lediglich um einen Aspekt von vielen handele, und verwies auf die Mobilitätsstrategie Modu 2.0 für die kommenden Jahre, die „ein riesiges Investitionsprogramm“ vorsehe. Die Ziele darin sind klar: 20 Prozent mehr Passagiere sollen bis 2025 mit den öffentlichen Verkehrsmitteln transportiert werden. Parallel dazu müsse sich aber auch beim Autoverkehr etwas ändern. „Jeden Morgen fahren 250 000 leere Autositze durch die Landschaft“, so Bausch. Im Schnitt ist jedes Auto heute mit nur 1,2 Personen besetzt – künftig soll diese Zahl auf 1,5 steigen. Schließlich müsse das öffentliche Verkehrsangebot viel attraktiver gestaltet werden als heute.

Allein in den Zugverkehr investiere der Staat zwischen 2018 und 2027 fast vier Milliarden Euro. Im europäischen Vergleich liegt Luxemburg mit 600 Euro pro Ein-

wohner und Jahr somit auf dem ersten Platz. Zum Vergleich: In der Schweiz sind es 378 Euro, in Deutschland 64. All das spiegele sich auch in den Nutzerzahlen wider. Bei der CFL sei die Zahl der Passagiere binnen 15 Jahren um 70 Prozent gestiegen. Die Investitionen ins Tramnetz und den Busverkehr kommen noch hinzu. Neben der Erweiterung der Tramstrecke wird derzeit das komplette RGTR-Busnetz überarbeitet.

Bewusstsein schaffen

Auch Bürgermeisterin Lydie Polfer brachte die Herausforderung in Sachen Mobilität mit Zahlen auf den Punkt: „Die Hauptstadt macht zwei Prozent der Gesamtfläche des Landes aus. Die Hälfte davon sind Grünflächen und Wälder. Auf dem anderen einen Prozent der Fläche leben 20 Prozent der Einwohner. Auf ihr befinden sich aber auch 40 Prozent der Arbeitsplätze. All das erklärt, warum jeden Tag über 200 000 Pendler in die Hauptstadt kommen.“ Eine Entwicklung, die sich in den vergangenen zehn bis 15 Jahren noch beschleunigt habe. „Wir müssen uns dieses Problems gemeinsam annehmen“, so Polfer. Vom Gratisangebot erwarte man sich, ein Bewusstsein bei den Menschen herbeizuführen, „dass sich manches ändern muss“ – um auch in Zukunft eine hohe Lebensqualität zu bieten.

Konzerte, Elektrobusse und mehr

Unter dem Motto #freemobility wird der Gratistransport am Wochenende landesweit gefeiert. Los geht es bereits morgen Mittag mit Konzerten an den vier Bahnhöfen Belval-Universität, Gare centrale, Pfaffenthal-Kirchberg und Ettelbrück. Ab 18 Uhr und bis Mitternacht steht dann ein großer Konzertabend im Neien Tramsschapp (Centre de remisage et de maintenance) in Kirchberg auf dem Programm, bei dem zahlreiche

Künstler auftreten.

Auch die Stadt Luxemburg möchte den Auftakt des Gratistransports gebührend feiern – dies mit dem „Starter Mobilitätsdag“ am Sonntag. Von 11 bis 16 Uhr sind im Stadtzentrum demnach zahlreiche Events geplant, darunter eine Rallye, Konzerte, Infostände und mehr. So werden etwa

auf der Place d'Armes Elektrobusse ausgestellt, der Infobus wird vor dem Cercle Cité Halt machen, in der Leitstelle der städtischen Busse AVL in Hollerich finden Führungen statt und der Tramsmuseum (62, Rue de Bouillon) öffnet an diesem Sonntag ausnahmsweise seine Türen.

Weitere Informationen:

► www.mobilitegratuite.lu
www.vdl.lu

Grenzerfahrung

Täglich pendeln Luxemburger von ihrem Wohnort in der Großregion zur Arbeit ins Großherzogtum

Luxemburg. Tausende Grenzgänger, strömen täglich aus Belgien, Deutschland und Frankreich nach Luxemburg, um dort ihrer Arbeit nachzugehen. Unter diesen Pendlern befinden sich auch immer mehr Menschen mit luxemburgischer Nationalität. Ihren Wohnungsort verlegen nämlich immer mehr Luxemburger ins grenznahe Ausland, wohl vor allem wegen der dort herrschenden Immobilienpreise. Ihrer Arbeit gehen sie aber nach wie vor in ihrer früheren Heimat nach, sind die Löhne hier-

zulande doch wesentlich höher als in den Nachbarländern.

Neben den niedrigeren Wohnungskosten gibt es aber noch einen anderen Grund, weshalb die Zahl der im Ausland lebenden Luxemburger in den letzten Jahren stark gestiegen ist. Vor allem in Belgien haben nämlich seit 2012 viele Menschen von der Möglichkeit des Recouvrement profitiert, um die luxemburgische Nationalität anzunehmen.

MaH

Von der neuen in die alte Heimat

Tausende Luxemburger überqueren täglich die Grenze, um im Großherzogtum zu arbeiten

Von Marc Hoscheid

Laut dem Migrationsbericht der OECD kommen in Luxemburg auf 100 einheimische Arbeitnehmer fast 66 Grenzgänger und entsendete Arbeitskräfte. Eurostat zufolge kamen 2018 täglich 180 000 Menschen aus den drei Nachbarländern zum Arbeiten nach Luxemburg, davon wohnen 88 000 in Frankreich, 52 000 in Deutschland und 40 000 in Belgien. Der Statec geht sogar von 192 000 Grenzgängern aus.

Oft gerät dabei in Vergessenheit, dass ein gar nicht so kleiner Anteil der Grenzgänger Luxemburger sind. Diese haben sich wohl zumeist wegen der niedrigeren Immobilienpreise jenseits der Grenze niedergelassen und kommen jeden Tag ins Großherzogtum, um ihrer Arbeit nachzugehen. Hinzu kommen jene Personen, die von Luxemburg in die grenznahen Regionen der Nachbarländer gezogen sind und auch dort arbeiten.

2016 lebten 16 662 Luxemburger in der Großregion

Wie viele Luxemburger im Jahr 2019 in den vier Nachbarregionen, Lothringen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Wallonien lebten, ist nicht bekannt, da nur die Zahlen von Rheinland-Pfalz und Wallonien vorliegen. Während im Süden Belgiens 2 952 Luxemburger lebten, waren es im deutschen Bundesland 8 925.

2018 waren es in Rheinland-Pfalz noch 8 200 und in Wallonien 2 871 Personen mit luxemburgischem Pass gewesen. Im Saarland lebten vor zwei Jahren 4 055 Luxemburger. Das letzte Jahr, für das die Zahlen aus allen vier Regionen vorliegen, ist 2016. Dies liegt daran, dass Lothringen, das bis dahin eine eigenständige Region gewesen war, zum 1. Januar im Rahmen der französischen Territorialreform Teil der wesentlich größeren Region Grand Est wurde. Dort wohnten damals 2 999 Luxemburger, in der gesamten Großregion lebten damals 16 662 Luxemburger.

Besonders beeindruckend ist der Anstieg von Menschen mit luxemburgischer Nationalität im rheinlandpfälzischen Landkreis Trier-Saarburg. Waren es 1990 nur

237, so lebten dort 2018 bereits 3 635 Luxemburger. Dies entspricht einem Anstieg von etwas mehr als 1 400 Prozent. In demselben Zeitraum stieg die Gesamtbevölkerung von 128 966 auf 148 945, was lediglich einer Steigerung von rund 15 Prozent entspricht.

Beim Blick auf die Pendler mit luxemburgischer Nationalität fällt auf, dass die Zahlen je Nachbarland sich nicht großartig voneinander unterscheiden. Zum Stichtag am 29. März waren es 2019 3 520 aus Belgien, 3 320 aus Deutschland und 3 090 aus Frankreich, zusammengerechnet also 9 930, was in etwa der Einwohnerzahl der Gemeinde Ettelbrück entspricht.

In allen drei Fällen hat sich die Zahl in den vergangenen Jahren deutlich erhöht, besonders in Belgien und Frankreich. So waren es im Jahr 2012 gerade einmal 980 luxemburgische Pendler aus Belgien und nur 890 aus Frankreich. Das bedeutet eine Verdreifachung innerhalb von sieben Jahren. Aus Deutschland waren es 2012 noch 1 790 Pendler gewesen.

Dieser starke Anstieg lässt sich wohl auch damit erklären, dass vor allem viele Belgier von der in Artikel 89 des Nationalitätengesetzes festgeschriebenen Prozedur des Recouvrement profitiert haben. Jede Person, die im Jahr 1900 einen luxemburgischen Vorfahren hatten. Diese Maßnahme läuft Ende dieses Jahres aus.

Anders wäre es nicht zu erklären, dass die Zahl der luxemburgischen Grenzpendler mit 3 520 über jener der in ganz Wallonien lebenden Luxemburger liegt. Besitzt eine Person sowohl die belgische als auch die luxemburgische Nationalität wird sie von den belgischen Behörden als Belgier geführt, während vom Statec eine Person mit luxemburgischer und anderer Nationalität nur einmal als Luxemburger gezählt wird. Kurioserweise gibt es aber eine Statistik, wie viele Menschen, die in Wallonien leben in Luxemburg geboren wurden. Zum 1. Januar waren dies 11 318 Personen, 8 333 davon haben die belgische Nationalität.

Auch in Deutschland und Frankreich wird nicht spezifisch erfasst, wie viele Menschen über

die doppelte Nationalität verfügen. Personen, die neben der deutschen oder französischen noch über eine weitere Nationalität verfügen, werden als Deutsche respektive Franzosen erfasst. Personen nur mit fremder oder ungeklärter Staatsangehörigkeit sowie Staatenlose gelten als Ausländer.

Unterschiede bei den Wirtschaftsbereichen

Das bedeutet, dass die Zahl der Menschen mit luxemburgischer Nationalität in der Grenz- respektive Großregion höher ist als offiziell bekannt, jedoch nicht jeder luxemburgische Pendler aus finanziellen Gründen zuvor ausgewandert ist. Bedacht werden muss auch, dass eine Dunkelziffer von Personen existiert, die zwar im Ausland leben, aber offiziell im Großherzogtum gemeldet sind, beispielsweise damit ihre Kinder hiesige Schulen besuchen können.

Interessant ist auch, wie sich die luxemburgischen Pendler je nach Land auf die verschiedenen Wirtschaftszweige verteilen. So arbeiten 820 „deutsche“ Pendler in der öffentlichen Verwaltung, was die größte Gruppe darstellt. Auf Platz zwei folgen jene Menschen, die im Gesundheits- und Sozialbereich arbeiten mit 520 Beschäftigten. Eng beieinander liegen die artverwandten Bereiche des Handels sowie der Autoreparatur mit 380 und des Transports mit 370 Angestellten.

Die Pendler aus Belgien und Frankreich verteilen sich ziemlich ähnlich. Mit 560 respektive 480 arbeiten die meisten Grenzgänger aus Frankreich im Bereich Handel sowie Autoreparatur. Auch im Finanzbereich sind beide Gruppen gut vertreten. Mit 510 respektive 400 Beschäftigten handelt es sich jeweils um den zweitstärksten Sektor.

- Wie viele
- Luxemburger im Jahr 2019 in den vier Nachbarregionen, Lothringen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und

Wallonien lebten, ist nicht bekannt.

- Interessant ist,
- wie sich die luxemburgischen Pendler je nach Land auf die verschiedenen Wirtschaftszweige verteilen.

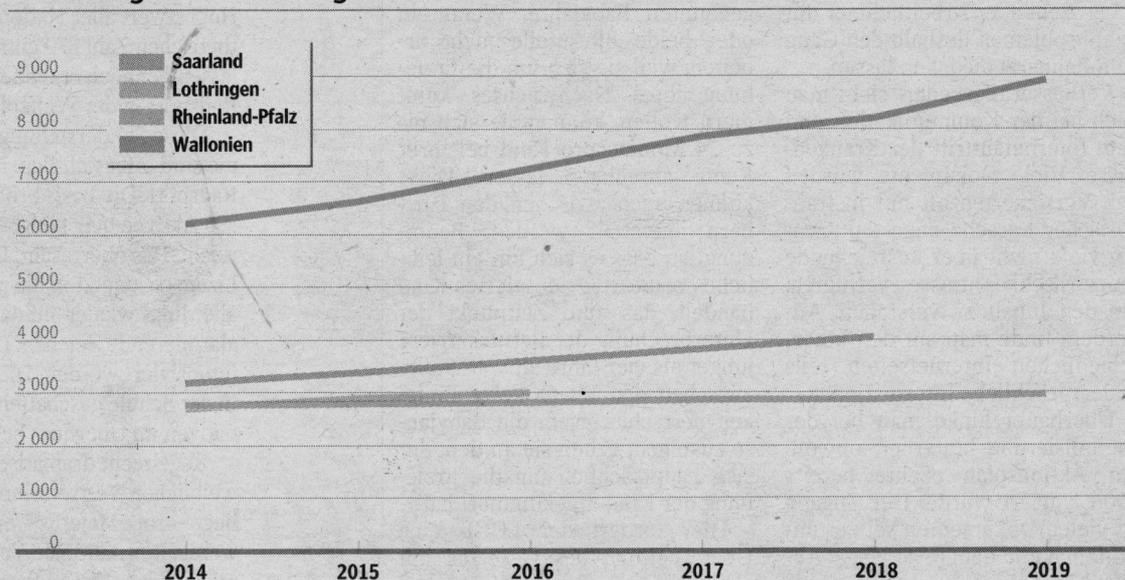
Grande Région

Luxemburgische Pendler insgesamt

Wirtschaftsbereich	2015	2016	2017	2018	2019
A - Landwirtschaft, Waldbau und Fischerei	10	20	20	30	30
B - Grundstoffindustrie	0	0	0	0	0
C - Herstellende Industrie	520	590	670	750	810
D - Produktion und Verteilung von Elektrizität, Gas, Wasserdampf und konditionierter Luft	30	40	50	50	50
E - Produktion und Verteilung von Wasser, Verwaltung von Abwässern und Müll	10	10	20	30	30
F - Bau	370	430	500	620	710
G - Handel sowie Reparatur von Automobilen und Motorrädern	770	890	990	1 190	1 420
H - Transport und Lagerung	380	450	510	580	660
I - Hotellerie und Restaurants	100	120	140	160	220
J - Information und Kommunikation	250	300	360	420	480
K - Finanz- und Versicherungsaktivitäten	600	740	840	970	1 080
L - Immobilienaktivitäten	50	40	50	60	80
M - Spezialisierte Aktivitäten, technisch und wissenschaftlich	420	510	640	760	860
N - Administrative Aktivitäten	230	280	350	410	500
O - Öffentliche Verwaltung	840	940	1 010	1 110	1 250
P - Bildung	50	50	60	80	90
Q - Menschliche und soziale Gesundheit	690	770	950	1 130	1 340
R - Kunst	40	40	50	50	60
S - Andere Serviceaktivitäten	90	90	110	140	180
T - Aktivitäten von Haushalten, die als Arbeitgeber auftreten, sowie Produktion von Haushalten für den Eigenbedarf (Produkte und Dienstleistungen)	40	40	30	50	50
U - Extraterritoriale Aktivitäten	0	10	10	10	10
Z - Nicht definiert	20	20	10	20	20
Total	5 510	6 380	7 370	8 620	9 930

Quelle: Ministère de la Sécurité Sociale, 2019

Luxemburger in der Großregion



Quelle: Ministère de la Sécurité Sociale, 2019



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

„Wissenschaft ist ein Teil des Alltags“

LERNEN Das Science Center in Differdingen feiert Erfolge

Yves Greis

Seit 2017 hat das Science Center geöffnet. Schüler aus dem In- und Ausland reisen in Bussen an, um Wissenschaft hautnah zu erleben. Auf seinem Erfolg will sich das Zentrum aber nicht ausruhen, wie Nicolas Didier, der Initiator der Einrichtung, erklärt.

„In Luxemburg hat es vorher nie ein Science Center gegeben. Wir mussten uns also die Frage stellen, ob überhaupt ein Interesse an so etwas besteht“, erzählt Nicolas Didier über die Anfänge des Science Center. Dem Zufall wollte man nichts überlassen. Eine Marktstudie wurde erstellt. Dazu musste zuerst ein Vorbild in Europa gefunden werden, um einen Bezugsrahmen zu haben.

Das gesuchte Vorbild fand man in Form des Science Center Technorama in Winterthur in der Schweiz. „Wir haben studiert, welche Besucher sie haben, von wo sie kommen und welchen Weg sie auf sich nehmen. Diese Daten haben wir auf Differdingen übertragen.“ Winterthur liegt in unmittelbarer Nähe von einigen großen Städten, darunter Zürich. Differdingen eher nicht.

„Wenn wir aber in Betracht ziehen, dass Menschen einen Weg von zwei Stunden auf sich nehmen, liegen wir gleichauf. Darüber hinaus sind wir sogar besser“, meint Nicolas Didier. So weit liegen einige große Ballungsgebiete in Deutschland entfernt: Köln, Koblenz, Frankfurt und Worms. Die Analyse stimmte die Macher des Zentrums positiv.

„Wir haben schlussfolgert: Wenn Winterthur es fertigbringt, zwischen 250.000 und 300.000 Besucher im Jahr anzulocken, dann müsste das bei uns auch möglich sein. In der gesamten Großregion haben wir keine Konkurrenz“, so Didier weiter. Ähnliche Einrichtungen gibt es erst in Brüssel (Technopolis), Paris (Cité des sciences), Amsterdam (NEMO), Pirmasens

(Dynamikum) und Heilbronn (Experimenta).

Von weit angereist

Und tatsächlich kommen die Menschen von so weit her nach Differdingen ins Science Center. Es seien sogar schon Schulklassen aus Laval in Frankreich nahe der Bretagne gekommen, erzählt der stolze Chef. Diese Klassen kommen freilich nicht alleine wegen des Science Center, sondern bleiben mehrere Tage lang in Luxemburg.

„Wenn wir uns noch einmal entscheiden müssten, wir würden wieder nach Differdingen kommen“, fährt er fort. „Alles ging besser aus, als wir es uns hätten träumen lassen.“ Einen Grund dafür sieht Didier im Verkehr: „Die Besucher kommen entweder an den Wochenenden oder am Morgen. Am Wochenende ist kein Verkehr und am Morgen fahren die Besucher in die dem Berufsverkehr entgegengesetzte Richtung.“ Das macht den Weg ins Science Center einfacher.

Das Science Center versucht mit seiner Ausstellung und seinen Darbietungen Jung und Alt für die Wissenschaft zu begeistern. Ein großer Teil setzt sich deswegen aus sogenannten „Hands-on-Stationen“ zusammen. Das sind Exponate, an denen Kinder (und Erwachsene) Wissenschaft hautnah erleben und selbst erforschen können. Experimente mit Gewichten, Hebeln und Spiegeln stehen den Besuchern frei zur Verfügung. Wegweiser sucht man hier vergebens. „Selber ausprobieren und selber entdecken“ lautet das Motto.

Eine feste Reihenfolge gibt es nicht. „Kinder finden sich zurecht. Wenn ein Exponat besetzt ist, gehen sie zu dem nächsten und kommen zurück, wenn etwas frei wird.“ Die Besucher sollen sich zuerst mit dem beschäftigen, von dem sie angezogen werden. „Sie sollen hier heimisch werden, das

ist das Wichtigste“, sagt Didier. Die Exponate des Science Center sind Eigenkreationen und von der Wissenschaft inspiriert. Sie sind so gebaut, dass sie einer häufigen Nutzung standhalten.

Roboter und Metall

Darüber hinaus wartet das Gebäude mit einer ganzen Reihe von Räumen auf, die sich unterschiedlichen wissenschaftlichen Bereichen widmen und in denen das Science Center kleinen Gruppen ein Thema vorstellen kann. Mal dreht sich alles um Roboter und Programmieren, mal geht es um Chemie, ein anderes Mal um Metallverarbeitung.

Hinzu kommen Präsentationen in vier verschiedenen Sprachen: Luxemburgisch, Deutsch, Französisch und Englisch. Erklärungen zu den Exponaten stehen darüber hinaus auf Portugiesisch zur Verfügung. „Die meisten Besucher sind Französisch-Muttersprachler“, berichtet Didier. Auch, weil viele Besucher aus Frankreich und Belgien nach Differdingen kommen. Erst danach folgen Luxemburgisch und Deutsch.

Das Science Center richtet sich nicht nur an Menschen, die bereits Wissenschaft-Fans sind. Am schönsten findet es Didier, wenn es gelingt, jemanden, der vorher Mathematik gehasst hat, davon zu überzeugen, dass Mathematik „cool“ ist. Lachend gibt er zu, dass es meistens Erwachsene sind, die so etwas sagen.

„Groussgasmaschinn“

Für diesen Erfolg muss das Science Center etwas tun. „Dieser Tage sind wir dabei, über 7.000 Prospekte an Schulen in Frankreich zu verschicken. Das Gleiche tun wir in Belgien und in Deutschland.“ Von Anfang an sei die Idee gewesen, über die Grenzen von Luxemburg hinauszugehen.

„600.000 Einwohner sind für eine solche Einrichtung doch nicht genug.“

Und das Science Center soll weiter wachsen. Derzeit befindet es sich in einer ersten Phase und wird ausgebaut. Zu guter Letzt sollen ebenfalls Räumlichkeiten auf dem alten Arbed-Werksgelände auf der anderen Straßenseite mit in das Science Center aufgenommen werden. Dort steht auch die „Groussgasmaschin“ und wartet auf Besucher. Zwischen 1940 und 1979 wurden in dieser Maschine Gas aus den Hochöfen verbrannt und in elektrischen Strom umgewandelt. Die Maschine, die ganze 11.000 Pferdestärken hat, wurde vom Kulturministerium zum „Monument na-

tional“ erklärt.

„Die meisten Besucher sind natürlich Leute mit Kindern. Ganz viele davon kommen mehrmals“, sagt Didier. Manchmal seien das sogar Eltern, die ihre Kinder zu Hause unterrichten. Einige Kinder bringen, nachdem sie mit ihrer Klasse da gewesen waren, ihre Eltern ins Science Center.

Bei allen Mühen gibt es aber auch Bevölkerungsgruppen, die das Science Center nicht erreicht. „Eine große Kategorie, die wir nicht erreichen, sind Erwachsene, die keine kleinen Kinder haben.“ Um diese Gruppe anzuziehen, will das Science Center auf Themen setzen, die diese Bevölkerungsschicht interessieren könnte, zum Beispiel Sport, Klimawandel und

Künstliche Intelligenz. „Themen also, die viele Menschen beschäftigen und bei vielen Fragen aufwerfen.“

Eine mögliche Fragestellung wäre zum Beispiel, wie nachhaltig Stahl und Holz beim Bau sind. Damit diesen Besuchern etwas geboten wird, müssen zuerst Exponate gebaut werden. „Es ist wichtig, immer etwas Neues zu bieten. Wir sind ständig dabei, uns weiterzuentwickeln.“

Die Botschaft, die Didier den Menschen mit auf den Weg geben will, ist klar: „Die Leute sollen sehen, dass Wissenschaft und Technologie ein Teil des Alltags sind – nicht nur für Wissenschaftler.“

ANDERTHALB MILLIARDEN FÜR DIE ÖFFENTLICHE FORSCHUNG					
	2018	2019	2020	2021	Gesamt 2018-2021
Initiale Zuwendungen	327,2	344,1	365,5	386,5	1423,3
Zusätzliche Zuwendungen	0	0	7	9	16
Performance-Bonus	0	4,5	7	9	20,5
Gesamt	327,2	348,6	379,5	404,5	1459,8

Überblick über die finanziellen Mittel in den Mehrjahresverträgen zwischen Staat und Uni (776,49 Millionen gesamt), LIST (187,85 Millionen), LIH (151,73 Millionen), LISER (49,41 Millionen), FNR (265,4 Millionen) und ULCC (8,44 Millionen). Der „Performance Bonus“ stammt aus dem EU-Forschungsprogramm Horizon 2020, der die Teilnahme daran stimulieren soll und auch belohnt

Quelle: Hochschul- und Forschungsministerium/Angaben in Millionen Euro

Streben nach der Wissensgesellschaft

Forschungsministerium präsentiert nationale Innovationsstrategie für Luxemburg bis 2030

Von Marc Hoscheid

Bis 2023 will Luxemburg ein Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) in die Forschung und Innovation investieren. Von diesem Ziel ist man laut Hochschul- und Forschungsminister Claude Meisch (DP) allerdings noch ein ganzes Stück entfernt. Bei der Präsentation der nationalen Forschungs- und Innovationsstrategie gab er an, dass 2018 0,65 Prozent des BIP, was 327 Millionen Euro entspricht, in die Forschung geflossen sind. Trotzdem seien die Investitionen zwischen 2018 und 2021 mit 1,5 Milliarden Euro beachtlich. Zudem könne „es nicht das Ziel sein, möglichst viel Geld auszugeben“.

Die Strategie, die während eines Jahres in mehreren Ministerien ausgearbeitet wurde, fußt auf vier Säulen: Transformation der Wirtschaft, personalisierte Gesundheitsversorgung, nachhaltige und verantwortungsvolle Entwicklung sowie Bildungspolitik des 21. Jahrhunderts. Diese unterteilen sich wiederum in 19 Forschungsbereiche, in denen zahlreiche Projekte realisiert werden. Laut Meisch sind viele der in dem Papier enthaltenen Elemente bereits bekannt, sei dies aus der Rifkinstrategie, dem Klimaplan oder anderen Dokumenten.

Forschungsinstitute sollen Autonomie behalten

Am Anfang des Ausarbeitungsprozesses habe die Frage gestanden, wie Luxemburg 2030 aussehen soll. „Das Land hat sich als Wissensgesellschaft gefunden. Diese soll nachhaltig sein, Diversität als eine Chance begreifen und wird wohl noch digitaler werden.“ Bedingt durch seine industrielle Vergangenheit sei Luxemburg bei der Materialforschung schon immer besonders stark gewesen. Hier soll zukünftig vor allem in den Bereichen IT und Kommunikation geforscht werden.

Im Gesundheitswesen sollen künftig mithilfe von Daten Profile der Patienten im Labor erstellt und die Behandlung darauf ausgerichtet werden. Außerdem stelle die Prävention einen wichtigen Aspekt dar. In der Bildung soll mit allen Akteuren daran gearbeitet werden, das E-Learning Realität werden zu lassen. In allen Bereichen soll die ethische Frage nach dem Umgang mit Daten eine Rolle spielen.

Meisch war es wichtig zu betonen, dass die Autonomie der Forschungsinstitute erhalten bleibt. „Die Strategie ist kein Diktat sondern ein Lenkmittel, die Institute sollen frei darüber entscheiden, in

welche Bereiche das Geld fließt.“ Nur auf diese Weise könne die Qualität garantiert werden. „Wir brauchen eine Forschung, die einfach gut und wettbewerbsfähig ist und mit der Forschung quer durch die Welt mithält.“ Dass man dies erreicht habe, bewiesen mehrere internationale Evaluationen.

Ein weiteres Thema bei der Pressekonferenz war die Halbzeitbilanz der Konventionen zwischen Staat und Forschungsinstituten, die aktuell von 2018 bis 2021 laufen. Diese Zwischenbilanz soll eine gewisse Flexibilität ermöglichen. In Bezug auf die Universität Luxemburg war es die Neuigkeit, dass deren Bibliothek auf Belval künftig länger geöffnet und auch am Wochenende zugänglich sein soll. Zudem wird ein Bachelorstudiengang für Musikpädagogik eingerichtet. 2020 und 2021 stehen der Uni 418 Millionen Euro zur Verfügung, 9,6 Millionen Euro mehr, als ursprünglich in der Konvention vorgesehen.

Nicht in diesem Budget enthalten sind die 26 Millionen Euro, die für den neuen Bachelorstudiengang für Medizin vorgesehen sind. Dieser startet im September und wird über eine gesonderte Konvention geregelt.

Leitlinien für das Forschungs-Ökosystem

Nationale Strategie der Forschung und Innovation: vier große Stoßrichtungen

LUXEMBURG

CLAUDE KARGER

Transformation der Industrie und der Dienstleistungen, nachhaltige und verantwortliche Entwicklung, personalisierte Medizin und die Bildung im 21. Jahrhundert: Das sind die Hauptpfeiler der nationalen Forschungs- und Innovationsstrategie, Hochschul- und Forschungsminister Claude Meisch gestern vorstellte, nachdem sie bereits kurz vor Weihnachten vom Regierungsrat gut geheißen wurde.

Im Dienst der Lebensqualität

Vorangegangen waren 2018 eine Überholung der nationalen Forschungsprioritäten durch den „Fonds National de la Recherche“ und eine Konsultierung zwischen April und November 2019 mit den Vertretern von Uni, FNR, den drei öffentlichen Forschungszentren „Luxembourg Institute of Science and Technology“ (LIST), „Luxembourg Institute of Health“ (LIH) und „Luxembourg Institute of Socio-Economic Research“ (LISER), aber auch mit den anderen Ministerien.

Die Zielsetzung lautet wie folgt: „Luxemburg durch das Forschungs-Ökosystem helfen, zum Horizont 2030 die Vision einer diversen und digitalen Gesellschaft des nachhaltigen Wissens zu erfüllen zur Verbesserung der Lebensqualität aller Bürger“.

Anhebung der Initialzuwendungen

„Unser Land hat sich gefunden in der Wissensgesellschaft“, sagte Minister Meisch mit Verweis auf die Entwicklung der Hochschul- und Forschungslandschaft in den letzten Jahren, in die der Staat viel investiert. So erhalten Uni, Forschungszentren, FNR und das neue „Luxembourg Learning Center“ (ULLC) in Belval fast anderthalb Milliarden aus der öf-

fentlichen Hand.

Wobei die Initialzuwendungen nach der Halbzeitüberprüfung für verschiedene Akteure nach oben angepasst wurden. Die Uni kann so in diesem und nächstem Jahr mit 9,65 Millionen Euro mehr rechnen, da sie etwa stärker in die Umsetzung der digitalen Strategie und des nationalen Klima- und Energieplans (PNEC) impliziert wird oder eine Musikabteilung im „Bachelor en Sciences de l'Education“ aufbaut. Auch das LIST hilft mehr beim PNEC und beim „Smart Nation“-Programm, das LIH ist etwa am Aufbau eines Zentrums für die Entwicklung von Lösungen für die ambulante Gesundheitsüberwachung beteiligt, das LISER bekommt zusätzliche Mittel, um etwa seine Ziele in punkto wissenschaftliche Publikationen zu erfüllen und das ULLC für den Ausbau seiner Aktivitäten.

So soll das Zentrum künftig auch sonntags zugänglich sein - und zwar für alle, gelte es doch „die Wissensgesellschaft näher an die Bürger zu bringen“, wie der Minister erklärte. **Nationale Hochschulstrategie in Arbeit**

Gleichsam unterstrich er mehrmals, dass die vier Haupt-Stoßrichtungen der Forschungs- und Innovationsstrategie, die sich in 19 Bereiche untergliedern, die wiederum eine große Anzahl von Projekten begreifen, noch ergänzt werden können, wenn sich neue Entwicklungen ergeben. Ein Koordinationskomitee wacht über die Umsetzung. „Die Strategie gibt eine Guidance vor, lässt aber auch Freiraum“, sagte der DP-Politiker, der noch im ersten Semester des Jahres die dritte Auflage der „Assises nationales de la Recherche“ einberufen will und auch an einer nationalen Hochschulstrategie arbeitet, die auf der Forschungs- und Innovationsstrategie aufbaut. ●

FORSCHUNGSBEREICHE

Einige Prioritäten

Transformation von Industrie und Dienstleistungen: Autonome und intelligente System für Erde und Weltraum, künftige IT- und Satellitensysteme, Materialtechnologie, Blockchain und Modellierung.
Personalisierte Medizin: Modellierung von komplexen biomedizinischen Systemen, Umgang mit Gesundheitsdaten, Verständnis der Mechanismen, die zu Krankheiten führen, Präzisionsmedizin auch unter Berücksichtigung von Umwelt- und Lebenshygiene.
Bildung des 21. Jahrhunderts: Lernen in einer mehrsprachigen und multikulturellen Gesellschaft, Chancengleichheit, Lernumfelder und innovative Lernmethoden, „Lifelong Learning“ und Kompetenzenförderung oder Umschulung bei Erwachsenen.
Nachhaltige und verantwortliche Entwicklung: Energieeffizienz, Kampf gegen Klimawandel, grüne Finanz, Zirkular- und Sharingwirtschaft, Migration und gesellschaftliche Kohäsion, reglementarischer und ethischer Rahmen
➤ Mehr: www.mesr.public.lu

WO STEHEN WIR?

Schub für MINT

Das Interesse für Mathematik, Informatik,

Naturwissenschaft, Technik braucht noch mehr Förderung

Sie werden in vielen Sparten händeringend gesucht, und das in den meisten Ländern: Ingenieure. Hunderttausende dieser hochqualifizierten Profile fehlen in Europa und in den Ländern der OECD, während China jährlich so viele Ingenieure ausbildet, wie die OECD-Länder zusammen. Die Nachfrage ist natürlich von Branche zu Branche - ob Maschinenbau, Metalltechnik, Bauwesen oder Informatik... - anders ausgeprägt, angesichts der großen Umbrüche, in denen die Welt steckt dürfte sie aber überall stark zunehmen. Marc Solvi nannte beim 61. „Journée de l'Ingénieur“ am Samstag in der Handelskammer vor allem die Digitalisierung und die Nachhaltigkeit als Treiber der Nachfrage. In der Tat stehen diese sektorübergreifenden Felder, die weit mehr als nur das Berufsleben beeinflussen für den rasanten Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft. Etwas vergleichbares hat die Menschheit bis dato noch nicht erlebt.

Es werden Lösungen in allen Bereichen benötigt - und zwar schnell. Die Fachkompetenz von Ingenieuren wird deshalb an allen Ecken und Enden gesucht. Letztlich auch eine Frage des Wettbewerbs in einer globalen Wissensgesellschaft, die nur durch Innovationspunkten kann. Wie aber bringt man mehr Ingenieure auf den Markt, auch in Luxemburg selbst? Das ist die große Challenge des Bildungssystems, die beim Ingenieurstag allen voran vom zuständigen Minister Claude Meisch erläutert wurde.

Bei mehr Schülern Interesse für die so genannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) erwecken, das hat sich das Ministerium bereits seit vielen Jahren auf die Fahnen geschrieben, wobei Organisationen wie da Vinci, die eine

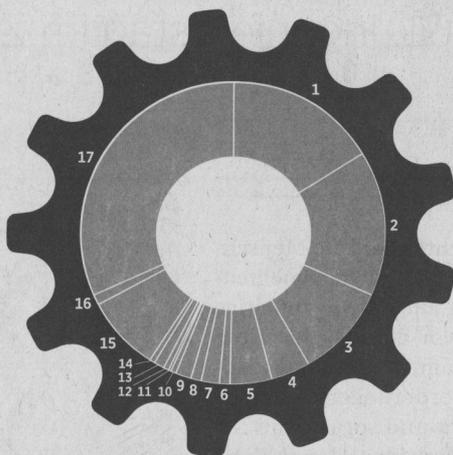
ganze Reihe von Initiativen gestartet haben, um den Kindern Wissenschaft und Ingenieursarbeit näher zu bringen, tatkräftige Unterstützung leisten. Das tun aber auch zahlreiche Unternehmen, die selbst Strategien fahren, um den Ingenieursnachwuchs zu pflegen. Praktika sind dabei enorm wichtig und sei es nur ein paar Tage zum „Reinschnuppern“. Nicht nur Theorie pauken, sondern auch in der Praxis mit Hand anlegen: Die Kombination hat noch immer viel gebracht.

Gut, dass es in den Lyzeen mittlerweile die „Makerspaces“ gibt, in denen Schüler ihre Ideen für IT-Projekte austesten können - ohne sich vor einem Scheitern fürchten zu müssen. Gut auch, dass es Einrichtungen wie das „Luxembourg Science Center“ in Differdingen gibt, wo man die Wissenschaft entdecken kann und Initiativen wie „science.lu“ etwa Wissenschaftsthemen in flotter, jugendgerechter Sprache und angepassten Konzepten rüber bringen.

Hinter die Dinge schauen, mal darüber nachdenken, wer wie erzeugt, was wir jeden Tag nutzen, das ist ein kapitaler Reflex zum Verständnis der Welt - und ein Ansporn dafür, ein eigenes Scherflein dazu beizutragen sie zu verbessern. An dem Angebot wird dauernd gearbeitet, aber die Begeisterung für MINT-Fächer hält sich trotzdem noch zu sehr in Grenzen, nicht zuletzt unserer Meinung zufolge wegen sprachlicher Hürden. Das Interesse für Ingenieursstudien allerdings nimmt auf jeden Fall zu. Von den Studenten, die eine staatliche Beihilfe erhalten schlugen 2018/2019 laut Statistik des Hochschulministeriums 2.696 ein Ingenieursstudium ein, davon 540 Frauen. 2014/2015 waren es noch insgesamt 1.858. Den Absolventen winken auf jeden Fall tolle Perspektiven. CLAUDE KARGER

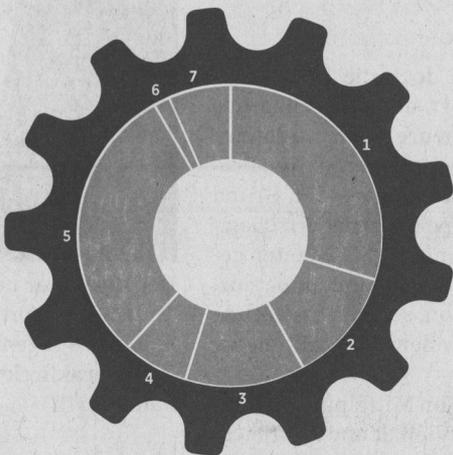
INGENIEURE IN LUXEMBURG

SPEZIALISIERUNGEN



01 Tiefbau	283
02 Elektrotechnik	267
03 Mechanik	174
04 Metallurgie	74
05 Chemie	77
06 Agronomie	19
07 Informatik	32
08 Geometer	21
09 Physik	31
10 Bergbau	6
11 Forst	7
12 Geologie	8
13 Verwaltung & Wirtschaft	22
14 Materialwissenschaften	7
15 Andere (vor allem Studenten)	141
16 Architektur	19
17 Industrie	547

WO SIE STUDIERTEN



01 Deutschland	519
02 Schweiz	211
03 Belgien	222
04 Frankreich	118
05 Andere	522
06 Österreich	32
07 Luxemburg	111

OBEN Von den 1.735 Ingenieuren, die Mitglieder der Vereinigung da Vinci sind, sind 170 im Ruhestand und 145 arbeiten in der Stahlindustrie und 182 im Staatsdienst

UNTEN Wo die Ingenieursmitglieder der da Vinci asbl ihre Studien absolvierten

Quellen: da Vinci, 2017

Philharmonie: „Wir haben eine starke Vision“

Die Philharmonie in Luxemburg verlängert den Vertrag mit Gustavo Gimeno, dem Chefdirigenten des Orchestre Philharmonique bis 2024/25.

VON MARTIN MÖLLER

LUXEMBURG Das Gewicht der Nachricht stand in umgekehrtem Verhältnis zu deren Umfang. Kurz und knapp verkündete Philharmonie-Chef Stephan Gehmacher, der Vertrag mit Gustavo Gimeno als Chefdirigent des Orchestre Philharmonique (OPL) werde um drei weitere Jahre bis zum Ablauf der Spielzeit 2024/2025 verlängert. Mit der Vertragsverlängerung unterstrichen Konzerthaus und Orchester in Luxemburg die bereits mündlich bekundete Zufriedenheit mit dem spanischen Dirigenten.

Die Verlängerung war auch dazu angetan, auf frühere Entscheidungen zurückzublicken. Philharmonie-Präsident Pierre Ahlborn und Kulturministerin Sam Tanson zogen unisono eine durchweg positive Bilanz der fünf Jahre seit Gimeno

Start in Luxemburg 2015. Stolz sei man auf das Orchester, erklärten sie. Gimeno seinerseits bekundete seine Verbundenheit mit dem OPL, aber auch zu Luxemburg, das für ihn neben Amsterdam, wo seine Familie lebt, eine zweite Heimat geworden sei. Zu seiner Zusammenarbeit mit dem OPL sagte er: „Wir haben in den letzten Jahren einen weiten Weg zurückgelegt. Das Orchester und ich, wir haben eine starke Vision gemeinsam – zum Klangideal, zu den Klangmischungen und zur musikalischen Balance.“ Für die Zukunft versprach Gimeno eine vertiefte musikalische Arbeit auch in bislang weniger beachteten Beiträgen. Die Position als Chefdirigent des Toronto Symphony Orchestras wird Gustavo Gimeno zusätzlich anstreben. Bereits im September 2018 war er dazu ernannt worden. Beginnen soll seine Arbeit in Kanada in diesem Jahr 2020.

Den Worten folgten in der Philharmonie alsbald die Taten. Das sich an die Präsentation anschließende Abo-Konzert entwickelte sich zur Demonstration einer relativ neuen orchestralen Kompetenz. Beindruckend, wie flexibel die Musiker des OPL die Solistin Patricia Kopatchinskaja im uraufgeführten

Violinkonzert von Francisco Coll begleiteten. Und dann Bruckners „Vierte“ und damit eine Komposition, die nicht gerade zum Kern-Repertoire des französisch geprägten OPL gehört. Aber Gimeno und seine Musiker haben sich Bruckner Stil hellhörig genähert. Statt sich auf den blechbläserstarken Bruckner-Klang zu verlassen, suchten und fanden sie die Romantik in dieser „Romanischen“. Es ist eine Musik, die mal klingt wie aus der Ferne und sich dann zu überwältigender Präsenz verdichtet. Gimeno gibt der Orchester-Mittellage eine nachdrückliche Präsenz, hebt melodieführende Hornpartien deutlich hervor. Aber weit über solche klangtechnischen Maßnahmen hinaus gelingt es ihm, dem Orchester Spannung, Intensität und den Musikern Begeisterung mitzugeben. Sie spielten wie elektrisiert. Dieser Bruckner Klang nicht sakral abgeblendet und nicht wagnerianisch auftrumpfend, sondern einfach hingebungsvoll – mal wichtig, mal intim und immer ganz nah an der Tonsprache des „Meisters von St. Florian“. Schöner kann ein Konzert eine Vertragsverlängerung nicht ergänzen.

MEINUNG

Nicht Wunder, sondern Strategie

Martin Möller

Es ist eine Entwicklung, die staunen macht. Nach fünf arbeitsreichen Jahren unter Chef Gustavo Gimeno sitzt ein verwandeltes Orchestre Philharmonique auf dem Konzertpodium der Philharmonie. Ein Orchester, das lange Zeit nicht gerade mit

Beweglichkeit und Klangkultur überzeugte, hat sich binnen fünf Jahren deutlich verjüngt und zu einem hoch flexiblen Klangkörper entwickelt. Mehr noch: Wo früher der Eindruck entstand, Orchester-musizieren verstehe man in Luxemburg als Routinesache, ist jetzt hellste Begeisterung dabei. Überdies ist es dem Orchester gelun-

gen, im deutschen Repertoire Fuß zu fassen. All das ist nicht Wunder, sondern Strategie und zweifellos in der Hauptsache Gimenos Verdienst. Und es in Philharmonie-Konzertreihen wie „Grands rendez-vous“ oder „Grands Orchestres“ einzubeziehen, ist ein programmpolitischer Schachzug, der das Luxemburger Orchester an die Seite der großen internationalen Klangkörper stellt. Keine Frage: Genau dahin gehört der Kulturträger eines kleinen, aber wichtigen Landes.

Ein Festival der bunten Vielfalt

Drei Tage multikulturelles Feiern in der Luxexpo. Die Veranstaltung hat im Großherzogtum eine lange Tradition.

Luxemburg (tgbl) Mehr als 30 000 Besucher statteten dem Festival im Vorjahr einen Besuch ab; die Veranstalter hoffen dieses Jahr, die 40 000-Grenze zu knacken. Seit 1981 ist das „Festival des migrations“ ein fester Bestandteil der Volksfestagenda, schreibt das luxemburgische Tageblatt in seiner Online-Ausgabe. Am letzten Februar-Wochenende findet die 37. Ausgabe statt mit Musik, Rundtischgesprächen und viel Kulinarischem.

1981 waren es nur einige vereinzelte Tische, die auf dem Knuedler aufgebaut waren, und die Zahl der Besucher war überschaubar. Inzwischen sind es über 30 000 geworden, die mit anderen Kulturen zusammen feiern wollen. Und vom Knuedler wanderte das Festival über den Escher Brill-Platz, den Glacis, die Victor-Hugo-Halle in die Luxexpo. Im Jahre 2000 wurde dann aus dem „Festival de l’immigration“ das „Festival des migrations, des cultures et de la citoyenneté“, um der kulturellen Seite der Einwanderung Rechnung zu tragen.

Kultur dekliniert sich in vielen Variationen: Feijoada aus Brasilien, Pasta aus Italien oder doch lieber portugiesischen Bacalhau? Wer schon einmal das Festival besucht hat, der weiß, dass das Kulinarische einen wichtigen Teil ausmacht. Ein weiterer angenehmer Weg, um fremde Kulturen kennenzulernen, führt über die Musik, die beim Festival stets einen großen Stellenwert genießt.

Pilon zum Beispiel ist eine Gruppe von jungen kapverdischen Musikern aus Luxemburg, die voriges Jahr sogar ein Album bei einem New-Yorker Label veröffentlichten. Sie sind das musikalische Highlight der Veranstaltung am Samstag, 29. Februar. Am Vortag gibt es ebenfalls

lusophone Musik mit der brasilianischen Sängerin Biah Vascelos sowie mit zwei anderen kapverdischen Musikern aus Luxemburg: Cassandra Lobo & Cay Rodrigues. Von allen Kulturen steht dieses Jahr die kapverdische Kultur etwas im Vordergrund, erklärte Jean-Philippe Ruiz, Direktionsbeauftragter des „Comité de liaison des associations d’étrangers“ und Koordinator des Festivals, am Donnerstag vor der Presse. Die Kapverdier seien die ersten Schwarzafrikaner gewesen, die nach Luxemburg eingewandert seien, und hätten es darum besonders schwer gehabt. Afrikanische Migranten sei man in Frankreich und Belgien wegen der kolonialen Vergangenheit gewohnt gewesen, nicht so in Luxemburg.

Auf 400 Ständen werden fast alle in Luxemburg vertretenen Kulturen und Nationalitäten ihre Kultur vorstellen. Neben gutem Essen und guter Musik ist der Austausch von Ideen ein wichtiger Bestandteil des Festivals. An allen Tagen finden Konferenzen, Rundtischgespräche und Lesungen mit Schriftstellern statt. Und da einer der ältesten literarischen Kunstformen das Märchen ist, werden drei Märchenstunden für Kinder angeboten, zwei am Samstag und eine am Sonntagnachmittag.

Einen ganz außergewöhnlichen Einblick in fremde Kulturen bietet dieses Jahr das Memorial Café der Universität Luxemburg mit Diskussionen um diverse Bestattungsrituale, Rituale, die ganz besonders je nach Kultur und Religion unterscheiden. Vorgestellt und diskutiert werden christlich-orthodoxe und muslimische Rituale sowie solche aus Portugal, Brasilien und von den Kapverdischen Inseln. Apropos Religion: Religion

sei Teil ein jeder Kultur, und hätte deswegen auch ihren Platz bei einem solchen Festival, allerdings sei es kein Ort für Proselytismus, sagt Jean-Philippe Ruiz.

Und es sei auch kein multikulturelles, sondern ein interkulturelles Fest, präzisierte Ruiz. Die Vermischung der verschiedenen in Luxemburg lebenden Kulturen sei die Kernidee des Festivals. Die verschiedenen Kulturen in Luxemburg zeigten hierbei, dass sie nicht nur nebeneinander, sondern miteinander lebten. Der rechtsextremen Theorie des großen Austauschs, der Umvolkung („grand remplacement“), setzt das Festival den „großen Zusammenschluss“ („grand rassemblement“) entgegen. Außerdem seien die vielen Vereinigungen, die das Festival tragen, auch die besten Ansprechpartner, wenn es darum geht, interkulturelle Probleme aus dem Weg zu räumen, und somit Garanten für den interkulturellen Frieden. Bei mehreren Rundtischgesprächen werden auch Themen rund um die Migration angesprochen, so etwa bei der Eröffnungsdebatte am 28. Februar, bei der es um moderne Sklaverei geht.

Obwohl das Festival in der breiten Öffentlichkeit als eine einzige Veranstaltung wahrgenommen wird, sind es drei Festivals, die gleichzeitig am gleichen Ort stattfinden. Neben dem 37. „Festival des migrations, des cultures et de la citoyenneté“ findet auch der 20. „Salon du livre et des cultures“ und die 8. „Artsmanif“ statt, bei denen 64 Schriftsteller präsent sind und 70 Künstler ihre Werke ausstellen werden.

Die drei Festivals finden am 28., 29.2. und am 1.3. in der Luxexpo The Box auf Kirchberg statt. Infos: www.clae.lu.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Campingurlaub auf den letzten Drücker

BILANZ Camprilux über das Jahr 2019 und neue Trends

Olivier Halmes

Campingurlaub in Luxemburg ist sehr beliebt. So lautete das Fazit des luxemburgischen Dachverbandes der Campingbetreiber bei der Jahreshauptversammlung.

Noch lägen keine offiziellen Zahlen des Statistikamts vor, doch während der Hauptsaison sei es sogar zu kurzfristigen Engpässen gekommen, berichtete Camprilux-Generalsekretärin Linda Gedink am Mittwoch in Heinerscheid.

Die sommerlichen Temperaturen hätten zudem zu höheren Umsätzen in den campingeige-

nen Gaststätten geführt. Immer mehr Kunden würden erst auf den letzten Drücker buchen und die Verweildauer auf den Plätzen fiel kürzer aus. Ein paar Tage Ösling, dann runter ins Saarland an die Mosel oder rüber in die Eifel und in die belgischen Ardennen: Immer mehr Touristen würden nun öfter mal die Ortschaften wechseln. Sehr beliebt seien außerdem das sogenannte Glamping und Stellplätze von Wohnmobilen.

Die Holländer und Flamen sind nach wie vor die häufigsten Nutzer der luxemburgischen Zeltplätze. Immer mehr Camper kämen aus Luxemburg

und aus Deutschland. Aktivtourismus wie das Wandern oder Radfahren läge hoch in der Gunst der Besucher.

Ein Bereich, dem sich künftig noch stärker gewidmet werde, sei die Digitalisierung. Dazu gehören neue Buchungssysteme, aber auch Werbung im Internet und ein flächendeckender Wi-Fi-Zugang auf den Plätzen.

Seit vergangenem Jahr steht Florence Kirtz-Bertemes vom Camping Tintesmühle als Präsidentin an der Spitze der Camprilux. Sie hatte die Nachfolge von Roger Hamen angetreten, der den Dachverband 20 Jahre lang geleitet hatte.

Sanfter Tourismus - ganz real

Seit 20 Jahren wird in Luxemburg das EcoLabel für Beherbergungsbetriebe vergeben

LUXEMBURG

LJ

Sanfter Tourismus ist ein großes Schlagwort, doch was kann man sich darunter vorstellen? Gar nicht mehr reisen? Auf vieles verzichten oder nur noch in kargen Herbergen mit Strohbettens unter schlüpfen?

Seit 20 Jahren

In Luxemburg geht man die Sache seit 20 Jahren ganz konkret an. Seit 1999 wird im Großherzogtum das EcoLabel an besonders umweltfreundliche Beherbergungsbetriebe vergeben - unter dem Stichwort nachhaltiger Tourismus. Bisher sind es 42 ganz unterschiedliche Unternehmen, die sich mit dem Label schmücken dürfen. Dazu gehören Hotels, Campingplätze, Jugendherbergen, Gruppenunterkünfte und Hütten (Gites ruraux), die sich alle durch ihre umweltfreundlichen Ansätze auszeichnen. Das EcoLabel entspringt einer Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsministerium, dem Oekozer Pafendall und dem Umweltministerium. Nach zwanzig Jahren seines Bestehens wird es vom Umweltministerium als „auf nationaler Ebene geltendes Referenzlabel“ angesehen. Etwa jeder zehnte Übernachtungsbetrieb in Luxemburg darf sich damit schmücken.

Geburtstagsfeier mit Ministern

Gestern Abend wurde im Oekozer Pafendall die Vergabe neuer Auszeichnungen mit einer Feier zum 20. Geburtstag des EcoLabel kombiniert. Zu den Festrednern

EcoLabel in Gold, Silber und Bronze

In diesem Jahr wurden folgende Betriebe mit den verschiedenen EcoLabel ausgezeichnet:

- Jugendherberge Larochette (Gold)
- Campingplatz Liefrange (Gold)
- Schloss Ursfelt (Gold)
- Hotel-Restaurant Au Vieux Moulin,

- Hotel Melia, Luxemburg (Silber)
- Mercure Kikuoka Golf & Spa, Canach (Silber)
- Misärshaff Jugendzentrum, Arsdorf (Silber)
- Hotel Ibis, Esch Belval (Bronze)

Bed+Bike

Zu den besonders fahrradfreundlichen Beherbergungsbetrieben „Bed+Bike“ sind 2020 neu hinzugekommen:

gehörten Umweltministerin Carole Dieschbourg und Tourismusminister Lex Delles.

Für Carole Dieschbourg ermöglicht das EcoLabel, dass Luxemburg seine ökologische Wettbewerbsfähigkeit in Sachen Tourismus unter Beweis stellen kann. Gleichzeitig erhöht das Land damit auch seine Attraktivität für potenzielle Gäste.

Für Tourismusminister Lex Delles ist das EcoLabel die Folge eines gestiegenen Umweltbewusstseins. Ein Unternehmen, das mit dem Label ausgezeichnet wird steigert seine Attraktivität erheblich. Die Herausforderung bestehe aber darin, die Anforderungen des Labels zu erfüllen.

Theid Faber, Präsident des Oekozer Pafendall, und Gastgeber des Abends hielt fest, dass das EcoLabel auch ein Beitrag zur Förderung eines sanften und qualitativ hochwertigen Tourismus ist.

Erstmals zusammen mit Bed+Bike

Der Abend war noch in andere Hinsicht eine Premiere, weil gleichzeitig mit dem EcoLabel auch neue Bed+Bike-Label für besonders fahrradfreundliche touristische Unternehmen vergeben wurden. Tourismusminister Delles meinte dazu: „...95 Betriebe, die derzeit das Bed+Bike-Label tragen, passen ihre Dienstleistungen und Infrastruktur an die spezifischen Bedürfnisse der Radtouristen an und fördern so einen sanften Tourismus...“. Luxemburg gilt mittlerweile als Top-Destination für einen Rad-Urlaub.

Lauterborn (Gold)

- Ferien auf dem Bauernhof Aust, Bettel (Gold)
- Mondorf Parc Hotel (Gold)
- Jugendherberge Remerschen (Silber)
- Jugendherberge Vianden (Silber)
- Campingplatz Schützwiese, Wasserbillig (Silber)
- Hotel le Royal, Luxemburg (Silber)

- Hostellerie du Grünwald, Luxemburg
- Campingplatz Liefrange
- Hotel Casino 2000, Mondorf-les-Bains
- Hotel Melia, Luxemburg
- Europacamping Nommerlayen, Nommern
- Hotel Restaurant Suma, Remich ●

Viel in Bewegung

Echternach setzt neue Akzente in der Stadtentwicklung

ECHTERNACH

LJ

Gemeinsam mit allen Partnern und den Schöffen der Stadt Echternach stellte Bürgermeister Yves Wengler gestern bei einem Bürgerforum die wichtigsten Stadtentwicklungsprojekte im Jahr 2020 vor. Erfreut teilte er eingangs mit, dass das Besuchervolumen stark gestiegen sei. Seit 2019 zählen automatische „People Counter“ die Fußgänger im Innenstadtbereich. „Die hochpräzisen Geräte zeigen, dass in 2019 erstmals in der Geschichte Echternachs über 700.000 Menschen unsere Stadt besucht haben“, informierte der Bürgermeister. Rund 40 Prozent davon seien internationale Touristen, jedoch sei auch der Anteil der nicht in Echternach ansässigen Luxemburger bemerkenswert: „Rund ein Drittel unserer Besucher kommt aus Luxemburg, und zwar vor allem zum Einkaufen und zum Besuch der Restaurants“, wusste Wengler zu berichten. Das Besucherwachstum will die Stadt im laufenden Jahr mit zahlreichen Projekten noch weiter stärken. So wird an einem neuen Parkraumkonzept gearbeitet. Am See sowie am alten Bahnhof werden zusätzliche Parkmöglichkeiten geboten. Dort laufen indes gerade die Bauarbeiten für den neuen Schulcampus an.

Wengler verfolgt derweil weiter die Initiative, den Standort Echternach auch als materielles UNESCO-Weltkulturerbe auszuweisen. „Unser Status mit der Springprozession als immaterielles UNESCO-Weltkulturerbe bringt uns gerade im Tourismus schon einen ausgezeichneten Ruf. Wir glauben aber, dass das einzigartige Stadtbild mit seinen vielen architektonischen Besonderheiten auch das Siegel als Weltkulturerbe verdient“. Als Grundlage für den Schutz und die Entfaltung der historischen Innenstadt erarbeitet die Stadt auch eine neue „Charta Stadtbild“, die mit Gestaltungsempfehlungen für Bau und Gewerbe in Kürze veröffentlicht werden soll.

Für die touristische Besucherführung hatte die Stadt schon 2019 gemeinsam mit dem „Office Régional du Tourisme“ den Startpunkt des Mullerthal-Trails in die Innenstadt verlegt und dessen künstlerische Gestaltung ausgeschrieben. Der Entwurf eines begehbaren Miniatur-Mullerthal-Trails wird im laufenden Jahr auf dem Platz zwischen Basilika und Trifolion verwirklicht.

Auch für Naherholungssuchende stellt sich die Stadt neu auf. Mit der Umgestaltung des Uferraums und der Schaffung von Bademöglichkeiten am Echternacher See möchte die Stadt zu einem der attraktivsten Erholungsgebiete der Region werden. „Sobald wir die Genehmigung für die Entschlammung des Sees vom Umweltministerium erhalten haben, werden wir unseren Gästen eines der schönsten Badegewässer Luxemburgs bieten können. Die Attraktivität des Sees und damit von ganz Echternach wird durch diese Maßnahmen um ein Mehrfaches ansteigen“, meinte Schöffe Ben Scheuer.

Mehr Wohnraum

Neben den laufenden Bauarbeiten für das Projekt „Masterplan Gare“, mit dem Neubau von Schulgebäuden, Sporthalle und Schwimmbad sowie einem Park- und Geschäftshaus, verfolgt die Stadt das Projekt „Oachtergäert“ weiter. Dort werden 122

neue Wohnhäuser vor allem für junge Familien geschaffen. Die Stadt Echternach selbst steuert 27 Grundstücke zum Gesamtprojekt bei. Darüber hinaus wurden im Innenstadtbereich an der Rue de Mercier zwei Gebäude gekauft und renoviert, die noch in diesem Jahr mehrere hundert Quadratmeter neuen Wohnraum auch für sozial bedürftige Familien bereitstellen, wie Schöffe Luc Birgen berichtete. Dem Schöffenrat der Stadt Echternach ist bewusst, dass die Vielzahl der Bauprojekte auch Störungen für die Anwohner mit sich bringen kann. Bei allen Planungen sei strikt darauf geachtet worden, diese möglichst gering zu halten. „Eng Stad a Bewegung“ bedeutet gegenseitiges Verständnis und Rücksichtnahme. Nur so gestalten wir die Zukunft Echternachs gemeinsam“, unterstrich der Bürgermeister. ●

„Wir werden eines der schönsten
Badegewässer Luxemburgs bieten“

BEN SCHEUER, Schöffe der Stadt Echternach

Echternach baut den See zum attraktiven Erholungsgebiet aus

VON MARCO GOETZ („TAGEBLATT“)

ECHTERNACH Echternach sieht sich als Stadt in Bewegung. In der Stadtentwicklung sollen neue Akzente gesetzt werden. Es geht um Wachstum, Wohnraum und Naherholung. Getragen von Tourismus, Kultur und Handel blickt man im Abteistädchen nach vorne. Willibrord und seine jahrhundertealte Schreibstube werden dabei keinesfalls vergessen.

Donnerstagmorgen. Bei strömendem Regen wirken die Häuser auf dem Echternacher Marktplatz fast noch attraktiver als bei Sonnenschein. Dabei möchte die Abteistadt im Osten des Landes bei jeder Wetterlage eine gute Figur machen.

Die Zukunft wird mit System geplant, erklärt Bürgermeister Yves Wengler (CSV): „Die Entwicklung der Stadt ist auf drei Säulen aufgebaut: der Kultur, dem Tourismus und dem Handel.“ Handel wird in Echternach seit dem Mittelalter betrieben. Die ersten Touristen kamen um 1800 und Kultur, tja, die gibt es in der Grenzstadt an der Sauer eigentlich seit immer schon.

Der Bürgermeister und seine Leute vom Stadtmarketing, vom Kulturzentrum Trifolion oder der Musikschule, vom Tourismusverein und vom Geschäftsverband arbeiten Hand in Hand und treten auch in der Öffentlichkeit so auf. Eine spezielle Echternach-Corporate-Darstellung zeugt davon. Sie ist schlicht und klar.

Die Stadtverantwortlichen sind stolz auf ihre Trümpfe und die wollen sie in Zukunft verstärkt ausspielen, indem eine engere Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Akteuren angestrebt wird. Echternach sieht sich als Stadt in Bewegung. Wachstum, Wohnraum und Naherholung sind wichtige Akzente in der Stadtentwicklung.

Neben den laufenden Bauarbeiten für das Projekt „Masterplan Gare“, mit dem Neubau von Schulgebäuden, Sporthalle und Schwimmbad sowie einem Park und

Geschäftshaus, verfolgt die Stadt das Projekt „Oachtergäert“ weiter. 122 neue Wohnungen sollen dort entstehen, so die Stadtverantwortlichen. Baubeginn soll im Frühjahr sein. Darüber hinaus werden in der Innenstadt neue Sozialwohnungen hergerichtet.

Der Schöffenrat der Stadt Echternach ist sich bewusst, dass die Vielzahl der Bauprojekte natürlich auch Störungen für die Anwohner mit sich bringen kann. Zu den Störungen gehört auch, dass Ortsunkundige zurzeit ein wenig durch die Gegend fahren müssen, bis sie ihr Ziel erreichen. Die Türme der Basilika bieten dabei aber immer eine gute Orientierungshilfe und Parkplätze in der Nähe des Zentrums gibt es genug, zumindest um diese Jahreszeit. Um den Touristenströmen in der Hochsaison gerecht zu werden, sollen weitere Parkplätze folgen.

„Eine Stadt in Bewegung bedeutet gegenseitiges Verständnis und Rücksichtnahme. Nur so gestalten wir die Zukunft Echternachs gemeinsam“, so Yves Wengler. Dass diese Zukunft Wachstum bedeutet, daran lässt er keinen Zweifel.

Für Touristen aus dem In- und Ausland sowie für Naherholungssuchende aus Echternach und der Region stellt sich die Stadt neu auf. Mit der Umgestaltung des Eingangsbereiches und des Uferraums sowie der Schaffung von Bademöglichkeiten am „Lac d'Echternach“ möchte die Stadt zu einem der attraktivsten Erholungsgebiete der Region werden. Das Wasser sei sauber, sagt Wengler, man warte nur noch auf die Genehmigung des Umweltministeriums, um den See zu entschlammen. Die Neugestaltung des Campingplatzes mit seinem öffentlichen Freibad dürfte ebenfalls zur Attraktivität beitragen.

Jeder kennt die „Petite Marquise“ in Echternach. Das Gebäude auf dem Marktplatz ist ein Dauerbrenner. „Viele lachen darüber“, so Yves

Wengler, aber „Dezember 2022 soll das Projekt fertig sein“. Ein ansehnliches Projekt, wie Zeichnungen vermuten lassen. Und alle Wohnungen, die dort entstehen, seien bereits vergeben, heißt es.

Bei aller Energie, die auf die Zukunft der Stadt verwendet wird, vergisst Echternach seine Vergangenheit nicht. Besonders Willibrord nicht, den Stadtheiligen, den Missionar, der aus Britannien kam und in Echternach ein Kloster gründete und eine Schreibstube, das Skriptorium, einrichtete, wo einige Jahrhunderte später der weltberühmte „Codex Aureus“, das goldene Buch, entstanden ist.

Seit zehn Jahren steht die Springprozession auf der Unesco-Liste der nicht-materiellen Kulturgüter. Echternach möchte mehr und möchte eigentlich auch gerne auf der Liste des materiellen Kulturerbes vertreten sein. Bürgermeister Wengler ist sich bewusst, dass das ein komplexer und langwieriger Prozess sein kann. „Aber eigentlich ist der Weg das Ziel, dass über unsere Stadt geredet wird, und dass wir unsere Vergangenheit inklusive Willibrord den Menschen, insbesondere den jüngeren, näherbringen können.“

Gute Gelegenheiten, Echternach besser kennenzulernen, gibt es viele. Beispielsweise beim Brückenfest am 22. Mai, einem Picknick unter Nachbarn. Beim Musikfestival „Echternachterlive“ vom 17. bis 19. Juli. Beim Steampunk Anfang August oder ganz einfach bei Konzerten und Konferenzen im Trifolion, dem lokalen Kulturzentrum gleich neben der Basilika. Oder, wer's sportlich mag, vielleicht auch beim Lauffreff, jeden Donnerstag um 18.30 Uhr am See. Lesen Sie dazu auch Kultur, Seite 25. Das Kulturprogramm von Echternach.

Der Autor Marco Goetz ist Redakteur beim luxemburgischen Tageblatt. Weitere Informationen auf www.echternach.lu



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Luxemburg und seine Ausländer

Der OECD-Migrationsbericht 2019 zeigt: Kein anderes Land verzeichnet eine so hohe Arbeitsmigration

Von Annette Welsch

Humanitäre Migration sinkt, während Arbeitsmigration steigt – das war die Hauptidee des OECD-Migrationsberichts 2019. Auch wenn Asylbewerber in der Diskussion oft im Vordergrund stehen, sank ihre Zahl in den OECD-Ländern 2018 um 35 Prozent auf gut eine Million. Den weitaus größten Teil der Migration machte die vorübergehende Arbeitsmigration aus. 2017 waren das rund 4,9 Millionen Menschen, eine Steigerung von elf Prozent gegenüber 2016. Hinter dem Begriff Migration verbergen sich aber etliche Facetten, und Luxemburg sticht hier in vielen Punkten heraus, wie ein Blick auf die Landesdaten zeigt. Unter anderem schon darin, dass hierzulande auch die humanitäre Migration steigt.

Die Einwanderung

Luxemburg ist ein Einwanderungsland und hat bekanntermaßen einen hohen Ausländeranteil. Er stieg seit 2007 um 53 Prozent: Kamen 2007 noch 15 800 Ausländer im Land an, die eine Aufenthaltsgenehmigung hatten und mindestens zwölf Monate bleiben wollten, kletterte die Zahl kontinuierlich in die Höhe und lag zehn Jahre später bei 23 100 (siehe Grafik 5). Die meisten ansässigen ausländischen Mitbürger stammen aus Portugal, gefolgt von Frankreich und Belgien (siehe Grafik 7). 2018 wohnten 288 200 Migranten in Luxemburg und machten rund 48 Prozent der Bevölkerung aus. Auf Luxemburg folgt im OECD-Vergleich die Schweiz mit 29 Prozent, Australien und Neuseeland mit 28 beziehungsweise 23 Prozent. Der Schnitt in den OECD-Ländern lag bei 13 Prozent, 2000 waren es noch 9,5 Prozent.

Seit 2000 ist die eingewanderte Bevölkerung quer durch die OECD-Länder gestiegen – mit Ausnahme von Estland, Israel, Litauen, Lettland und Polen, wo die Immigrantenvölkerung altert. Das größte Wachstum lässt sich in den nordischen EU-Ländern beobachten: 17 Prozent in Island, fünf Prozent in Schweden, vier Prozent in Finnland. Überdurchschnittlich hohe Wachstumsraten

weisen aber auch Slowenien mit fünf Prozent, Luxemburg und die Niederlande mit jeweils vier Prozent und Deutschland sowie Spanien mit jeweils drei Prozent auf.

Dem Arbeitsmarkt geschuldet

Luxemburgs Arbeitsmarkt braucht schlicht immer mehr Arbeitnehmer – um gut über drei Prozent steigt die Beschäftigung jedes Jahr und lässt sich nicht mit den Ansässigen decken. 77,8 Prozent der Immigranten kamen denn auch aus der EU, 6,9 Prozent waren Arbeitsmigranten aus Drittstaaten, 8,4 begleitende oder nachgezogene Familienangehörige und 6,2 Prozent machen die humanitären Migranten aus. Dazu kamen 2017 33 000 Entsendungen von Arbeitskräften aus anderen EU-Ländern, die nur temporär da sind – 23 Prozent mehr als noch 2016.

Internationale Studenten bildeten 2016 im Schnitt neun Prozent der Studenten in der OECD. Eine zu vernachlässigende Größe sind sie in Lateinamerika und sie bleiben niedrig in Zentral- und Ost-Europa sowie in Ost-Asien. Am anderen Ende des Spektrums stehen Neuseeland (17 Prozent), Australien (20 Prozent) und bei Weitem an der Spitze Luxemburg mit einem Anteil von 47 Prozent an internationalen Studenten. Davon sind mehr als 70 Prozent Studenten aus EU-Ländern. Und sind in der OECD 15 Prozent internationale Master-Studenten und 24 Prozent internationale Doktoranden, so sind es in Luxemburg und der Schweiz mehr als jeder Zweite.

Asyl: Luxemburg ist attraktiv

Bei den neuen Asylanträgen, die pro Land und hochgerechnet auf eine Million Einwohner gestellt werden, gehört Luxemburg mit 3 778 hinter Griechenland zur Spitze der OECD-Länder (siehe Grafik 2) – 837 ist der Mittelwert. In absoluten Zahlen nahm Luxemburg 2018 2 230 Asylanträge an. Der jährliche Durchschnitt lag 2013 bis 2015 noch bei 1 420 Anträgen (siehe Grafik 6). Dabei werden drei von vier Anträgen positiv beschieden: Von 1 400 Entscheidungen zum Bleiberecht, die im Jahr 2018

getroffen wurden, waren es 72 Prozent. Die meisten Asylsuchenden kommen aus Eritrea, Syrien, Irak, Afghanistan und Georgien.

Die Einbürgerungen

2017 nahmen elf Prozent weniger Ausländer die Staatsangehörigkeit eines OECD-Landes an als 2016 – die niedrigste Zahl seit 2010. In den EU-Ländern war das Phänomen mit einem Minus von 14 Prozent noch ausgeprägter. Luxemburg gehört mit 26 Prozent mehr Neubürgern als 2016 zu den Spitzenländern hinter Norwegen (plus 48 Prozent) und Finnland (plus 30 Prozent).

Betrachtet man die Herkunftsländer derjenigen, die die luxemburger Staatsangehörigkeit angenommen haben (Grafik 3), so stehen 2016 und 2017 Frankreich und die USA hervor, bei den Belgiern kam es dagegen 2012 zu einem sprunghaften Anstieg, der anhält. Das lässt sich laut den Statistiken des Justizministeriums auf die Prozedur des Recouvrement nach Art. 89 des Nationalitätengesetzes zurückführen, die noch bis Ende dieses Jahres läuft: Wer im Jahr 1900 luxemburgische Vorfahren hatte, kann die Staatsangehörigkeit beantragen. Viele Belgier nutzten dies beispielsweise, als sich damals die Regierungsbildung so lange hinzog.

Innerhalb von zwölf Jahren sind die Einbürgerungen insgesamt von 1 236 auf 11 877 pro Jahr gestiegen, wobei es 2009 und ab 2016 signifikant in die Höhe ging (siehe Grafik 4). 2009 ist leicht mit der Reform des Nationalitätengesetzes und der Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft im Jahr 2008 zu erklären. 2017 wurde die Einbürgerung ein weiteres Mal abgeändert, wobei es beide Male in puncto Residenzzeit und Sprachanforderungen erleichtert wurde, den luxemburgischen Pass zu bekommen. Der Sprung von 2016 könnte sich mit dem Referendum aus dem Jahr 2015 erklären lassen, bei dem bekanntlich dem Ausländerwahlrecht eine deutliche Abfuhr erteilt wurde: Wer wählen will, muss Luxemburger werden, sagten damals 80 Prozent der Befragten.

Absolute Spitze bei Grenzgängern und Entsendeten

Zum ersten Mal wurde im OECD-Migrationsbericht ein Kapitel eingefügt mit vergleichenden Daten zu den Auswirkungen von zeitweiliger Migration, zu denen Grenzgänger und Entsendete gehören, auf den Arbeitsmarkt. Da schlägt die Stunde Luxemburgs, denn solche Zahlen hat niemand zu bieten. Sie fügen den einheimischen Arbeitnehmern einen Anteil von 9,2 Prozent in der Schweiz und ganze 65,5 Prozent in Luxemburg hinzu: Auf 100 einheimische Arbeitnehmer kommen hierzulande täglich fast 66 Grenzgänger und entsendete Arbeitskräfte hinzu. Sie stammen zu

98,7 Prozent aus der EU oder den FTA-Ländern, die mit der EU eine Freihandelsassoziation haben: Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz (siehe Grafik 1). In nur sechs OECD-Ländern machen diese Migranten auf Zeit mehr als zwei Prozent der Gesamt-Arbeitsbevölkerung aus.

2017 wurden 2,7 Millionen Entsendungen innerhalb der EU/EFTA verzeichnet und damit 22 Prozent mehr als im Jahr davor. Die Zahl der Entsendungen stieg signifikant in Frankreich, Österreich, den Niederlanden, Spanien und Luxemburg. Diese Arbeitnehmer, die nur für eine gewisse

Zeit in ein anderes Land geschickt werden, sind am häufigsten im Bau und der Produktion anzutreffen: Während 22 Prozent der einheimischen Bevölkerungen in diesen Bereichen arbeiten, sind es 40 Prozent der zeitweilig Entsendeten. Insgesamt machen die temporären Arbeitsmigranten aber im OECD-Schnitt nur 2,4 Prozent aller Arbeitskräfte im Bau und 1,2 Prozent im Produktionssektor aus.

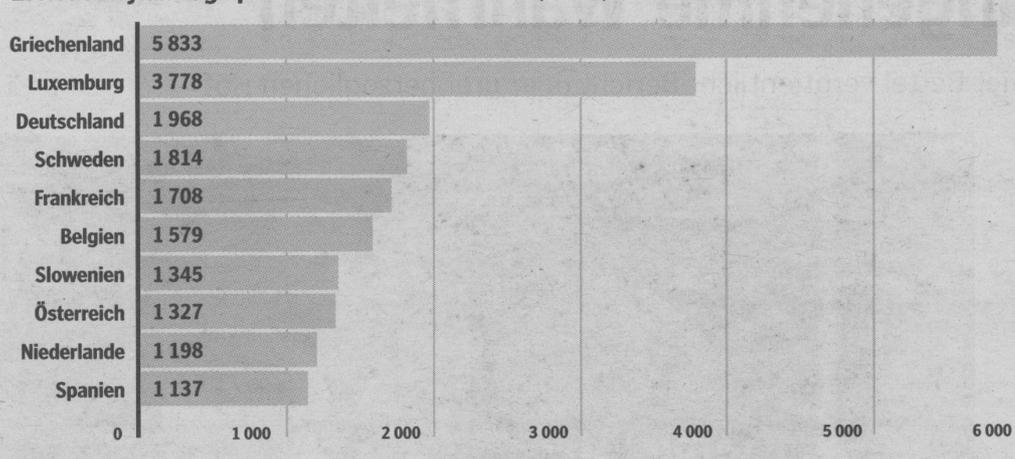
Luxemburg sticht auch hier weit hervor, denn im Bau kommen auf jeden einheimischen Arbeitnehmer 3,5 temporäre Arbeitsmigranten und im verarbeitenden Gewerbe zwei.

1. Anteil der temporären Arbeitsmigranten (in Prozent)

	EU/EFTA	Zusatzanteil zur einheimischen Arbeitsbevölkerung	Anteil an allen ausländischen Beschäftigten
Luxemburg	98,7	65,5	53,4
Schweiz	95,7	9,2	22,1
Belgien	83	2,1	11
Deutschland	88,7	1,1	6,6
Frankreich	54,9	0,5	3,5

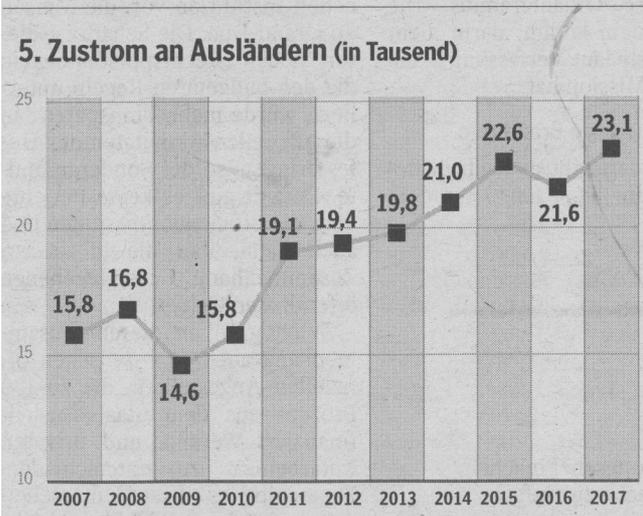
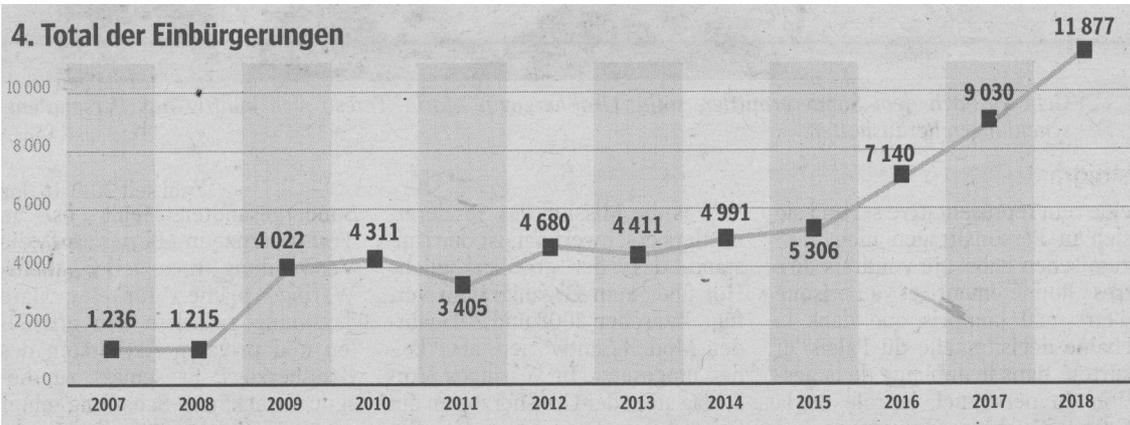
Quelle: MI, UNHCR, Eurostat, OECD

2. Neue Asylanträge pro eine Million Einwohner (2018)



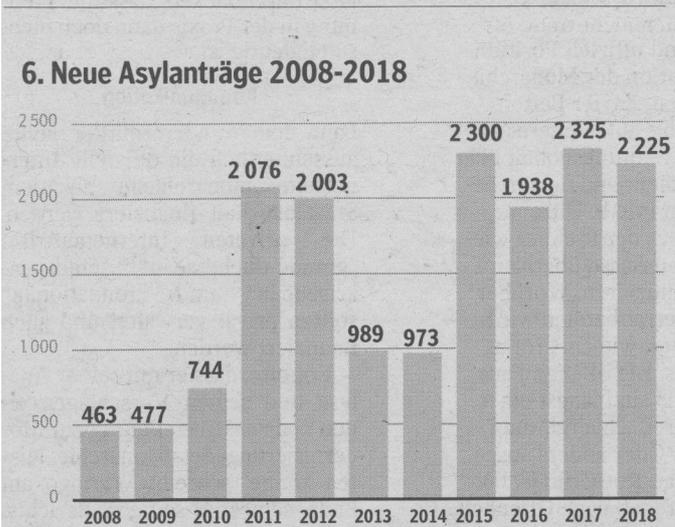
3. Ausgewählte Herkunftsländer der Personen, die Luxemburger wurden

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Frankreich	75	76	277	342	314	462	639	860	1 205	2 262	2 468	2 785
Belgien	97	77	224	258	450	1 581	1 577	1 346	1 264	1 836	1 624	1 601
Portugal	352	293	1 242	1 351	1 085	1 155	982	1 211	1 168	1 089	1 328	1 593
USA	2	3	47	44	32	42	48	80	100	233	412	667
Vereinigtes Königreich	5	0	62	53	44	56	37	66	75	128	384	435
Brasilien	2	8	7	3	7	12	18	15	30	100	280	931
Bosnien Herzegowina	72	76	270	202	114	74	60	56	70	71	161	395
Russland	10	10	40	50	30	17	22	30	40	31	60	77



7. Ausländeranteil nach Nationalität 2018 (in Tausend)

Portugal	96,5
Frankreich	45,8
Italien	22,0
Belgien	20,2
Deutschland	13,1
Spanien	6,5
Vereinigtes Königreich	5,9
Rumänien	4,7
Polen	4,5
Niederlande	4,3
Montenegro	4,2
China	3,5
Griechenland	3,3
Cap Verde	2,8
Serbien	2,3
andere Länder	48,6
TOTAL	288,2



Quelle: International Migration Outlook 2019 © OECD 2019

Leitartikel

Vielfalt führt zum Erfolg

Von Dani Schumacher

Außen- und Immigrationsminister Jean Asselborn bringt es auf den Punkt: Ohne Immigration würde Luxemburg weder ökonomisch noch im Sozialbereich in der Topliga spielen. Die vielen Zuwanderer – allein 2019 waren es mehr als 17 000 – tragen maßgeblich zum Wohlstand des Landes bei.

Sicher, das durch die Attraktivität des Landes angekurbelte hohe Bevölkerungswachstum bringt Probleme mit sich. Die Verkehrsinfrastrukturen stoßen an ihre Grenzen, die Wohnungsnot wird verschärft. Doch die Populisten und ihre Anhänger in den sozialen Netzwerken sollten sich bewusst sein, dass ohne die vielen Neuankömmlinge und ohne die mehr als 200 000 Pendler ganze Wirtschaftszweige wie das Baugewerbe, der Gesundheitssektor, aber auch der Einzelhandel und die Gastronomie zusammenbrechen würden. Die meist jungen Migranten wirken zudem der Überalterung der Bevölkerung entgegen und sichern somit das großzügige Sozialsystem ab. All dies sollten sich die Scharfmacher vor Augen führen, wenn sie gegen Ausländer wettern.

Luxemburg ist seit mehr als 100 Jahren ein Einwanderungsland: Zuerst die Italiener, dann die Portugiesen und schließlich die Zuwanderer aus der ganzen Welt haben am Erfolgsmodell Luxemburg mitgestrickt. Viele ihrer Nachfahren der zweiten und dritten Generation sitzen heute in Führungspositionen,

in der Wirtschaft, in der Politik, in der Wissenschaft. Sie gehören seit Langem dazu. Sie sind auch deshalb fester Bestandteil der Bevölkerung, weil die Integration geklappt hat und der soziale Fahrstuhl funktioniert.

Wegen der gesellschaftlichen Vielfalt und des hohen Ausländeranteils in der Bevölkerung haben die vielen Flüchtlinge, die in den vergangenen Jahren in Luxemburg Zuflucht gefunden haben, es leichter. Sie sind weniger sichtbar und werden weniger angefeindet als in Ländern, in denen die Bürger wenig Erfahrung im Umgang mit Fremden haben. Wenn auch sie zum festen Bestandteil der Bevölkerung werden sollen, wenn es in einigen Jahren syrisch- oder afghanischstämmige Firmenleiter, Ärzte und Politiker geben soll, dann müssen sie die gleichen Chancen bekommen wie die Migranten, die in den vergangenen Jahrzehnten aus wirtschaftlichen Gründen ins Land gekommen sind. Sie müssen sich integrieren können, und wollen.

Integration beginnt bei der Wohnungssuche. Hier stehen Staat und Gemeinden gleichermaßen in der Pflicht. Es muss mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, für alle. Mit Absichtserklärungen ist es nicht getan. Sonst schlägt der Konkurrenzkampf um bezahlbare Wohnungen schnell in Ausländerfeindlichkeit um. Integration ist zudem nur möglich, wenn die anerkannten Flüchtlinge Zugang zum Arbeitsmarkt finden. Der Staat muss dafür sorgen, dass es genügend Sprachkurse gibt, dass sich die Flüchtlinge in einer der Landessprachen verständigen können. Auch die Wirtschaft ist gefragt. Die Unternehmen müssen den Neuankömmlingen eine Chance geben, auch wenn sie zu Beginn mit Defiziten zu kämpfen haben. Denn nur wenn sie Teil der Bevölkerung werden, werden die Flüchtlinge von heute morgen zu unserem Wohlstand beitragen.

Luxemburger Pass ist viel gefragt

Luxemburg. In den vergangenen fünf Jahren hat sich die Anzahl der Ausländer, die die luxemburgische Nationalität angenommen haben, mehr als verdoppelt. Die Zahl stieg von 5 306 im Jahr 2015 auf 11 451 im vergangenen Jahr an. Dies teilte das Justizministerium gestern mit. Besonders auffällig ist,

dass in den vergangenen Jahren die Zahl der britischen Staatsbürger deutlich gestiegen ist. Dies ist wohl auf den Brexit zurückzuführen. Lag die Zahl 2015 noch bei 75, stellten im vergangenen Jahr 431 Briten einen Antrag. Indes nutzten mehr als 2 000 Brasilianer die sogenannte Procédure de recouvrement. Sie hatten einen direkten, nach 1900 lebenden luxemburgischen Vorfahren. Solche Anträge sind nur

noch bis Ende dieses Jahres möglich. Die steigende Anzahl der Einbürgerungen lässt sich auch auf die Reform des Nationalitätengesetzes im Jahr 2017 zurückführen. Durch die Gesetzesänderung wurden die Auflagen für den Erhalt der luxemburgischen Staatsbürgerschaft gelockert. Unter anderem wurde damals auch das Geburtsortsprinzip eingeführt. *m.r.*

„Ons Jongen sinn net vergiess“

Vizepremier Bausch an der Gedenkstätte zum Massaker von Sonnenburg

SLONSK 75 Jahre sind es her, dass die Nazis in der Haftanstalt Sonnenburg (heute Slonsk, in Polen), in der Nacht vom 30. auf den 31. Januar 1945 819 Gefangene massakrierten. Darunter befanden sich auch 91 junge Luxemburger Zwangsrekrutierte, die sich dem Kriegsdienst verweigert hatten. Um ihnen zu gedenken fand am Donnerstag eine Zeremonie in Junglinster statt (wir berichteten), gestern legte Vizepremier und Verteidigungsminister

François Bausch (déi gréng) in Begleitung des luxemburgischen Botschafters in Polen, Conrad Bruch und des Honorarkonsuls in Posen, Pawel Kuraszkiewicz, aber auch einen Gedenkkranz am Erinnerungsmonument für die ermordeten Luxemburger in Slonsk nieder. Die Bedeutung des Massakers von Sonnenburg für Luxemburg sei vergleichbar mit der Massenerschießung polnischer Soldaten in Katyn,

sagte Bausch, für eine solch kleine Nation wie Luxemburg sei das Massaker umso dramatischer gewesen, da es ein Angriff „auf die Substanz und die Zukunft des Landes“ gewesen sei. „Ons Jongen sinn net vergiess a si dierfen och nimools vergiess ginn“, unterstrich Bausch. Er verneige sich vor allen Opfern von Sonnenburg und des Nationalsozialismus insgesamt. LJ

DPA

Emotionales Gedenken

Die Chamber verabschiedet sich mit einer Zeremonie vom langjährigen Abgeordneten Eugène Berger

Von Marc Hoscheid

Am 21. Januar platzte die Nachricht von DP-Fraktionspräsident Eugène Berbers Tod in eine Parlamentsdebatte und traf die Chamber mitten ins Herz. Sichtlich bewegt verkündete der stellvertretende Parlamentspräsident Mars Di Bartolomeo (LSAP) die traurige Botschaft, und Chamberpräsident Fernand Etgen (DP) brach in Tränen aus, als er den Hinterbliebenen des Verstorbenen sein Mitgefühl für ihren Verlust aussprach.

Nachdem sich am 25. Januar Familie und Freunde während einer privaten Zeremonie auf dem Friedhof in Merl von ihm verabschiedet hatten, gedachte gestern die Chamber, jene Institution, der er mit einer Unterbrechung 17 Jah-

re lang als Abgeordneter angehört hatte, Eugène Berger.

Sein Tod hinterlasse sowohl bei seiner Familie als auch seiner politischen Familie ein großes Loch, so Fernand Etgen. Mit ihm gehe ein fleißiger und engagierter Mensch, der sowohl in der Politik als auch bei seiner Leidenschaft, dem Bergsteigen, stets den nötigen Biss gezeigt habe.

Gilles Baum, Berbers Nachfolger im Amt des Fraktionspräsidenten bei den Liberalen, erinnerte an die zahlreichen Fotos an den Wänden in dessen Büro. Diese hätten den Verstorbenen nicht beim Händeschütteln mit bedeutenden Politikern, sondern seine Familie und die Berge gezeigt.

Schon früh habe Berger eine konkrete Vision eines modernen

Luxemburg gehabt. So sei er stolz darauf gewesen, als einer der ersten Lehrer im Unterricht mit Computern gearbeitet zu haben. Auch die Förderung des Télétravail habe ihm am Herzen gelegen, und man werde seinem Wunsch nachkommen, dass künftig jeder Mitarbeiter der DP-Fraktion das Recht bekomme, einen Tag von zu Hause aus zu arbeiten.

Premierminister Xavier Bettel (DP) meinte, auch zehn Tage nach Berbers Ableben sei dies noch immer schwer zu verkraften. Auch er erinnerte an den Privatmenschen und Alpinisten, der stets davon berichtet habe, dass einem auf den Gipfeln der höchsten Berge klar werde, nur ein kleiner Teil von etwas ganz Großem zu sein. Im Alltag sei Berger hingegen stets ein

ganz Großer im Kleinen gewesen. Er habe keine Herausforderung gescheut und angepackt, wenn dies nötig war.

Berger sei seiner Zeit voraus gewesen und habe bereits zwischen 1999 und 2004 als Staatssekretär darauf hingewiesen, dass die Natur leide. Zum Schluss wurde der bis dahin eher gefasst wirkende Bettel dann doch von seinen Gefühlen überwältigt und beendete seine Rede mit den tränenerstickten Worten „Usch, wir werden dich vermissen.“

Eugène Berbers Platz im Parlament wird Pim Knaff, Schöffe in Esch/Alzette, einnehmen. Seine Vereidigung findet am 4. Februar statt.

Tröpfchen gegen die Trockenheit

Am Luxemburger Weinbautag stellen Experten Techniken zur Anpassung an den Klimawandel vor

Von Volker Bingenheimer

Wormeldingen. Extreme Witterung mit Rekordtemperaturen, Dürre, Frost und Starkregen haben den Winzern in den vergangenen zwei Jahren das Leben schwer gemacht. Beim Luxemburger Weinbautag in Wormeldingen zeigten folglich die Referenten Strategien auf, wie sich die Betriebe an die veränderten klimatischen Bedingungen anpassen können.

Auf der Leinwand bekamen die Winzer Bilder von Trockenschäden und von der Sonne verbrannten Trauben zu sehen, wie sie ihnen sicherlich noch in Erinnerung sind. Matthias Petgen, Leiter des Versuchswesens am Dienstleistungszentrum für den Ländlichen Raum Rheinpfalz, berichtete von den drei Hitzewellen des vergangenen Jahres und ihren Konsequenzen. Besonders die neu angepflanzten Rebstöcke seien von Hitze und Dürre betroffen. Er erinnerte daran, dass bei einer Lufttemperatur von 38 Grad am Stock in Bodennähe bis zu 50 Grad erreicht werden könnten.

Zur Vorbeugung von Sonnenbrand laufen an seinem Institut Experimente mit Kalk- oder Kaolinlösungen, die auf die Trauben gespritzt werden und auf der Beerenhaut wie eine Sonnenmilch wirken. Für die Praxisanwendung ist diese Behandlung noch nicht

zugelassen.

Auf großes Interesse stießen die Vorschläge zur künstlichen Bewässerung. Als zweckmäßig hat sich in Versuchen die Tröpfchenbewässerung mit fest installierten Rohrleitungen herausgestellt. „Wohl dem, der das benötigte Wasser hat“, meinte Versuchsleiter Petgen. Er hat einen Wasserbedarf von 130 bis 180 Kubikmeter pro Hektar und Monat ausgerechnet. „Das ist schon eine enorme Menge. Dafür ist ein Brunnen nötig, denn so viel Wasser können Sie nicht spazieren fahren“, informierte er die anwesende Winzerschaft.

Moselwasser im Weinberg

Einen Brunnen für Bewässerungszwecke zu bohren, sei mit einer entsprechenden Genehmigung zwar möglich, sagte Luc Zwank vom Wasserwirtschaftsamt. Er dämpfte aber die Erwartungen: „Wir dürfen dem Grundwasser pro Jahr nicht mehr entnehmen, als neu dazukommt.“ Weniger problematisch sei es, das Wasser der Mosel in die Weinberge zu pumpen. Hierfür verlangt das Wasserwirtschaftsamt eine Gebühr. Betriebe könnten außerdem das kaum verschmutzte Abwasser aus der Kellerei speichern und für den Weinberg verwenden.

Weinbauberaterin Sonja Kant-

hak vom Institut für Biologisches Landwirtschaft an Agrarkultur (IBLA) widersprach der Sichtweise, dem Klimawandel rein mit technischen Anlagen begegnen zu wollen: „Sicher, Bewässerung ist manchmal unumgänglich. Aber besser ist es, das Wasser länger im Boden zu halten.“ Hierzu stellte sie Methoden vor, mehr Humus im Weinberg zu bilden. Selbst gemachter Kompost aus Trester eignet sich dafür zum Beispiel, erklärte die Weinbauberaterin. Humusreiche Böden könnten mehr Feuchtigkeit und Nährstoffe speichern und seien widerstandsfähiger gegen Starkregen, sodass die Erosion des Bodens eingedämmt werde.

Klimaforscher Jürgen Junk vom Luxembourg Institute of Science and Technology (LIST) erinnerte daran, dass in Luxemburg über das Jahr hinweg genug Regen falle, nur die Verteilung verändere sich, und vor allem die Extremwetterlagen nähmen zu. Zwar hätten die Winzer die letzten zwei trockenheißen Sommer noch in Erinnerung. „Doch feuchtwarme Sommer werden in Zukunft wohl noch häufiger werden“, resümierte Jung.

Sein LIST-Kollege und Weinbauwissenschaftler Daniel Molitor stimmte ihm zu. Fäulnis werde in den kommenden Jahren zu einem wachsenden Problem. Zudem

müssten die Winzer große Schwankungen von Jahr zu Jahr einkalkulieren.

Raffinierte Maschinen

Andere Vorträge drehten sich um technisch ausgefeilte Maschinen zur Unterstockbearbeitung. Dieses Thema gewinnt durch den Verzicht auf das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat wachsende Bedeutung. Das Weinbauinstitut IVV zog Bilanz eines dreijährigen Versuchs, bei dem eine landwirtschaftliche Drohne eingesetzt wird, um Weinberge ferngesteuert zu spritzen (das LW berichtete). Weitere Referenten beleuchteten die hohe Traubenreife und ihre Auswirkungen auf das Wein-aroma sowie die Flora und Fauna im Weinberg.

Klima und Krankheiten

Eine zweitägige Konferenz dreht sich um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit der Rebstöcke. Am Montag, 17. Februar, am LIST in Beles und am Dienstag, 18. Februar, am IVV in Remich, referieren Fachleute über Schädlingsbefall, Fäulnis und Pilzkrankheiten im Weinberg. Die Vorträge finden in englischer Sprache statt. Anmeldung bis Montag unter:

► www.clim4vitis.eu

Einstimmung auf das Glyphosatverbot

Der 12. „Lëtzebuurger Wäibaudag“ stand ganz im Zeichen neuer Techniken

WORMELDINGEN
PATRICK WELTER

Der „Lëtzebuurger Wäibaudag“ war auch bei seiner zwölften Ausgabe eine Mischung aus Fortbildung und Bräntentreffen. Eine Mischung, die augenscheinlich gut funktioniert, da das Kulturzentrum in Wormeldingen voll besetzt war. Nach den einführenden Reden von Marc Weyer, Winzerverband, und Landwirtschafts- und Weinbauminister Romain Schneider, folgten die Fachreferate. Aus den zahlreichen Vorträgen von Weinbaufachleuten aus Luxemburg und Deutschland stach einer - bedingt durch politische Entscheidungen - besonders heraus. Serge Fischer vom Weinbauinstitut in Remich referierte über den beschlossenen Glyphosatausstieg.

Zu den weiteren behandelten Themen gehörten unter anderem Technikreferate wie etwa zum Thema „Unterstockmechanisierung“ oder die Arbeit mit Drohnen, der Klimawandel und entsprechende Anpassungsstrategien für den heimischen Weinbau, sowie Weinbau als Kulturlandschaft und Konsumtrends. Das Schlusswort gehörte dem Leiter des Weinbauinstituts, Dr. Roby Ley.

Der beschlossene Glyphosat-Ausstieg, über den Serge Fischer sprach, wird vom Weinbau mitgetragen. Die Mehrkosten werden in Teilen von einer Landschaftspflegeprämie aufgefangen. Fischer erläuterte die verschiedenen Wege, Glyphosat zu ersetzen, zum einen technische Lösungen, zum anderen Rückkehr zu chemischen Präparaten. Aus seinem Vortrag ging klar hervor, dass die technische Lösung zwar aufwendig ist, weil sie auch die Kombination verschiedener Techniken wie beispielsweise Flachschar und Bürsten verlangt - dank der schweren Böden an der luxemburgischen Mosel. Trotz des höheren Arbeitsaufwands machte Fischer klar, dass sich der Einsatz von Chemie - die auch für den Winzer nicht ungefährlich ist - auf Weinberge beschränken sollte,

die nicht mit fahrendem Gerät zu erreichen sind. „Man darf auch mal etwas Kraut stehen lassen“, erklärte Fischer, der „aufgeräumte“ Wingert sei kein Qualitäts-

maßstab mehr. Durch zusätzliche Prämien wird insbesondere die mechanische Mehrarbeit in den Steillagen (Steigung über 30 Prozent) gefördert. Der Ankauf notwendiger Maschinen wird mit 20 Prozent bezuschusst, die Höchstfördermenge liegt bei 100.000 Euro. Vor allem kommt es aber auf ein verändertes Denken an, so Fischer abschließend. ●

„Man darf auch mal etwas Kraut stehen lassen“

SERGE FISCHER, Weinbauinstitut, über die Zeit nach Glyphosat

WEINBAUMINISTER ROMAIN SCHNEIDER

Die neue Gemeinsame Agrarpolitik der EU muss auf Öko-Skills und die Jugend setzen

WORMELDINGEN Für Landwirtschafts- und Weinbauminister Romain Schneider ist der Weinbautag eine hervorragende Plattform für den gesamten Berufsstand, um sich über aktuelle Themen in Wingert und Keller zu informieren. Schneider begrüßte die positiven Reaktionen der Winzer auf den Glyphosat-Ausstieg, der ja durch angehobene Prämien unterstützt wird. Er geht davon aus, dass sich mit der neuen Periode der gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) auch die Fördersituation ändern wird. Eigentlich soll der nächste Siebenjahreszyklus der GAP zum 1.1.2021 beginnen, Schneider rechnet aber eher mit 2023, da der GAP immer lange Verhandlungen zu Grunde liegen. Bis dahin müsse man gangbare Übergangsregelungen finden. Der luxemburgische Weinbau tue gut daran, weiterhin auf Qualität zu setzen.

Auf Nachfrage hin meinte Schneider, dass man noch abwarten muss, wie sich der Brexit auf die GAP der EU auswirken wird - vor allem im Hinblick auf das zur Verfügung stehende Gesamtbudget der Landwirtschaft. Bei größeren Ausfällen europäischer Fördermittel, werde die nationale Politik einspringen - soweit es kein Verstoß gegen EU-Recht ist. Die neue GAP wird nach Auffassung von Schneider mehr „Öko-Skills“ enthalten und vor allem auf eine junge Landwirtschaft, soll heißen auf die gezielte Förderung junger Bauern, setzen. Für Schneider geht es dabei auch um den Erhalt einer kleinräumigen Landwirtschaft. Angesprochen auf die Diskussionen in den Nachbarländern über zu billige Lebensmittel, meinte Schneider ganz klar, dass Lebensmittel einen Wert haben müssen. Vor allem müssten die Produzenten, also die Landwirte, in der Wertschöpfungskette angemessen berücksichtigt werden.

PW



Marc Weyer, Winzerverband, und Weinbauminister Romain Schneider in der ersten Reihe

NEWS

Besorgnis über AKW Cattenom geäußert

LUXEMBURG Auf von luxemburgischer Seite geäußerte Besorgnis im Hinblick auf eine mögliche Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerks Cattenom über das 40. Jahr hinaus sowie allgemein zur Sicher-

heit des AKW hat die französische Delegation auf die unabhängigen und transparenten Sicherheitskontrollen der französischen Atomaufsicht ASN verwiesen. Das geht aus dem 18. Treffen der gemischten französisch-luxemburgischen Atomsicherheitskommission am Dienstag in Montrouge (Frankreich) hervor. LJ

Land unter

Sintflutartige Regenfälle führen in ganz Luxemburg zu Überschwemmungen

Von Sandra Schmit

Luxemburg. Braune Wassermassen, vollgelaufene Keller, gesperrte Straßen - die Folgen eines Tiefdruckgebietes, das seit dem späten Montagnachmittag über das Großherzogtum hinwegzog, waren auch am darauffolgenden Morgen noch zu sehen. Zu 320 Einsätzen mussten die Retter des Corps grand-ducal d'incendie et de secours (CGDIS) zwischen Montagabend und gestern Vormittag ausrücken, wie Christopher Schuh, Leiter der Abteilung Conduite opérationnelle beim CGDIS mitteilt: „Einsatzkräfte aus 50 verschiedenen Zentren waren unterwegs, vor allem in den Regionen Zentrum und Osten. Im Norden und im Süden des Landes blieb es von unserem Standpunkt aus eher ruhig. Hauptsächlich ging es um überflutete Keller und Straßen sowie überschwemmte Flussufer.“

Mehr als 15 Straßen waren gestern landesweit laut der Verkehrszentrale CITA wegen Überschwemmung gesperrt. Insgesamt vier Menschen, die in ihren Autos auf Straßen in Wassermassen feststeckten, mussten von den Einsatzkräften des CGDIS gerettet

werden - das gestern am frühen Morgen zwischen Useldingen und Ewerlingen sowie bereits während der Nacht in Mertert und auch Mertzig. Dabei wurde niemand verletzt, wie Christopher Schuh erleichtert feststellt.

Es blieb also beim Materialschaden. Um diesen so gering wie möglich zu halten, waren Feuerwehr und Polizei gestern den ganzen Tag über in Ettelbrück im Einsatz. Dort war die Alzette während der Nacht überraschend schnell angestiegen und der Parkplatz Deich stand komplett unter Wasser. Die Polizei forderte die Halter der dort geparkten Fahrzeuge dazu auf, diese schnellstmöglich wegzufahren. „Bei einigen Autos bestand das Risiko, dass diese von den Wassermassen weggespült werden und dann großen Schaden anrichten. Und, dass Benzin beziehungsweise Diesel ins Wasser laufen“, erklärt Christopher Schuh. Deshalb wurden einige Fahrzeuge abgeschleppt. In Mersch war es gestern ebenfalls der Aufruf an Autobesitzer, ihre Wagen von überfluteten Parkplätzen wegzufahren.

Rote Wetterwarnungen

Flutwarnungen der Farbe Rot rief der staatliche Wetterdienst Meteolux gestern für die folgenden Gewässer aus: Alzette, Attert, Eisch, Korn, Mamer, Syr und Wark. Dort wo sie fließen, gab es größere Überschwemmungen. Eine orange farbene Warnung galt für Sauer, Our, Schwarze sowie Weiße Ernz, Woltz und Wiltz - an deren Ufern gab es kleinere Überflutungen. Zudem wurde die Alarmstufe für die Mosel am Nachmittag von gelb auf orange heraufgestuft. In Grevenmacher stand der Fluss gestern um 16 Uhr 6,35 Meter hoch, in Stadtbredimus waren es 5,93 Meter - Tendenz steigend und das laut Wasserwirtschaftsamt vermutlich noch bis heute Abend. Das Maximum sei jedoch momentan noch nicht vorhersehbar. Da in der Nacht zum Dienstag in Stadtbredimus die kritische Marke von 5,30 Meter überschritten wurde, ist die Mosel in ganz Luxemburg für den Schiffsverkehr gesperrt.

Ununterbrochener Regen

Schuld an den sintflutartigen Regenfällen war ein kleineres Tief, das sich über dem Großherzogtum weiterentwickelt hat, so Philippe Ernzer, Betreiber der Wetterseite Météo Boulaide: „Das führte dazu, dass am späten Montagnachmittag viel Niederschlag herunterging und es während Stunden ununterbrochen regnete.“

Erst gegen 2 Uhr in der Nacht zum Dienstag beruhigte sich die Situation und das Tief zog in Richtung Deutschland davon. Dementsprechend stellt auch Christopher Schuh vom CGDIS fest, dass der Großteil der Feuerwehreinätze vor 2 Uhr stattfand: „Rund 270 waren es bis zu dem Zeitpunkt. Danach war es ruhiger.“

Trotzdem blieben die Rettungszentren gestern vor allem entlang der betroffenen Flüsse noch in Alarmbereitschaft. In Teilen des Landes regnete es, außerdem gab es Schnee- oder gar Graupelschauer. Nun kann die Bevölkerung allerdings aufatmen: Bis Freitag soll laut Philippe Ernzer ein Hochdruckgebiet, aus dem Westen vom Atlantik kommend, für ruhigeres Wetter sorgen: „Es ist mit einem Sonne-Wolken-Mix zu rechnen sowie Temperaturen zwischen vier und neun Grad. Regnen wird es bis Freitag wahrscheinlich nicht mehr. Es könnte höchstens nieseln, sollte sich der Nebel nicht auflösen“, sagt der Hobbymeteorologe voraus. Seine Vorhersagen decken sich mit jenen des staatlichen Wetterdienstes Meteolux, der erst am Sonntag wieder Regen meldet. Mehr Informationen zur aktuellen Wetterlage und zu den Überschwemmungen:

► www.meteolux.lu
www.inondations.lu